

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker

Ich möchte Sie alle herzlich begrüßen und Ihnen danken, daß Sie zu diesem Bergedorfer Gesprächskreis nach München gekommen sind.

Es hat sicher schon einfachere Themen gegeben als das, worüber wir heute sprechen wollen. Denn die Frage nach einem neuen Gesellschaftsvertrag geht an die Fundamente dessen, was die letzten fünfzig Jahre für uns bedeutet haben. Dabei geht es um äußerst disparate und für die Existenz jedes einzelnen ungeheuer wichtige Fragen. Wir haben uns also eine überaus ambitionöse Aufgabe vorgenommen, und ich danke zunächst Frau Riedmüller und Herrn Seehofer, daß sie sich bereit erklärt haben, uns mit ihren Einleitungsreferaten Denkanstöße zu geben und womöglich die Richtung zu weisen, in der sich die anschließende Diskussion unter der Leitung von Herrn Korte entwickeln kann.

Immerhin hat mir vorhin jemand aus dieser Runde erklärt, ich würde schließlich in dem glücklichen Zustand leben, daß ich von den Segnungen unseres bisherigen Gesellschaftsvertrages meine Tage verbringen kann. Nun, das wollen wir mal sehen.

Korte

Ich schlage Ihnen vor, daß wir zunächst die beiden Referate hören, um anschließend zu versuchen, unseren Gesprächsgegenstand näher zu bestimmen. Dazu werde ich Ihnen dann, wenn nötig, einige Vorschläge machen.

Seehofer

Es ist in der Tat ein sehr weit gespanntes Thema. Deshalb mag es für den Einstieg genügen, am Beispiel des Generationenvertrages und seinen Grundprinzipien einige Gedanken auszuführen.

Meine erste These lautet: Unser derzeit gültiger Gesellschaftsvertrag mit dem Kernelement des Generationenvertrages hat gerade wieder einmal eine Reifeprüfung bestanden, indem die Grundprinzipien dieses Vertrages im Zuge der deutschen Einheit auf die neuen Länder übertragen worden sind. Jedenfalls haben sich aus meiner Sicht in unseren Sozialsystemen die solidarischen Prinzipien: "Jung für Alt", "Stark für Schwach" und "Gesund für Krank" in bemerkenswertem Maße bewährt. Ich glaube, niemand wird bestreiten können, daß sich durch die Wahrnehmung dieser Grundprinzipien die Qualität der gesundheitlichen Versorgung für die Bevölkerung in den neuen Ländern erhöht hat. Das war gleichsam ein Quantensprung. Bei allen Problemen im Detail denke ich, daß die nach dem Generationenvertrag aufgebaute Alterssicherung große Vorteile für die ältere Generation dort gebracht hat. Und ohne die Arbeitslosenversicherung wäre es kaum gelungen, den wirtschaftlichen Wandel für die Menschen in Ostdeutschland einigermaßen erträglich abzufedern.

Also nicht nur in der Bundesrepublik "alt" hat der Gesellschaftsvertrag wesentlich zur Stabilisierung des sozialen Friedens beigetragen, sondern diese Grundprinzipien haben sich auch gegenüber der Herausforderung im Hinblick auf die innere Einheit Deutschlands bewährt. Und es ist sicher kein Zufall, daß in den letzten Jahren nach den unvermeidlichen innenpolitischen Auseinandersetzungen alle großen Sozialreformen letztlich im Parteienkonsens erfolgt sind: Das gilt für die Rentenreform, die Gesundheitsreformen und auch für die letzte Sozialhilfereform, die ja alle auf diesen Grundprinzipien unseres Gesellschaftsvertrages basieren. Im Grunde wurde nie um die Prinzipien gestritten, sondern nur um ihre Umsetzung und Ausgestaltung.

Meine zweite These: Nicht jeder, der sich an der öffentlichen Diskussion beteiligt, erfüllt den moralischen Anspruch, sich vorher sachkundig gemacht zu haben. So gibt es Leute, die heute wesentliche Änderungen oder sogar die Abschaffung der Lohnfortzahlung verlangen, ohne sich darüber im klaren zu sein, daß der Anteil der Lohnfortzahlung an den Personalnebenkosten rückläufig ist, und zwar über einen längeren Zeitraum. Andere verlangen die Abschaffung des Arbeitgeberbeitrages, der ein Grundelement der solidarischen Finanzierung des Gesellschaftsvertrages darstellt, und übersehen dabei großzügig, daß die tariflichen und betrieblichen Personalnebenkosten weitaus stärker gestiegen sind als die vom Gesetzgeber veranlaßten. Und Sie alle kennen die kontroverse Diskussion: Während die einen lauthals über die soziale Hängematte lamentieren und den Sozialpolitikern unterstellen, ihnen gehe es nur um die Verteilung, ohne sich darum zu kümmern, wie das, was sie da verteilen, erwirtschaftet wird, beklagen die anderen die neue Armut in Deutschland.

Ich halte dagegen, daß diese beiden Argumentationsschienen nicht zutreffen. Weder ist es gerechtfertigt, von einer sozialen Hängematte zu sprechen, noch trifft es zu, daß wir es mit einer neuen Armut in Deutschland zu tun haben. Ich möchte hier ganz deutlich feststellen: Das Ausmaß der sozialen Leistungen und die daraus resultierenden Belastungen mit Steuern und Abgaben wurden in erster Linie durch die Art und Weise verursacht, wie die deutsche Einheit finanziert wurde. Ich füge genauso unzweideutig hinzu: Dies haben wir ausdrücklich so gewollt; und wir haben politisch entschieden, die Finanzierung der Einheit im beträchtlichen Maße über die Sozialsysteme zu leisten. Die Sozialleistungsquote ist nur deshalb so hoch - sie liegt bei etwa einem Drittel des Bruttosozialproduktes;-, weil sie in den neuen Ländern vor allem aus Gründen des wirtschaftlichen Strukturwandels gegenwärtig an die 60 Prozent beträgt. In den alten Ländern dagegen ist sie so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr. Das heißt, wir finanzieren die deutsche Einheit zu einem erheblichen Teil über die Arbeitslosen- und die Rentenversicherung. Es ist also nicht die Verschwendungssucht der Sozialpolitiker ursächlich für die hohe Sozialleistungsquote, wie immer wieder behauptet wird.

Dritte These: Ich bin der festen Überzeugung, daß wir keine Änderung unseres Gesellschaftsvertrages brauchen. Ich bin ein strikter Gegner jeder Systemveränderung dort, wo sich diese Systeme bewährt haben. Daß von Zeit zu Zeit in einzelnen Sektoren Reformen nötig sind, spricht nicht gegen die

Qualität und Leistungsfähigkeit dieses Gesellschaftsvertrages. So, wie in der freien Wirtschaft die Notwendigkeit von Rationalisierungsmaßnahmen nicht bedeutet, daß die erstellten Produkte schlecht, sondern Voraussetzung dafür sind, die Qualität der Produkte zu erhalten oder wenn möglich noch zu verbessern. Mit anderen Worten: Reformen der Familienförderung, der Sozialhilfe, der Krankenversicherung, des Rentensystems besagen nicht, daß das System nichts taugt, sondern sie sind notwendig, um das System leistungsfähig zu erhalten. Alle Weiterentwicklungen, die mir vorschweben, können innerhalb des bestehenden Systems bei Aufrechterhaltung der geltenden Grundprinzipien vorgenommen werden.

Alle Versuche, soziale Wohlfahrt mit anderen Grundelementen zu erreichen, sind praktisch gescheitert. Das gilt für die Privatisierung von Lebensrisiken ebenso wie für ihre Verstaatlichung. Die Amerikaner geben für das Gesundheitswesen doppelt so viel Geld aus wie die Deutschen - aber die Menschen haben weniger davon. Sie dürfen in Amerika im Alter alles mögliche werden, nur nicht krank. Und das andere Modell einer totalen Verstaatlichung der Lebensrisiken führt zwar zu größerer Gleichheit, aber auf einem wesentlich niedrigerem Niveau. Deshalb meine ich, daß der Mittelweg, den wir in der alten Bundesrepublik seit fünf Jahrzehnten beschatten haben, auch für die Zukunft der richtige ist. Der Staat muß ohne Frage die Funktionsfähigkeit des Gesellschaftsvertrages und des Sozialsystems garantieren; denn anderenfalls werden für die Menschen Handlungen sinnlos, die zum einen auf Zukunft und zum anderen auf Kooperation angelegt sind. Beides sind Voraussetzungen dafür, daß der Generationenvertrag funktioniert. Wenn es dem Staat nicht gelingt, Vertrauen in den langfristigen Bestand des Alterssicherungssystems zu gewährleisten, wird ein Verhalten sinnlos, das auf die Zukunft ausgerichtet ist.

Ich unterstreiche noch einmal: Keine Systemveränderung, sondern worauf es ankommt, ist die Fortentwicklung innerhalb des Systems. Dazu will ich fünf Punkte nennen, die aus meiner Sicht kurzfristig - und das meint bis zur Jahrhundertwende - gelöst werden müssen, und zwar vornehmlich aus finanziellen Gründen.

Erstens: Wer in bezug auf die Kostenentwicklung am meisten sündigt, ist der Staat selbst. Dort, wo ich es übersehen kann, stelle ich unbezweifelbar fest, daß Bund, Länder und Kommunen gemeinschaftlich die Ausgaben in den Sozialsystemen in einer Weise nach oben treiben, wie niemand sonst. Herder-Dorneich spricht hier von der Rationalitätenfalle und beschreibt dies als "Kirmeseeffekt": Wenn einer aufsteht, müssen sich nach und nach auch die anderen erheben, um noch etwas sehen zu können. Am Ende stehen alle, ohne daß irgendeiner besser sieht.

Ich nenne als Beispiel das Krankenhauswesen. In breiter Eintracht versuchen Kommunen und Länder hier mangels eigener Bereitschaft zum Sparen, Ausgaben in die Krankenversicherung zu schieben. Das gelingt zunächst stillschweigend. Wenn es dann offenkundig wird, gewinnt man den Bund als Verbündeten, um sich die Kostenverschiebung absegnen zu lassen. Der Bund wiederum finanziert die steigenden Ausgaben in der Krankenversicherung, indem er die an der Entscheidung unbeteiligten Beitragszahler mit Beitragserhöhungen bestraft. So ist es 1992 geschehen. Anschließend verbünden sich die Verursacher Länder, Kommunen und Bund;-, um die Falle, die sie selbst aufgestellt haben, wieder zu schließen. Das erleben wir in diesen Tagen.

Dabei handelt es sich um Prozesse, die über 10 oder 20 Jahre laufen, bei denen man aber von der Realität immer wieder eingeholt wird. Die Krankenhausaussgaben sind in den letzten Jahren dreifach so stark gestiegen wie die Einnahmen; dies war jedoch nicht medizinisch indiziert, sondern das Ergebnis von Unwirtschaftlichkeit. In ähnlicher Weise haben wir vor sechs Jahren in großer Eintracht eine Rentenreform verabschiedet, die auf der einen Seite die Sozialkassen entlastet hat, während die Belastungen an anderer Stelle gleichzeitig gestiegen sind. Im Grunde sind viele Politiker - ich will mich da gar nicht ausnehmen - bestens geeignet für die Rolle eines Bahnhofsvorstehers, der Züge auf Verschiebebahnhöfen rangieren läßt und sich damit für einige Zeit Luft verschafft.

Inzwischen hat sich die Situation so entwickelt, daß man der Realität nicht mehr ausweichen kann. Das ist nicht nur in der Krankenversicherung der Fall, sondern geschieht auch in allen anderen Bereichen. Hier müßte der Staat mit gutem Beispiel vorangehen, damit schmerzhafte Einschnitte in den Generationenvertrag vermieden werden, die an sich gar nicht notwendig wären. Was wir brauchen, sind Politiker, die ein wenig Tapferkeit vor die Harmoniesucht stellen.

Zweitens: Wir leiden in allen Bereichen unter einer Professionalisierung, Perfektionierung und einer daraus resultierenden Bürokratisierung. Um wiederum ein Beispiel zu geben: Was haben wir nicht alles an gesetzlichen Hürden errichtet, wenn eine Frau bereit ist, häusliche Pflege, sagen wir, für ihre Mutter, zu übernehmen. All die Paragraphen, die es dabei zu beachten gilt, machen ein solches menschliches Engagement nahezu unmöglich. Viele Politiker sind pausenlos auf der Suche nach

einem Sachverhalt, der noch nicht in Paragraphen geregelt ist. Freiheit und Freizügigkeit bleiben dabei auf der Strecke.

Das gilt im übrigen nicht nur für die Politik, sondern genauso für die Wirtschaft. Ich erlebe dies gerade wieder bei der nächsten Stufe der Gesundheitsreform. Immer wieder werden bei mir Firmenvertreter vorstellig, die keineswegs mehr Freiheit, sondern im Gegenteil mehr Sicherheit durch mehr Paragraphen fordern. So hören es viele Pharmahersteller offenbar gar nicht gern, wenn man ihre Märkte stärker deregulieren will. Das sind die gleichen Leute, die mich seit Jahren als letzten Planwirtschaftler und Sozialisten dieser Republik apostrophieren und die jetzt von mir fordern, ihren Markt gesetzlich festzuschreiben und abzusichern mit der Konsequenz stärkerer Bürokratisierung und größerer Verschwendung.

Ich bin auch fest davon überzeugt, daß wir viele unserer Arbeitsmarktprobleme ohne den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt nicht werden lösen können. Wenn man sich als Politiker bemüht, Menschen, die schwer vermittelbar sind, weil sie verschiedene Handicaps aufweisen, eine Chance zu geben, sieht man sich dem Vorwurf ausgesetzt, man wolle die Tariflandschaft zerstören mit Mindestlöhnen und ähnlichem.

Drittens: Wir brauchen in allen Systemen eine Revitalisierung der Selbstverwaltung. Allein im Gesundheitsbereich haben wir seit Mitte der 70er Jahre an die 7000 Einzelbestimmungen verabschiedet, um jetzt im Jahre 1995 festzustellen, daß das Gesundheitssystem so komplex geworden ist, daß es sich beim besten Willen nicht mehr zentral von Bonn aus steuern läßt. An diesem Prozeß waren im übrigen sämtliche Regierungen beteiligt.

Wenn ich für mehr Selbstverantwortung eintrete, dann verstehe ich darunter nicht höhere Selbstbeteiligung und Leistungsausgrenzung, sondern mir geht es entschieden darum, wieder mit Leben zu erfüllen, was bei der Gründung des Gesellschaftsvertrages, der ja teilweise bis ins vorige Jahrhundert zurückreicht, einst intendiert war, nämlich die Absicherung gegen Lebensrisiken solidarisch selbst in die Hand zu nehmen. Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung waren damals als Selbsthilfeeinrichtungen gedacht - heute sprechen wir von Solidargemeinschaften. Ich würde es zutreffender als Selbsthilfeeinrichtungen für einen bestimmten Personenkreis, der des Schutzes bedarf, bezeichnen.

Diesen Selbsthilfecharakter haben wir gerade im Gesundheitswesen, aber auch in anderen Sozialsystemen zunehmend ausgehöhlt und müssen ihn wieder stärken. Das heißt, vieles von dem, was der Staat inzwischen an sich gezogen hat, gilt es wieder zurückzuverlagern, beispielsweise in die Hände der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und anderer Beteiligter in den Selbstverwaltungssystemen.

Viertens: Ich halte es keineswegs für notwendig, in die Kernelemente einzuschneiden. Auf absehbare Zeit würde es völlig ausreichen, den Zuwachs der Sozialleistungen mit dem Zuwachs der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen. Schon diese an sich Selbstverständlichkeit gilt in Deutschland bereits als sozialpolitischer Kahlschlag. Daß die Regelsätze der Sozialhilfe nicht stärker steigen als die Nettolöhne, selbst ein solches Reformchen ist für viele Kritiker bereits ein Zeichen ausgemachter Planwirtschaft, genauso wie die Forderung, die Ausgaben der Krankenversicherung an den Zuwachs des Bruttosozialprodukts anzukoppeln - also nicht etwa einzufrieren oder gar zu kürzen;- , um auf diese Weise stabile Beitragssätze zu garantieren. Welche Diskussionen und Mißdeutungen dies 1992 ausgelöst hat, haben Sie alle mit verfolgen können.

Fünftens: Es gibt nun eine Reihe von Fehlentwicklungen - ich spreche hier nicht von Mißbrauch;- , die zu korrigieren ausreichen würde, um die Finanzierbarkeit und Funktionsfähigkeit des Generationenvertrages auf lange Zeit sicherzustellen.

Wieso müssen wir eigentlich viele Millionen DM ausgeben, nur weil in einem Zeitraum von zwei, drei Jahren die Anzahl der Kuren in Deutschland - die es sonst nirgendwo auf der Welt gibt - um 40 Prozent angestiegen ist? Niemand kann mir weismachen, daß die Menschen in dieser Zeit soviel kränker geworden sind. Oder wie verhält es sich mit der Tatsache, daß Taxifahrten zu Lasten der Krankenversicherung in drei Jahren um 50 Prozent gestiegen sind? Niemand soll mir erzählen, daß dafür ein medizinischer Bedarf besteht. Offenbar ist es in diesem hochmotorisierten Lande nicht möglich - auch das gehört zum Thema dieser Tagung;- , daß Angehörige dafür sorgen, den Transport vom Krankenhaus nach Hause zu übernehmen; sondern dafür wird die öffentliche Hand in Anspruch genommen. Daß dies in einigen Fällen unumgänglich ist - bei schweren Behinderungen zum Beispiel;- , will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Wogegen ich mich wende, ist, daß dies bei uns zum Regelfall geworden ist. Ich denke auch nicht, daß Taucherbrillen, Kurse zur Pannenhilfe und ähnliches zu Lasten des Generationenvertrages finanziert werden müssen. Das mag im Einzelfall wenig ins

Gewicht fallen; wenn solche Dinge aber massenhaft angeboten werden, kommen schnell Beträge zusammen. Dies bringt mich schon auf, wenn ich auf der anderen Seite Fälle erlebe, wo Menschen schwer vom Schicksal geschlagen sind und nachhaltiger Unterstützung bedürfen. Dabei lassen sich Fehlentwicklungen, wie ich sie hier schildere, nur unter größten Mühen abstellen.

Was die Lohnfortzahlung angeht, bin ich ein entschiedener Gegner jeder Veränderung. Dies war und ist eine große Errungenschaft der Arbeitnehmerschaft, und ich sehe nicht ein, daß man die 95 Prozent Anständigen bestraft, nur um den Mißbrauch durch 5 Prozent zu unterbinden. Zur Mißbrauchsbekämpfung würde im übrigen auch die Eindämmung der "gelben Gefahr" gehören - die Ausstellung von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen -; das heißt, auch jene beuten den Staat aus, die jemanden krank schreiben, ohne daß er es in Wirklichkeit ist. Verantwortung ist nun einmal nicht teilbar.

Dazu gehört auch: Der Gesetzgeber gibt der Wirtschaft, die ständig den Mißbrauch beklagt, mit dem medizinischen Dienst der gesetzlichen Krankenversicherung ein Instrument an die Hand, um zu überprüfen, ob Mißbrauch vorliegt, ohne daß dies bisher irgendwo genutzt wird. Das gleiche gilt etwa für die Zumutbarkeitsfeststellung der Bundesanstalt für Arbeit, die deshalb nicht zum Tragen kommt, weil kein Arbeitgeber bereit ist, in begründeten Fällen zu schreiben: "Der Betreffende hat sich gedrückt", sondern statt dessen lieber ankreuzt: "nicht geeignet"- um sich möglichen Ärger zu ersparen.

Solche Beispiele könnte ich endlos fortsetzen. Wie verhält es sich beispielsweise mit den Vorruhestandsregelungen, die von der Sozialversicherung bezahlt werden? Sie werden veranlaßt von eben jenen, die bei jeder Gelegenheit über die Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung klagen. 100.000 Fälle kosten die Rentenversicherung 12 Milliarden DM. Natürlich weiß ich, daß es hier sehr verschiedene Gesichtspunkte gibt, unter denen man dieses Thema diskutieren kann. Was aber nicht geht, ist, auf der einen Seite dieses Instrument extensiv zu nutzen und auf der anderen Seite der Politik vorzuwerfen, die Lohnnebenkosten seien so stark gestiegen.

Worauf es mir bei alledem ankommt, ist: Es würde vollauf genügen, an bestimmten Stellen Reformen mit Augenmaß und Vernunft durchzuführen, um die Leistungs- und Funktionsfähigkeit unseres Gesellschafts- und Generationenvertrages auf lange Zeit mit den heute gültigen Prinzipien zu sichern. Was wir lediglich brauchten, wäre da und dort der Mut zur Umsteuerung.

Schließlich noch einige Worte zur längerfristigen Entwicklung des Generationenvertrages. Dabei müssen wir einer Tatsache Rechnung tragen. Heute werden die materiellen Grundlagen dieses Vertrages - und zwar gilt das für alle Systeme - weitgehend nach dem Prinzip "Jung für Alt" finanziert. Dies läßt sich kurzfristig sicher auch nicht ändern, zumal es sich hierbei um eine Altersgeneration handelt, deren Schicksal eminent von den äußeren Umständen bestimmt wurde: Frauen in der Regel ohne eigenen Alterssicherungsanspruch, meist abgeleitet vom Manne, dessen Erwerbsbiographie durch Krieg, Flucht, Vertreibung unterbrochen wurde. Nicht alle Rentnerinnen und Rentner schwimmen im Geld, wie uns manche Medien weismachen wollen. Millionen von alten Menschen müssen mit zum Teil sehr bescheidenen Rentenansprüchen leben.

Das darf uns jedoch den Blick nicht dafür verstellen, daß längerfristig gesehen zunehmend Menschen ins Rentenalter kommen, die ganz andere Lebensverläufe aufweisen als die Kriegsgeneration und deren finanzielle Basis nicht durch Krieg und Währungsreform nachhaltig beeinträchtigt wurde. Man spricht heute schon von der "Erbengeneration". Um ein Beispiel aus dem Gesundheitswesen zu nehmen: Die Beiträge zur Krankenversicherung könnten um 4 bis 5 Punkte niedriger sein, wenn die Gesundheitsaufwendungen für die ältere Generation nicht großenteils von der jüngeren mitfinanziert würden. In der längerfristigen Betrachtung heißt das: Müßte zur Finanzierung des Generationenvertrages auf lange Sicht gesehen nicht die ältere Generation mit herangezogen werden, statt die jüngere noch stärker mit Steuern und Abgaben zu belasten? Mit anderen Worten: Statt im Alter nur den halben Beitragssatz zu zahlen, könnte es nicht auch der volle sein? Heute wird die andere Hälfte von der jungen Generation beigesteuert.

Einen solchen Ansatz haben wir im übrigen bereits - parteiübergreifend - gesetzlich festgeschrieben: Wer früher auf das Alterssicherungssystem zugreift, fällt ja auch früher als Beitragszahler aus und bezieht nach menschlichem Ermessen länger eine Rente. Hier halte ich in der Tat einen gewissen Abschlag für richtig, damit der frühere Rentenbezug nicht von jenen finanziert wird, die noch im Erwerbsleben stehen, sondern durch eine gewisse Selbstfinanzierung von denjenigen getragen wird, die davon Gebrauch machen.

Ich habe bewußt nicht über die wirtschaftlichen Grundlagen der sozialen Sicherung gesprochen. Es muß mich niemand davon überzeugen, daß die Quelle jeder Sozialpolitik eine funktionierende

Wirtschaft ist. Statt dessen habe ich mich mit systemimmanenten Gesichtspunkten des Generationenvertrages beschäftigt. Deshalb habe ich auch nicht mit dem Satz begonnen: "Der Mensch steht im Mittelpunkt, und all unser Tun hat sich am Wohle des einzelnen auszurichten." Ich habe gerade in den letzten drei Jahren erfahren, daß viele, die diese Meßlatte anlegen, sich am wenigsten selbst daran halten. Ich habe mich deshalb auch mehr mit meiner eigenen Gattung der Politiker beschäftigt und nicht mit Dritten.

Ich schließe mit einer Überzeugung: Selbst zu den sehr bescheidenen Ansätzen, die ich geschildert habe, gehört Mut. Meine Erfahrung ist: Über das Grundsätzliche läßt sich trefflich reden, und in der Bekundung von Reformbereitschaft zeigen sich viele als wahre Weltmeister. Wenn es aber darum geht, Reformen auch tatsächlich durchzuführen, habe ich viele Miniaturausgaben angetroffen. Diejenigen, die Eigen- und Selbstverantwortung grundsätzlich betonen, kommen meist für Tapferkeitsmedaillen nicht in Frage, wenn es konkret wird. Ich erlebe bei großen Kongressen immer wieder das gleiche Spiel: Jene, die Selbst- und Eigenverantwortung einfordern, erklären, wenn man sie fragt, wo dieses denn geschehen soll, der Öffentlichkeit immer nur die Ausnahmen, nie die Regel. Das gilt besonders im Gesundheitswesen, wenn von Selbstbeteiligung, Leistungsausgrenzungen und ähnlichem die Rede ist. Ich jedenfalls sage den Menschen vor einer Wahl, welche Vorstellungen ich verfolge, und ich lehne Vorschläge ab, die erst nach einer Wahl konkretisiert werden.

Riedmüller

Vielleicht erwarten Sie von mir, daß ich hier den großen Dissens zu Herrn Seehofer vertrete. Aber zumindest mit seiner Grundaussage stimme ich überein, daß die notwendigen Veränderungen im bestehenden System machbar sind. Dabei will ich zunächst der Frage nachgehen: Wie sind diese notwendigen Veränderungen zu begründen und durchsetzungsfähig zu machen? Allerdings werde ich bei den Veränderungen andere Akzente setzen als Herr Seehofer.

Wir fragen in unserem Thema nach einem neuen Gesellschaftsvertrag. Im Untertitel ist dieser als Gegensatz von wirtschaftlicher Dynamik und sozialem Zusammenhalt spezifiziert worden. Dies steht zweifellos im Zusammenhang mit der Debatte über die Grundlagen des deutschen Sozialstaatsmodells.

In der öffentlichen Diskussion stehen sich dabei gewissermaßen zwei Lager gegenüber: Die einen sprechen von Mißbrauch, Anspruchsinflation und Versorgungsmentalität. Es wird das Abstandsgebot der Sozialhilfe zum Lohnniveau eingefordert und insgesamt die Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch zu hohe Sozialleistungen beklagt. Andere beschäftigen sich mit Fragen wie Langzeitarbeitslosigkeit als Folge der Veränderung des Arbeitsmarktes, neuer Armut, Veränderung der Familie oder Kinderarmut, wie es jetzt von den Wohlfahrtsverbänden aufgegriffen wurde.

Allgemein, quer durch alle Lager, wird der Verlust an Solidarität beklagt. Auffallend ist, daß sich die Gruppe derer, die über den Sozialstaat nachdenken, in der letzten Zeit vergrößert hat. Inzwischen ist auch bei den Gewerkschaften vorsichtig von einer Modernisierung des Sozialstaates die Rede. Dies ist im übrigen nicht nur ein deutsches Thema. Grundlegende Debatten werden ebenso in den skandinavischen Ländern geführt, vor allem hinsichtlich des vielbewunderten schwedischen Wohlfahrtsstaatsmodells.

Bahnt sich nun unter dem Vorzeichen einer Modernisierung des Sozialstaates ein neuer gesellschaftlicher Konsens an, was den Umbau, die Umstrukturierung, eine Reparatur angeht, wie sie Herr Seehofer anmahnt? Meine Antwort ist: nein. Die genannten Schlagwörter dienen bisher mehr der Markierung von Gegensätzen, als daß sie als tatsächliche Befunde den Ist-Zustand beschreiben. Sie sind weitgehend involviert in die Verteilungskämpfe zwischen Regionen und zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Auch die sogenannte Standortdebatte kennzeichnet eher die Wahrnehmung von Wettbewerbsvorteilen auf internationalen Märkten als eine solide Prognose der ökonomischen und sozialen Entwicklung in Deutschland und Europa.

Eine ideologiekritische Analyse der öffentlichen Diskussion über den deutschen Sozialstaat führt meines Erachtens zu dem Ergebnis, daß der Konsens über das, was die Gesellschaft unter sozialer Gerechtigkeit versteht und wie sie diese institutionell verwirklichen will, brüchig geworden ist. Das besagt indes nicht, daß wir uns auf dem Wege zu einem neuen Gesellschaftsvertrag befinden. Dies ist auch keineswegs nur eine Frage der Kosten und Finanzierung. Wäre dies der Fall, könnten wir uns die Suche nach mehr Gerechtigkeit und ihrer Verwirklichung sparen. Von daher bedingt die Frage nach einem neuen Gesellschaftsvertrag, daß wir uns zuvor mit den Entstehungsbedingungen und den Funktionsweisen des Sozialstaatsmodells befassen und diese nötigenfalls neu begründen.

Deshalb will ich zu Beginn ganz kurz die Geschichte des deutschen Sozialstaates in Erinnerung rufen. Mit Bismarcks Politik von Zuckerbrot und Peitsche beginnt die Ära des Sozialstaates, der erst sehr viel später seinen obrigkeitsstaatlichen Charakter verliert. Der gesellschaftliche Konsens bestand damals in der Herstellung von Ruhe und Ordnung was wir heute sozialen Frieden nennen. In der Geburtsstunde des Sozialstaates ist soziale Gerechtigkeit nicht in der Dimension von Freiheit und Gleichheit institutionalisiert worden, sondern in Form einer Teilhabe an materiellen Gütern. Dies aber geschah unter einer Bedingung, nämlich der abhängigen Erwerbsarbeit - heute sprechen wir von Teilhabe am Arbeitsmarkt - bei gleichzeitiger Einschränkung der politischen Freiheit.

Rousseau hat diese Art der Vertragsgestaltung sarkastisch kommentiert. Zitat: "Sie haben mich nötig, ich bin reich, und Sie sind arm. Machen wir untereinander einen Vertrag. Ich erlaube mir, daß Sie die Ehre haben, mich zu bedienen unter der Bedingung, daß Sie mir das Wenige geben, das Ihnen bleibt und dafür die Mühe, die ich habe, Ihnen zu befehlen." Über diese Fragen wird also schon sehr lange nachgedacht.

Das heißt, Gerechtigkeit im deutschen Sozialstaat ist zu Beginn als Leistungsgerechtigkeit im Hinblick auf Erwerbsarbeit institutionalisiert worden, die allein einen Anspruch auf soziale Sicherung vermittelt. Damit war zugleich, wie wir heute dramatischer erleben, eine ungleiche Verteilung von sozialer Sicherheit mit gegeben. Vor allem Frauen und all jene, die nicht an Erwerbsarbeit teilnehmen konnten, waren von dieser Sicherung ausgeschlossen und auf subsidiäre Hilfen angewiesen. Eines dieser subsidiären Sicherungssysteme war der männliche Ernährer. Wie wir wissen, ist das heute nicht mehr so selbstverständlich. Eine andere kompensierende Hilfe bestand in der Armenfürsorge, später der Sozialhilfe beziehungsweise den verbandlichen Fürsorgesystemen.

Ein schneller Gang durch die Geschichte des deutschen Sozialstaates lehrt uns, daß dieses Vertragsmodell mit der Demokratisierung von Politik und Gesellschaft immer gleicher geworden ist. Das heißt, die Dimension des autoritären Staates, die diesem Sozialstaat seit Beginn inhärent ist, wurde allmählich abgebaut. Politische Gleichheit, die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz, wird im Laufe der weiteren Entwicklung des Sozialstaates um die Dimension sozialer Gleichheit erweitert. Bürger zu sein definiert sich über die Teilhabe am Arbeitsmarkt und deren sozialstaatliche Regulative. Aber nicht alle Mitglieder der Gesellschaft erreichen diesen Status des Bürgers. Der deutsche Sozialstaat weist von Anfang an Gerechtigkeitslücken auf, die zum Teil erst jetzt politisch diskutiert werden.

Ralf Dahrendorf hat 1974 in einem früheren Bergedorfer Gespräch in der Ausdehnung des Gleichheitsprinzips einen grundsätzlichen Widerspruch zum Prinzip der Freiheit gesehen. Er vertrat die These, die säkulare Tendenz zur Gleichheit habe eine gesellschaftliche Entdifferenzierung zur Folge und reduziere die Wahlmöglichkeiten für den einzelnen. Damit würden auch Initiativen abgeschnitten, und es zeigte sich ein Widerspruch zwischen Mitbestimmung und der Notwendigkeit, sich für gesellschaftliche Entwicklungen offenzuhalten.

Inzwischen ist das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit mit neuen Inhalten verknüpft worden. Und man sieht, wie schnell die Entwicklung fortgeschritten ist, die Dahrendorf prognostiziert hat. Die Frauen haben ihren Anspruch auf Teilhabe an der Verteilungsgerechtigkeit angemeldet. Davon war damals noch nicht die Rede. Die modernen Fürsorgesysteme sind Bestandteil der marktvermittelten sozialen Sicherung geworden. Die Sozialhilfe, die ursprünglich als letztes Auffangbecken konzipiert worden war, tritt mit der steigenden Arbeitslosigkeit ins Zentrum der sozialen Sicherung und wird auf diese Weise in die Dimension der Gleichheit überhaupt erst hineingeholt. Damit wird ein Recht auf Existenzsicherung, das für alle Bürger gilt, gefordert.

Angesichts dieser Funktionsverschiebung in den Systemen wird es für den Bürger, der daran teilhat, immer schwerer, zwischen den unterschiedlichen Dimensionen von Gleichheit und Freiheit zu entscheiden. Es ist eben diese Dynamik in den Dimensionen, die die bisherige Entwicklung bestimmt und die zu immer neuen Anforderungen an die Verteilungsgerechtigkeit durch bestimmte Gruppen geführt hat, zum Beispiel durch die Frauen, aber auch durch andere Gruppen, die am Arbeitsmarkt nicht gleichermaßen teilhaben konnten.

Der moderne Sozialstaat hat diesen Widerspruch aufgelöst, indem er zwei Prinzipien in das Vertragsmodell gleichsam institutionalisiert hat. Zum einen das ideelle Versprechen: Du wirst daran teilhaben, und zum anderen die materielle Zusage: Du hast tatsächlich daran teil.

Ich will diesen Widerspruch an Hand von Rawls' Theorie der sozialen Gerechtigkeit kurz erläutern. Rawls hat zwei Prinzipien von Verteilungsgerechtigkeit entwickelt und in eine Rangordnung gesetzt. Das erste betrifft die politische Gerechtigkeit: Jedermann soll das Recht haben, am umfangreichen System gleicher Grundfreiheiten teilzuhaben. Das zweite ist der Grundsatz materieller

sozioökonomischer Gerechtigkeit, der besagt, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, daß sie einerseits zu jedermanns Vorteil dienen und andererseits mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedermann offenstehen.

Ich denke, wir können uns schnell auf das erste Prinzip einigen, das eine gleiche Verteilung von Grundfreiheiten und politischen Rechten sowie maximale individuelle Freiheit verlangt. Damit gehen wir aber über den Bismarckschen Sozialstaat hinaus, der das Gerechtigkeitsprinzip ja nicht für jedermann zugänglich machte. Das zweite Prinzip bezieht sich auf soziale und wirtschaftliche Güter - Vermögen, Einkommen, wirtschaftliche Macht - und ist durch den Dualismus von Gleichheit und Freiheit gekennzeichnet. Rawls löst dieses Problem, indem er das Prinzip materieller Gerechtigkeit mit dem Nachweis verbindet, daß es für alle von Nutzen sein muß. Während das erste Gerechtigkeitsprinzip unverletzbar ist, muß das zweite zum Vorteil aller begründbar sein. Das heißt, Rawls verspricht nicht, alle werden gleich sein, sondern Ungleichheit muß zum Vorteil aller sein. Über diese Rangordnung läßt sich trefflich streiten, was auch eingehend geschehen ist.

Ich habe den Ausflug in die Rawlssche Gerechtigkeitsdebatte deshalb unternommen, weil sie zum einen gut geeignet ist, die Problematik des Gesellschaftsvertrages und seiner Gültigkeit zu diskutieren und weil sie zum anderen die Selbstverständlichkeit der bestehenden Verteilungssysteme sozialer Leistungen in Frage stellt. Damit hat man dann auch die Gerechtigkeitsfrage mit auf dem Tisch.

Es wäre sicher interessant, sich unter diesem Aspekt die Verfassungsentwicklung in den neuen Bundesländern anzusehen. Dort wurde fast überall auf der Ebene des ersten Prinzips ein Ausbau sozialer Grundrechte vorgenommen, während man sich dem zweiten Prinzip in der Weise zu nähern versuchte, daß der Staat aufgefordert wird, beispielsweise die Gleichheit von Männern und Frauen herzustellen.

Ich möchte jetzt die Frage der Gerechtigkeit auf der empirischen Ebene weiterführen und in aller Kürze einige Probleme ansprechen, die neue Anforderungen an die Verteilungsgerechtigkeit stellen, und zwar innerhalb der bestehenden Strukturen.

Das deutsche Modell, hatte ich gesagt, ist der Sozialversicherungsstaat. Es ist nicht ein Gerechtigkeitsstaat, der alles gleich verteilt, sondern die Art der Verteilung bestimmt sich über die Teilhabe des einzelnen am Arbeitsmarkt. Auf diese Weise werden die verschiedenen Risiken sozial abgesichert. Der Erfolg dieses Sozialkontrakts, der die große soziale Frage der Industriegesellschaft weitgehend gelöst hat, ist unbestritten. Dieser Erfolg hat auch den gesellschaftlichen Konsens zwischen den Vertragspartnern erhöht. Ein hohes Wachstumsniveau verspricht allen Bürgern steigenden Wohlstand.

Soziologisch wird dieses Modell im Begriff der nivellierten Mittelstandsgesellschaft abgebildet. Die sozialpolitische Theorie der Nachkriegszeit konstatiert, wie Hans Achinger es 1950 formuliert hat, die Erledigung der sozialen Frage als Arbeiterfrage. Nunmehr ist jeder Bürger Adressat des Sozialstaates. Die Regulierung der sozialstaatlichen Institute über den Arbeitsmarkt hat sich für alle als erfolgreich erwiesen. Achinger stellt allerdings auch Mängel fest, indem Frauen und Familie nicht im gleichen Maße an diesem Sozialstaat teilhaben. Er sieht hier etwa eine neue Aufgabe für die Familienpolitik.

Nun hat sich in den letzten zwanzig Jahren gezeigt, daß der Optimismus in die Lösung der sozialen Probleme nur von kurzer Dauer war. In den 70-er Jahren beginnt die Debatte über die neue Armut, insbesondere im Alter. Heiner Geißler fordert mit der Thematisierung der neuen sozialen Frage Sozialdemokratie und Gewerkschaften in ihrer Interessenpolitik heraus, was auch eine aufgeregte Diskussion zur Folge hatte, die dann aber schnell wieder untergegangen ist. Denn der Konsens über die Art der Verteilung erwies sich doch als recht stabil. Daß die Altersarmut primär Frauen betraf, war lange Zeit aus der sozialpolitischen Debatte ausgeblendet. Die ungleiche Teilhabe der Frauen am Arbeitsmarkt und damit verbunden an den sozialen Leistungen wurde erst in den 80-er und 90-er Jahren mit den Erfolgen der Frauenbewegung stärker artikuliert.

In den 80-er Jahren kommt die Armutsdiskussion erneut hoch. Die neuen Armen als Folge der Langzeitarbeitslosigkeit werden Gegenstand von Interessenkonflikten. Und seit der deutschen Einheit sind regionale Verteilungskonflikte, die schon erledigt schienen, wieder in den Vordergrund getreten. Das sogenannte Nord-Süd-Gefälle, das noch in den 60er Jahren in der Diskussion um die Verteilung der Sozialhilfe eine große Rolle spielte, und auch das Stadt-Land-Gefälle hatte sich im Grunde weitgehend erledigt.

Mit den neuen sozialen Problemen wird eine Überlastung des Sozialstaates thematisiert, dessen Konstruktionsprinzipien, die bis dahin gut funktionierten, mit den wachsenden Arbeitsmarktproblemen brüchiger geworden sind und nicht mehr für alle Geltung besitzen. Damit fallen auch Solidarität in Staat und Gesellschaft zunehmend auseinander. Ihre Konsensfähigkeit im alten Vertragsmodell nimmt

ab. Diese Tendenz will ich an drei Problembereichen deutlich machen und davon die Reform des Sozialstaates, ausgehend von Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, begründen.

Das erste ist, daß die Chance, am Arbeitsmarkt teilzuhaben, nicht mehr für alle Bürger gegeben ist. Langzeitarbeitslosigkeit, Frühverrentung, geringfügige Beschäftigung, neue Selbständigkeit, Leiharbeit, Schwarzarbeit markieren Ausstiege aus dem Sozialversicherungsstaat. Darüber wird natürlich Klage geführt, weil das auch weniger Beiträge in die Sozialversicherung bringt. Zugleich verliert der Sozialstaat damit aber auch die Fähigkeit, die ihn bisher ausgezeichnet hat, alle Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wenn aber immer weniger Menschen aktiv an der sozialen Umverteilung über den Arbeitsmarkt und seine sozialpolitischen Institute teilhaben, wird die Integrationsfunktion geschwächt. Statt der bisherigen Integration in den Arbeitsmarkt werden immer mehr Menschen aus demselben herausgedrängt. Arbeitslose werden frühverrentet oder in die Sozialhilfe abgeschoben. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt scheitert an den mangelnden finanziellen Voraussetzungen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, weil diese Mittel durch die passive Arbeitsmarktpolitik verbraucht werden. Dabei ist aber eine integrative Politik mehr denn je gefordert.

Zweitens wird eine Reform notwendig, weil sich die Formen des sozialen Lebens verändert haben. Familie und andere zwischenmenschliche Beziehungen haben zwar immer noch einen erheblichen Anteil an der Herstellung sozialer Leistungen. Aber ihre Fähigkeit zur sozialen Integration hat sich zunehmend verringert. Die bekannten Symptome sind Individualisierung, Entsolidarisierung und Verlust an sozialen Bindungen. Erschreckend hoch in der Sozialhilfestatistik ist die Zahl der alleinerziehenden Frauen. In den großen Städten beträgt sie bis zu 40 Prozent. Daß Kinder zu haben ein hohes Armutsrisiko darstellt, ist nicht nur eine Folge mangelnder Chancen am Arbeitsmarkt, sondern hängt auch mit den nachlassenden Bindungen zusammen. Dies wiederum stellt erhöhte Anforderungen an den Sozialstaat und hat darüber hinaus jenseits des Arbeitsmarktes einen unerwarteten Bedarf an sozialer Gerechtigkeit ausgelöst. Die Familiensubsidarität wird heute auch in der Sozialversicherung fraglich und unter den Begriff "versicherungsferme Leistungen" gestellt.

Drittens erwähne ich den demographischen Wandel. Seine Bedeutung für die Rentenversicherung und den ihr zugrundeliegenden Generationenvertrag wird unter dem Stichwort "Beitragsvolumen und Beitragssätze" eingehend diskutiert. So wird etwa darüber spekuliert, ob nach dem Jahr 2000 die Jungen noch bereit sein werden, die Renten der Alten zu finanzieren. Mit dem demographischen Wandel geht in Deutschland aber auch das Angebot an Arbeitskräften zurück. Dies könnte - dazu gibt es sehr unterschiedliche Prognosen - eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes und damit auch einen Rückgang der Verteilungskonflikte mit sich bringen. Ebenso könnte sich damit für Frauen die Chance erhöhen, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Sicher ist, daß der demographische Wandel das Sozialversicherungssystem verändern, wenn auch nicht revolutionieren wird.

Was ich hier an drei Problembereichen angedeutet habe, wirft zuletzt, etwa im Zusammenhang mit Entwicklungen im Bereich der Weltwirtschaft, die Frage auf, ob es in Zukunft überhaupt noch möglich ist, das soziale Sicherungssystem wie bisher am Nationalstaat auszurichten, ob wir es nicht vielmehr europäisch orientieren müßten. Was geschieht aber, wenn die Nachbarländer dies nicht mitmachen? Besteht in der Sozialpolitik ein Zwang zur internationalen Abstimmung und Harmonisierung? Hat dies dann eine Absenkung der Leistungen zur Folge, wie ich vermuten würde? Ich will es bei diesen wenigen Fragen belassen.

Was wir benötigen, ist eine Neudefinition von sozialer Gerechtigkeit und nicht eine Revolutionierung der sozialen Sicherungssysteme. In der Rawlsschen Definition von sozialer Gerechtigkeit meint dies die Verteilung von materiellen Gütern, aber in Verbindung mit der Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt. Schon auf der nationalen Ebene zeigt sich also - deshalb können wir die internationalen Abhängigkeiten hier zunächst vernachlässigen;- , daß sich Gerechtigkeit im Sinne von Teilhabe an sozialen Leistungen nicht allein mehr über den Arbeitsmarkt herstellen läßt. Damit bedarf es dann auch einer Neukonstruktion von Regularien und Strategien des Arbeitsmarktes in bezug auf die sozialen Sicherungssysteme. Inwieweit müssen wir beispielsweise die aktive Arbeitsmarktpolitik zu Lasten der passiven Konsumtion verstärken? Können wir uns bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik überhaupt noch so eng am sozialen Sicherungssystem orientieren?

In der Sozialwissenschaft werden einschlägige Reformmodelle seit gut 15 Jahren diskutiert. Dabei geht es etwa um Vorschläge zur Verteilung der Arbeit und der Arbeitszeit. Wenn Männer und Frauen gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilnehmen und entsprechende Einkommen erzielen, sollte dann das Modell des Familieneinkommens nicht besser durch ein Modell des Partnerschaftseinkommens abgelöst werden? Was würde dies für die sozialen Sicherungssysteme, für die Steuerungssysteme und so weiter bedeuten? Seit langem werden Modelle einer sozialen Grundsicherung diskutiert, sei es als Bürgergeld, als garantiertes Mindesteinkommen oder als Grundsicherung im bestehenden

Sicherungssystem. Letzteres würde ich persönlich favorisieren. Die Sicherungssysteme sollen Armut verhindern und gleichzeitig die individuellen Optionen, am Arbeitsmarkt teilzuhaben oder nicht, erweitern. Damit würde erneut signalisiert, daß es hier nicht nur um Gleichheit, sondern auch um Freiheit geht. Solche Modelle könnten die arbeitsmarktpolitische Regulierung aufrechterhalten und zugleich eine neue Verteilungsgerechtigkeit in diese Systeme einbauen. Ich nenne als Stichworte: Ein- und Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt, Verteilung von Lebensarbeitszeit, Kindererziehungszeiten und so weiter, alles Dinge, die in diesem Zusammenhang heute diskutiert werden.

Korte

Ich schlage Ihnen vor, daß wir uns zunächst darauf konzentrieren zu überlegen, ob die Analyse der Situation, wie sie in beiden Referaten aufgezeigt wurde, adäquat ist. Es gibt in ihnen eine Reihe von empirischen Feststellungen zu dem, was in unserem Sozialstaat und innerhalb des Gesellschaftsvertrages stattfindet. Anschließend könnten wir uns verstärkt den Gründen, die zu dieser so beschriebenen Situation geführt haben, zuwenden.

Schmidt

Ich stimme Frau Riedmüller zu, daß die derzeitige Diskussion über den Sozialstaat, über die Notwendigkeit von Modernisierung, Umbau oder wie die Vokabeln immer heißen, vor allem zur Markierung von Gegensätzen und nicht zur Herbeiführung von Konsens dient. Jeder wählt mit Vorbedacht die entsprechenden Begriffe, und wenn wir Sozialdemokraten von Reform oder Modernisierung sprechen, meinen wir deutlich etwas anderes als jene, die von Umbau sprechen. Die Diskussion über den Sozialstaat reicht von der Einführung einer sozialen Grundsicherung bis zur Reduzierung der Lohnfortzahlung oder der Einfrierung der Arbeitgeberbeiträge und ähnlichem mehr.

Zum zweiten gebe ich Frau Riedmüller recht, daß der Konsens, der bisher die Grundlage des Sozialstaates ausmachte, brüchig geworden ist. Diejenigen, die die Mittel für die sozialen Leistungen aufbringen, kritisieren immer stärker, wofür sie dann ausgegeben werden. Die Kritik an bestimmten Fehlentwicklungen im Sozialstaat, auf die auch Herr Seehofer teilweise hingewiesen hat, wird am schärfsten von jenen Gruppen geäußert, die über niedrige Einkommen verfügen, was verständlich ist.

An einer Stelle funktioniert dieser Gesellschaftsvertrag in der Tat schon längst nicht mehr, das ist in bezug auf die Kinder. Das, was wir im Rahmen des Familienleistungsausgleichs etwa beim Jahressteuergesetz tun, ist allenfalls eine graduell gerechtere Verteilung, die lediglich innerhalb der Familien stattfindet. Es bietet aber keinen steuerlichen Ausgleich zwischen denen, die Kinder großziehen, und denen, die dies nicht tun. Solange im Prinzip alle Familien Kinder hatten, mußte man über einen solchen Ausgleich nicht nachdenken. Dies hat sich aber grundlegend verändert - ein Viertel aller Ehen bleibt heute kinderlos, mit steigender Tendenz;- und insofern gibt es hier eine Gerechtigkeitslücke. Ein Gesellschaftsvertrag kann auf Dauer nicht Bestand haben, wenn er denen gegenüber, die diesen Vertrag künftig erfüllen sollen, versagt.

Ein weiterer Punkt: Es gibt meines Erachtens eine berechtigte Diskussion, daß die Arbeitskosten bei uns sinken müssen, damit es sich lohnt zu arbeiten. Derzeit betragen bei einem Durchschnittseinkommen die Abzüge 48 Prozent. Sie sind in den letzten fünf Jahren um 7 Prozent gestiegen. Wie können die Arbeitskosten verringert werden? Zum einen durch eine sinkende Steuerlast - ohne daß ich genau sagen könnte, wie das geschehen sollte. Auch hier wird der Gleichheitsgrundsatz eklatant verletzt, indem bei den abhängig Beschäftigten die Steuern gleich einbehalten werden, während andere Einkommensbezieher die Chance erhalten, dem Staat immerhin dreistellige Milliardenbeträge jährlich vorzuenthalten. Dies widerspricht jedem Gerechtigkeitsempfinden.

Das andere wäre die Senkung der Abgaben. Hier stellt sich die Frage, inwieweit die sozialen Sicherungssysteme heute mit Ausgaben belastet werden, die ganz anderen Zwecken dienen. Ich nenne nur das Stichwort "versicherungsfremde Leistungen" - ohne dies hier zu vertiefen.

Herr Seehofer hat die Vorruhestandsregelungen angesprochen. Dabei vermag ich aber überhaupt nicht einzusehen, daß hier nur die betroffenen Arbeitnehmer in das Blickfeld geraten, während über die wirklichen Profiteure dieser Regelung, nämlich die Unternehmen, kaum diskutiert wird. Das gilt insonderheit für Firmen, die ohne Not Arbeitnehmer ab 55 Jahren freisetzen und statt dessen jüngere, die billiger sind, einstellen. Auch hier sollten also beide Seiten gesehen werden - wobei ich jene mittelständischen Betriebe von der Kritik ausnehme, die ihre Arbeitnehmer bis zum 65. Lebensjahr beschäftigen, obwohl sie die Last hoher Personalkosten besonders spüren.

Wir haben also vielfältigen Modernisierungsbedarf nicht nur bei der Familienpolitik, sondern auch bei der Sozialhilfe, wenn ich hier auch anders argumentieren würde als Herr Seehofer. Ich meine, wir brauchen so etwas wie eine soziale Grundsicherung. Die Sozialhilfe muß endlich wieder auf diejenigen zurückgeführt werden, für die sie einst erfunden wurde, bei denen nämlich keine anderen Regelungen greifen. Heute sind ein Drittel derer, die Sozialhilfe beziehen, Arbeitslose, für die nicht die Sozialämter, sondern die Bundesanstalt für Arbeit zuständig wäre, die zumindest den Versuch unternehmen könnte wozu die Kommunen überhaupt nicht fähig sind;- , ihnen wieder Arbeit zu verschaffen. Sie brauchen keine Sozialhilfe, sondern Arbeitslosenunterstützung.

Worüber wir also stärker nachdenken müssen, sind Mechanismen, die dem Verursacherprinzip Rechnung tragen, damit die finanziellen Belastungen nicht unter der Hand verschoben werden.

Ich stimme Herrn Seehofer und Frau Riedmüller aber ausdrücklich zu, daß der bestehende Gesellschaftsvertrag erhaltenswert ist. Ihn zu erhalten, wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir uns vom Lagerdenken verabschieden und uns für neue Lösungsansätze auf allen Seiten öffnen. Ich lasse mir beispielsweise durchaus darüber reden, ob sich bestimmte Gesetze, die dem Schutz der Menschen dienen sollen, inzwischen nicht zu ihrem Nachteil auswirken - statt es ihnen zu erleichtern, Arbeit zu finden, sie geradezu von der Arbeit abhalten. Allerdings dürfen solche Maßnahmen dann nicht dazu führen, bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern zu benachteiligen.

Wir brauchen in unserem Land auch eine höhere Einsichtsfähigkeit, daß das Prinzip einer Versicherung nicht darin besteht, möglichst viel "herauszuholen", weil man ja schließlich eingezahlt hat - eine leider weitverbreitete Haltung. Und wir brauchen Zivilcourage bei allen Beteiligten, Mißstände anzuprangern und abzustellen, wenn es um die Ausbeutung des Staates zum Beispiel durch Steuerhinterziehung oder um die Ausbeutung unserer sozialen Sicherungssysteme geht. Dazu gehört auch, daß nicht von Arbeitgeberseite die mangelnde Arbeitsbereitschaft Arbeitsloser generell behauptet wird, sondern die zweifelsohne vorhandenen Einzelfälle benannt werden, wenn etwa Arbeitsuchende angetrunken zum Vorstellungsgespräch erscheinen und mitteilen, sie hätten gar keine Lust, den Arbeitsplatz anzunehmen.

Und ein Letztes: Der Staat ist machtlos, Gerechtigkeit herzustellen, wenn es inzwischen zum guten Ton gehört, ihn, wo immer sich eine Möglichkeit bietet, zu betrügen. Das beginnt ganz oben, wo man eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen müßte.

Adam

Frau Riedmüller hat insgesamt eine positive Bilanz des Sozialstaates vorgelegt, dessen Erfolg unbestritten sei, auch wenn es einige Personengruppen gibt, die offenbar zu den Verlierern gehören. Die soziale Absicherung der Frauen hat sich wohl verbessert; aber die Mütter sind schlechter dran. Die große Armut wird mehr oder weniger erfolgreich bekämpft; dafür gibt es als relativ neues Phänomen eine verbreitete Jugendarmut, wenn man den Statistiken glauben darf.

Was mir nun interessant erscheint, sind nicht die Armutphänomene an sich; die hat es immer gegeben. Mütterarmut oder Jugendarmut jedoch sind keine Überreste eines gewissermaßen natürlichen Zustandes gesellschaftlicher Ungleichheit, der durch weitere Eingriffe des Sozialstaates abgestellt werden könnte. Sie sind vielmehr - und das ist meiner Ansicht nach neu - durch den Sozialstaat selbst hervorgebracht worden. Typisch hierfür ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine Mutter erwirkt hat, die acht Kinder großgezogen hatte und nur eine kümmerliche Rente bekam. Wenn der Sozialstaat Gerechtigkeitslücken nicht nur schließt, sondern auch neue aufreißt, also die Folgen selbst hervorbringt, vor denen er die Bürger eigentlich bewahren will, dann stellt sich in der Tat die Frage, ob wir nicht über so etwas wie einen neuen Gesellschaftsvertrag nachdenken müssen.

Herr Seehofer hat hier für mehr Selbstverantwortung plädiert - was ich nicht ungern höre;- , aber dann diesen Begriff durch den der Selbstverwaltung mehr oder weniger ersetzt. Sind diese beiden Begriffe eigentlich gleichbedeutend? Meiner Ansicht nach nicht. Ich sehe jedenfalls nicht, daß diese selbstverwalteten Gremien die Interessen der Bürger wirklich wahrnehmen. Der Verband der Rentenversicherungsträger oder auch die meisten Krankenkassen sind im Grunde anonyme bürokratische Gremien, die - völlig legitim - ihre Eigeninteressen verfolgen, die nicht notwendigerweise mit den Interessen der Bürger übereinstimmen.

Wenn Sie mit mehr Selbstverantwortung Ernst machen wollen, müssen Sie beim einzelnen Bürger ansetzen. Das würde zum einen stärkere Eigenbeteiligung bedeuten, damit der einzelne erfährt, welche Kosten er der Gesellschaft verursacht, und zum anderen müßten diejenigen, die sparsam sind, eine Beitragsrückerstattung erhalten. Aber von Eigenbeteiligung wollen Sie anscheinend nichts

wissen, und die Beitragsrückerstattung ist ja gerade wieder abgeschafft worden. Mit anderen Worten: Wie steht es denn um das Bekenntnis zur Selbstverantwortung, wenn es um die praktische Ausgestaltung geht?

Seehofer

Lassen Sie mich direkt darauf antworten, Herr Adam. Selbstverwaltung kann in der Tat nicht funktionieren, wenn der eine die Investitionsentscheidungen trifft und der andere sie bezahlen soll. Das gilt für Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit -wo in der Regel der Finanzminister für Ausgleich sorgen soll - genauso wie etwa für die Tatsache, daß Länder und Kommunen festlegen, wo ein Krankenhaus gebaut werden soll, während die Kosten von der Krankenversicherung zu tragen sind. Solange man also die Konsequenzen seiner Entscheidungen nicht selbst verantworten muß, werden die Kommunen in dieser Hinsicht immer ein hohes Maß an Großzügigkeit entwickeln.

Deshalb wollen wir ja bei der Reform der Krankenversicherung nicht nur die Leistungs-, sondern auch die Finanzverantwortung wieder an die kleinere selbstverwaltete Einheit zurückverlagern. So wollen wir etwa erreichen, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber die Finanzverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten, die heute beim Staat liegt. Das ist kein Abschieben von Verantwortung, sondern dahinter steht die Überzeugung, daß eine zentralistische Regelung dazu weniger gut in der Lage ist. Wir sind in den letzten 25 Jahren in immer kürzeren Abständen mit immer mehr Reglementierungen und Paragraphen der tatsächlichen Entwicklung ständig hinterhergelaufen. Deshalb ist es höchste Zeit, die Dinge dorthin zurückzuverlagern, wo sie hingehören - natürlich unter Einhaltung bestimmter Grundregeln, die das Sozialstaats- und das Rechtsstaatsgebot erfordern. Aber wo ein Computertomograph stehen soll, das muß nicht in Bonn entschieden werden; das kann die Selbstverwaltung vor Ort viel besser bestimmen - wenn sie gleichzeitig auch die Verantwortung für die Beiträge übernimmt.

Nun möchte ich Ihnen aber eines entgegenhalten: Wenn die These stimmen würde, daß der einzelne mit einer höheren Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen sich vernünftiger verhielte, dann müßten die privaten Krankenversicherungen finanziell glänzend dastehen. Da gibt es doch alles das, was Sie fordern: Selbstbeteiligung, Beitragsrückgewähr, Kostenerstattung, Rechnungslegung und so weiter. So sehr ich ein Anhänger der Privatversicherung bin, weil ich den Wettbewerb zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung für beide Seiten für fruchtbar halte, muß ich doch feststellen, daß die privaten gegenwärtig größere finanzielle Probleme haben als die gesetzlichen und die Beitragserhöhungen, gerade für ältere Bürger, deutlich über dem liegen, was die gesetzliche Krankenversicherung ihnen zumutet.

Aber selbst wenn wir für den Krankenhausaufenthalt oder den Arztbesuch eine Selbstbeteiligung vorsehen würden, ist damit das Problem der Verschwendung staatlicher Gelder keineswegs gelöst. In dem Fall hätten Sie zwar eine Einnahmverbesserung, was aber an der Tatsache nichts ändert, daß die Ausgaben der Krankenhäuser doppelt und dreifach so stark steigen wie die Einnahmen der Krankenversicherung. Die Selbstbeteiligung im Krankenhaus, die wir vor etwa zehn Jahren eingeführt haben, hat die Krankenhausaufenthalte in keiner Weise verringert. Oder denken Sie an die 40- bis 50 prozentige Selbstbeteiligung beim Zahnersatz, die keineswegs zu einer Reduzierung der Leistungen geführt hat. Im Gegenteil, die Menschen sagen sich: Wenn ich dafür schon drei-, vier- oder fünftausend DM bezahlen muß, dann will ich auch die beste Qualität haben, selbst wenn dies dann noch ein wenig mehr kostet.

Mit anderen Worten: Ich habe nichts dagegen, daß man die Selbstbeteiligung da und dort verstärkt. Aber zu glauben, damit könne man eine bessere Steuerung im Gesundheitswesen erreichen, ist ein Trugschluß. Deshalb fahren die Malteser Hilfsdienste oder die Johanniter nicht weniger Rettungseinsätze, und auch im Freistaat Bayern wird jeder Abgeordnete, Minister oder Staatssekretär weiterhin versuchen, in seinem Wahlkreis eine Rettungsleitstelle aufzubauen. Nur deshalb sind die Rettungskosten um fünfzig Prozent gestiegen und nicht etwa, weil die Unfälle um fünfzig Prozent zugenommen hätten.

Schönbohm

Ich möchte bezweifeln, daß sich die heutigen Probleme innerhalb des bestehenden Systems der sozialen Sicherung lösen lassen, das ja noch aus dem 19. Jahrhundert stammt. Wenn wir heute ein soziales Sicherungssystem ohne historisches Erbe neu konzipieren müßten, glauben Sie wirklich, Herr Seehofer, daß dies so aussehen würde wie unser jetziges? Natürlich bin ich politisch erfahren genug, um nicht irgendwelchen Tag- oder Nachtträumen anzuhängen, die jenseits jeder Realisierungsmöglichkeit sind. Aber die Behauptung, im Prinzip funktioniere alles wunderbar-

abgesehen von ein paar kleinen Korrekturen, die wir vornehmen müßten, um einige Fehlentwicklungen zu korrigieren;- , ziehe ich in Zweifel.

Was ich zunächst feststelle, ist, daß sich die Rahmenbedingungen für dieses System gravierend geändert haben. Ich wiederhole einige Stichworte, die Frau Riedmüller erwähnt hat: So hat sich beispielsweise die internationale Wettbewerbssituation für die deutsche Wirtschaft grundlegend verändert, und es erscheint fraglich, ob die Wirtschaft die Kosten für den Sozialstaat in dieser Höhe noch weiter verkraften kann.

Dann die problematische Entwicklung der Altersstruktur, die ebenfalls zu Konsequenzen führt, welche eine wesentliche Änderung des Systems der Alterssicherung notwendig machen. Wobei wir uns ernsthaft fragen müssen, ob es überhaupt wünschenswert ist, daß die Entwicklung in der bisherigen Richtung weitergehen soll. Wir haben es in Deutschland - auch das wurde erwähnt - in der Mittelschichtgesellschaft mit einer völlig veränderten Einkommens- und Vermögenssituation zu tun, auf die wir auch im sozialen Sicherungssystem reagieren müßten.

Beim Thema Gerechtigkeit und Steuerdefizite will ich nur den Punkt der kinderreichen Familien herausgreifen. Für eine Bundesregierung, die stets die Familienpolitik hochgehalten hat, ist es schon blamabel, wenn sie durch das Bundesverfassungsgericht gezwungen werden muß, beim Existenzminimum die Familien gerechter zu behandeln. Der Grund ist klar: Es fehlte an Finanzspielraum im bestehenden System.

Aus diesem Grunde meine ich, daß dieses System durch Selbststeuerungsmechanismen ergänzt werden muß, wenn die Finanzierbarkeit auf die Dauer gewährleistet sein soll, und zwar auf eine Weise, die für die Menschen zumutbar, sozial verträglich und nachvollziehbar ist.

Beide Referenten haben mehrfach den Grundkonsens angesprochen. Die Veränderung der Sozialsysteme ist ein politisch hochbrisantes Thema, weil dadurch viele organisierte Gruppen herausgefordert werden, die als Wähler relevant sind. Wie schwierig das ist, hat Herr Seehofer nachhaltig erfahren. Ich frage mich aber, ob wir nicht zunächst eine strittige Diskussion in der Öffentlichkeit brauchen, um die Dimensionen des Problems der gesamten Bevölkerung deutlicher zu machen und damit überhaupt die Chance für bestimmte Korrekturen zu eröffnen, bevor wir wieder über einen neuen Konsens nachdenken sollten. Meiner Ansicht nach müßten die Dinge noch deutlicher beim Namen genannt und auch radikalere Reformüberlegungen in die Diskussion gebracht werden, bevor wir zu einem Kompromiß gelangen, der uns dann aber in der Sache etwas weiterführt, als das bisher möglich war.

Schunter-Kleemann

Ich halte die uns hier vorgelegten Analysen für zu eng. Es wurde so getan, als ob wir das Thema Sozialpolitik heute immer noch im nationalstaatlichen Rahmen diskutieren könnten. Tatsächlich müssen wir aber bei der Debatte um die Entwicklungspotentiale des Sozialstaates der Entwicklung des Europäischen Binnenmarktes und der Globalisierung der Wirtschaften Rechnung tragen. Aufgrund der Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs können heute immer mehr Unternehmen länderübergreifend agieren. Die internationalen Unternehmen gehen dorthin, wo ihnen die günstigsten Rahmenbedingungen gewährt werden. Damit haben sie ein enormes Druckpotential gewonnen. In den freien Wettbewerb treten also nicht nur Unternehmen und Produkte, sondern auch die Löhne, Sozialleistungen und Steuern. Ich denke, die in allen Ländern beobachtbare Erosion der sozialen Sicherungssysteme hängt mit diesen strukturellen Änderungen zusammen. Diese veränderte Ausgangslage müssen wir meines Erachtens von Anfang an in der Analyse berücksichtigen, weil die Gefahren zunehmen, daß die gewachsenen sozialen Schutzsysteme durch den internationalen Standortwettbewerb gewissermaßen unterspült werden.

Was die Gerechtigkeitslücken betrifft, so stimme ich Frau Riedmüllers Thesen weitgehend zu. Ich würde aber einige Akzente anders setzen, als es bei Herrn Minister Seehofer anklang. So möchte ich unterstreichen, daß der deutsche Sozialstaat in bezug auf die soziale Absicherung auch von erwerbstätigen Frauen noch erhebliche Defizite aufweist. Sicherungslücken gibt es nicht nur bei den nichterwerbstätigen Müttern. Beide Gruppen von Frauen werden in Deutschland aufgrund der androzentristischen Strukturen der Sicherungssysteme benachteiligt. Die soziale Absicherung auch vieler berufstätiger Frauen bei Arbeitslosigkeit und im Alter ist weiterhin unzureichend, weil die Einkommensersatzleistungen aufgrund der üblichen Lohndiskriminierung häufig außerordentlich niedrig ausfallen. Die Diskriminierung, die viele Frauen auf dem Arbeitsmarkt erfahren, werden im deutschen System so gut wie nicht korrigiert, sondern in die Arbeitslosen und Rentensysteme übertragen. Herr Seehofer behauptet, Armut gebe es in Deutschland nur noch als Randerscheinung. Die von den verschiedenen Wohlfahrtsverbänden vorgelegten Studien und Statistiken spiegeln jedoch

ein erschreckend anderes Bild mit ständig wachsenden Zahlen von Betroffenen. Wenn sich auch die Akzente in der Armutpopulation verschieben, so sind unter ihnen sehr viele alte Frauen und alleinstehende Frauen und deren Kinder. Deshalb sehe ich einen enormen und grundsätzlichen Korrekturbedarf bei den Sozialsystemen, gerade aufgrund der wachsenden Zahlen der Arbeitslosen.

Radermacher

In der Tat dürfen wir unser Thema nicht nur im nationalstaatlichen Rahmen diskutieren. Natürlich ist unsere soziale Marktwirtschaft ein wünschens- und erhaltenswertes System verglichen etwa mit der Situation in den USA, wo wir in den Großstädten ausgedehnte Slums antreffen. Aber die Finanzierung dieses bei uns etablierten Systems hängt am Vorhandensein von "Füllhörnern", die nicht zuletzt vom Zustand der Weltwirtschaft und dem Stand der Technologie abhängen. Leider hat sich die ökonomische Ausgangssituation in den letzten Jahren für uns in zwei Bereichen dramatisch verändert. Zum einen im ökologischen Umfeld. Wenn deutlich wird, daß die marktmäßige Nutzungsfähigkeit der Natur immer mehr begrenzt wird - und zudem immer mehr Staaten auf dieser Welt erfolgreich um ihren Anteil an diesen Nutzungsmöglichkeiten zu streiten in der Lage sind;- , werden notabene die für uns erschließbaren "Füllhörner" kleiner, auch wenn wir uns immer noch der Illusion hingeben, dies ließe sich über höheres Wachstum wieder ausgleichen.

Noch gravierender wirkt sich andererseits für uns die weltweite Technologieentwicklung aus, da sie zu veränderten Machtverhältnissen auf dem Weltmarkt führt. Dies hat zur Folge, daß sich in der internationalen Arbeitsteilung immer mehr dynamische Schwellenländer erfolgreich einbringen können, während unsere relative Wertschöpfungsfähigkeit zurückgeht. Über die Datenautobahn ist man mittlerweile in der Lage, nicht nur die gesamte Softwareentwicklung, sondern zukünftig jede Art von konzeptionellem Engineering auszulagern, beispielsweise nach Indien. Das hat umgekehrt zur Folge, daß man in internationalen Wertschöpfungsketten benötigtes deutsches Know-how gezielt und punktuell hinzukaufen und integrieren kann, ohne gleich den ganzen deutschen Standort mit seinem hohen Sozialniveau, Vorschriften, hohen Kosten für Schulen, Kindergärten, Gesundheitsvorsorge, öffentlichen Dienst und so weiter mitfinanzieren zu müssen. Die Konsequenz ist klar: Wir können in Deutschland und Europa unseren großen Vorsprung zu den sich entwickelnden Ländern auf Dauer nicht aufrechterhalten.

Meines Erachtens kann die Konsequenz - zu Ende gedacht - nur sein, daß wir über eine weltweite soziale und ökologische Marktwirtschaft nachdenken müssen. In diesem Prozeß müssen wir in einem geordneten Verfahren das Aufholen der anderen organisieren. Unsere Wachstumserwartungen sind dabei zu korrigieren. Wir haben ja in den letzten Jahren schmerzhaft lernen müssen, daß wir inzwischen vielleicht nur noch 80 Prozent von dem zu verteilen haben, was wir vor zehn Jahren in einer damals realistischen Projektion für heute hätten erwarten können.

Deshalb resultieren unsere Hauptprobleme nach meiner Einschätzung auch nicht aus der deutschen Wiedervereinigung oder aus dem sicher problematischen Versuch, die Kosten der Wiedervereinigung teilweise auf das Renten- oder Gesundheitssystem zu verlagern. Auch bei einer anderen Form der Finanzierung wären wir letztlich in ähnliche Schwierigkeiten geraten. Das bisherige Finanzierungsniveau im Gesundheits- und Sozialbereich wird unter den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen jedenfalls nicht aufrechtzuerhalten sein. Von daher ist eine Neuorientierung im Sinne eines neuen Gesellschaftsvertrages aus meiner Sicht unumgänglich, um eine gesellschaftlich faire Lösung angesichts drastisch verminderter "Füllhörner", sprich Wohlstandspotentiale, zu finden.

Im Moment passiert der Anpassungsprozeß an die veränderten Bedingungen eher entlang der gegebenen ökonomischen Machtstrukturen. Dies geschieht in der Weise, daß immer mehr Personen und Gruppen aus dem wirtschaftlichen Kernsystem herausgedrängt werden, zum Beispiel als Frührentner. Diese erhalten zukünftig deutlich weniger Konsumchancen, als ihnen vorher zustanden; man denke hier auch an die Bezieher sehr kleiner Renten. Teilweise verschieben wir dabei das Problem auch auf die nach uns kommende Generation, stellen also einen Wechsel auf die Zukunft aus, den andere dann einlösen sollen. Dieses bequeme Ausweichen wird aber nicht mehr lange möglich sein. Die sogenannte Zweidrittelgesellschaft markiert auch den Schlußpunkt einer bestimmten Form der Anpassung.

Wir stehen insofern gesamtgesellschaftlich vor einer neuen Situation und kommen nicht darum herum, sehr viel grundsätzlicher über neue Lösungsformen nachzudenken.

Jepsen

Wenn wir die Entwicklung in Europa und weltweit sehen, dann sollten wir sie nicht nur unter dem Aspekt zusätzlicher Belastung für uns, sondern auch im Hinblick auf unsere weltweite Verantwortung diskutieren.

Aber ich will zunächst enger ansetzen und fragen, ob wir in Deutschland überhaupt noch so etwas wie eine Gesellschaft sind. Überwiegen bei uns nicht immer mehr Gruppeninteressen: die Armen, die Arbeitslosen, die Alten, die Jungen? Wie steht es denn um ein gesellschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl mit entsprechender Verantwortung füreinander und Bindungen untereinander?

Gelegentlich heißt es - auch hier klang dies an: Wenn die Wirtschaft in Ordnung ist, geht es uns allen gut. Ist dieser Grundsatz so unbefragt hinzunehmen? Oder basiert unser ganzes System aufwerten, die nicht mehr tragen? Ich meine, darüber muß in unserer Gesellschaft neu nachgedacht werden.

Dann zum Stichwort "ehrenamtliche Arbeit", das immer dann hochkommt, wenn es finanziell schlechter geht. Aus meiner Sicht ist dies zum einen eine Frage der sozialen Zusammengehörigkeit, die wir wieder stärker betonen müssen, zum anderen aber kommt auch bei der ehrenamtlichen Arbeit, insbesondere im Alter, ein finanzieller Aspekt hinzu. Dafür sind bereits verschiedene Modelle erarbeitet worden.

Ich denke, bei der Frage des Gesellschaftsvertrages geht es in der Tat vor allem darum, daß wir uns als Gesellschaft wieder neu wahrnehmen. Dazu gehört aus meiner Sicht im übrigen auch, wie wir mit unseren ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen umgehen. Ich wohne in Hamburg in einem Stadtteil mit einem großen Ausländeranteil, bei dem es zum Teil schwer sein wird, ihn in unsere Gesellschaft zu integrieren. Inwieweit besteht da auf unserer Seite eine Verantwortung, daß dies gelingen kann?

Ich würde also die Fragestellung des Themas noch anders ansetzen und die Wertediskussion und natürlich auch die Ökologie mit einbeziehen.

Reiter

Das vielzitierte Sozialstaatsgebot wurde 1949 erstmals ins Grundgesetz aufgenommen, während das Rechtsstaatsgebot sehr viel älter ist. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat in den vergangenen vier Jahrzehnten gezeigt, daß uns damit eines der schwierigsten Auslegungsprobleme aufgegeben wurde. Das Verfassungsgericht deutet das Sozialstaatsgebot so, daß der Staat die Grundrisiken des Lebens absichern muß. Wie dies aber zu geschehen hat, liegt allein in der politischen Entscheidung des Gesetzgebers.

Frau Riedmüller hat die geschichtlichen Hintergründe der Sozialstaatsentwicklung in Deutschland kurz angesprochen. Bismarcks Intention war, eine klare Zuweisung der Risiken vorzunehmen. Das heißt, einen solidarischen Ausgleich zu schaffen erstens für Menschen, die noch keine Arbeit ausüben können - die Kinder;-, zweitens für die, die nicht mehr in Arbeit stehen - die Alten;-, und drittens für die von Arbeitslosigkeit und Krankheit Betroffenen, die vorübergehend keiner Arbeit nachgehen können.

Was ich am gegenwärtigen Zustand unseres Sozialsystems kritisiere, sind vornehmlich zwei Dinge: erstens eine beträchtliche Vermischung der Risiken, die keineswegs mehr beitragsgerecht zugeordnet werden. Zweitens hat uns der Gesetzgeber mit seinem unermüdlichen Streben nach immer mehr Einzelfallgerechtigkeit im Sozialrecht einen "Fleckerlteppich" beschert, den der betroffene Bürger kaum mehr überblicken kann.

Was den ersten Punkt angeht, plädiere ich für eine Rückkehr zur Systemgerechtigkeit. Die erwähnten Vorruheständler, die der Rentenversicherung vorzeitig zur Last gelegt werden, sind eigentlich den Arbeitsmarktrisiken zuzuordnen. Dieses Risiko darf nicht den Beitragszahlern der Rentenversicherung übertragen werden, die in den nächsten Jahren ohnehin stärker zur Kasse gebeten werden dürften.

Auf der anderen Seite: Was ist nicht alles der Bundesanstalt für Arbeit übertragen worden, das mit der Arbeitslosenversicherung überhaupt nichts zu tun hat. Ich sympathisiere hier mit einer strikten Trennung zwischen einem beitragsfinanzierten, selbstverwalteten Versicherungsträger, wie es systemgerecht wäre, und einem aus Steuermitteln finanzierten Träger, der die anderen Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit übernimmt.

Das heißt, der Gesetzgeber sollte wieder zu einer gerechten Verteilung der Risiken auf die zuständigen Träger zurückkehren. In dem Zusammenhang sind auch die neuen Bundesländer zu sehen, die aus den Kassen der Renten- und der Arbeitslosenversicherung nicht weniger als 140 Milliarden DM erhalten haben. Ich stimme Herrn Seehofer zu, daß dies zwar politisch gerechtfertigt, aber in keiner Weise systemgerecht ist.

Was das Thema Einzelfallgerechtigkeit angeht, so ist es in der Rentenversicherung mit der Rentenreform 1992 im Sozialgesetzbuch VI sicher gelungen, eine Bereinigung vorzunehmen. Herr Seehofer bemüht sich intensiv, dies jetzt auch im Gesundheitswesen zu erreichen. Das gleiche müßte aber unbedingt ebenso beim Arbeitslosenversicherungsrecht in Angriff genommen werden, wo sich inzwischen niemand mehr auskennt, schon gar nicht der betroffene Bürger. Die Sozialverwaltung tut sich zudem ungeheuer schwer, die ständigen Änderungen in der Gesetzgebung zu verkraften, die auch die Rechtsprechung ungebührlich erschweren. Dem einzelnen ist kaum noch klarzumachen, warum er in einem bestimmten Fall kein Arbeitslosengeld bekommt oder keinen Rentenanspruch hat.

Sengling

Die Wohlfahrtsverbände, die heute verschiedentlich kritisch angesprochen wurden, beklagen seit Jahren, daß die Diskussion über die Zukunft des Sozialstaates unaufrichtig geführt wird. Jedermann weiß, daß wir es auf dem Arbeitsmarkt mit strukturellen und nicht nur mit periodischen Problemen zu tun haben, daß es demographische Probleme gibt und daß die Armut in unserem Land besorgniserregend zugenommen hat.

Wir haben seitens der Wohlfahrtsverbände schon vor Jahren die Frage gestellt, ob das System der sozialen Sicherung noch tragfähig sei, weil wir im großen Umfang nicht mehr von Normalerwerbsbiographien ausgehen können, mit der Folge, daß Versicherungsleistungen nicht mehr durch das Sozialsicherungssystem finanziert werden können. Dazu hieß es in der öffentlichen Debatte: Zum einen haben wir über unsere Verhältnisse gelebt und müssen dies ändern, zum anderen mißbrauchen viele den Sozialstaat und legen sich in die soziale Hängematte. Daraufhin haben wir darum gebeten, doch einmal empirisch zu ermitteln, wie es mit dem Mißbrauch konkret aussieht. Wer liegt wo bequem in welchen Hängematten? Ein solcher Sozialbericht, den wir bereits unter der sozialliberalen Koalition erbeten haben, liegt bis heute nicht vor.

Als der Paritätische Wohlfahrtsverband dann erstmals einen Armutsbericht vorlegte, wurde dieser erwartungsgemäß heftig kritisiert. Ähnlich erging es dem Caritasverband mit seinem Armutsbericht. In beiden Fällen wurde die Berechtigung, so etwas zu ermitteln, in Frage gestellt und uns darüber hinaus vorgeworfen, wir würden mit Zahlen und Beispielen jonglieren. Vom Selbstverständnis des BSHG her betrachtet, gebe es in Deutschland keine Armut.

Wir sind der Meinung, daß über die Veränderungen oder Neugestaltung des Sozialstaates öffentlich diskutiert werden muß, und zwar unter Einbeziehung der betroffenen Menschen und jener Institutionen, die Partner der Politik sind, wie beispielsweise die Wohlfahrtsverbände. Vermutlich müssen wir dabei so radikal denken, wie Oswald von Nell-Breuning dies mit der sehr grundsätzlichen Frage getan hat: Wo ist Beistand für den Menschen hilfreich, wo aber kann er sich auch als schädlich erweisen? Wie steht es um die Balance von Geben und Nehmen? Herr Seehofer forderte mehr Eigenverantwortlichkeit. Inwieweit wird diese durch sozialstaatliche Maßnahmen gefördert oder behindert? Von Nell-Breuning hat darauf die grundsätzliche Antwort gegeben: Wichtig ist, daß der Staat die Rahmenbedingungen garantiert, unter denen der einzelne und die Familie sich entsprechend den Vorgaben unseres Grundgesetzes im Sinne der Mündigkeit des Menschen entfalten können. Wenn ich in dem Zusammenhang etwa an die Regelsatzdebatte denke, die Herr Seehofer ein wenig augenzwinkernd auf mich blickend angeführt hat: Ist gewährleistet, daß der einzelne Sozialhilfeempfänger tatsächlich noch am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann - wovon das BSHG ausgeht;- , wenn die Sätze wie vorgesehen gekürzt werden?

Seitens der Wohlfahrtsverbände sind Vorschläge gemacht worden. Ich denke beispielsweise an die bedarfsorientierte systemimmanente Grundsicherung. Warum wird darüber nicht diskutiert, sondern uns von der Politik vorgehalten: das gehe nur Sachverständige etwas an, aber nicht laienhafte "Sozialwesler" - die es gelegentlich auch geben mag?

Im Paritätischen Wohlfahrtsverband hatten sich im Zuge der Gesundheitsreform vor Jahren Betroffene, chronisch Kranke und Behinderte zum Stichwort "Hilfsmittel" zusammengesetzt. Wer, wenn nicht die Betroffenen selbst, kann eigentlich kompetent über die Probleme und die benötigten Hilfsmittel reden? Den daraus entstandenen Bericht haben wir an die Politik weitergeleitet. Die Menschen sollten aufhören zu nörgeln und ihre Bedürfnisse darzulegen. "Wir, die Verwaltungen und die Politiker, sind auf diesem Gebiet die richtigen Experten" - das war die Antwort.

Was wir dringend benötigen, ist ein grundsätzlicher Dialog und nicht die Form kontroverser Auseinandersetzungen, wie sie im Augenblick stattfinden und von der Politik teilweise auch forciert werden. Bedauerlicherweise wird die Diskussion mit uns nicht gemeinsam offensiv geführt.

Seehofer

Dialog, Herr Sengling, ist schön und gut. Wir haben Sie ja vor jeder Reform auch mehrmals zum Dialog eingeladen. Aber lassen Sie mich aus meiner Erfahrung als Politiker hinzufügen: Solange man sich in einem kleineren Kreise gegenüber sitzt, kann man sehr vernünftig miteinander reden. In dem Augenblick aber, wo man in einem Kongreßsaal mit den Binnenwirkungen eines Verbandes konfrontiert wird, erinnert sich niemand mehr daran, was man vorher besprochen hatte. Bei sämtlichen Wohlfahrtsverbänden, die jetzt große Anzeigen aufgeben, habe ich viel Verständnis für einzelne Maßnahmen in der Sozialhilfe oder im Gesundheitswesen gefunden, aber wenn die Fernsehkameras eingeschaltet sind, schaut es gelegentlich etwas anders aus.

von Weizsäcker

Wie in Parteiversammlungen.

Seehofer

Ja, vielleicht ist es das schlechte Beispiel, das die Politiker geben.

Becker

In unserer kleinen Großstadt Pforzheim sind zum Ende dieses Jahres die Aufwendungen für den sozialen Bereich höher als alle Nettoeinnahmen aus Unternehmenssteuer, Gewerbesteuer, Lohn- und Einkommenssteueranteilen, Vergnügungssteuer. Deshalb, Herr Seehofer, bin ich doch sehr überrascht, wenn Sie hier feststellen, es bedürfe nur geringfügiger Korrekturen, um das bundesdeutsche Sozialsystem in seinem bisherigen Umfang beizubehalten. Natürlich muß man als Bundespolitiker vorsichtig sein, und Ihre Erfahrungen mit politischen Diskussionen sind ja weiß Gott nicht die besten. Ich würde es indes sehr begrüßen, wenn die Regierung einmal deutlich sagen würde, wie hoch der Anteil der Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt denn sein soll.

Seehofer

Das sage ich jeden Tag. Die Sozialleistungen dürfen nur im Gleichklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung steigen.

Becker

Heute liegt der Anteil bei 33 Prozent des Bruttosozialproduktes. Das wäre eine Bemessungsgrenze ohne weitere Steigerungen. Wenn Sie im Gesundheitsbereich bei einer Steigerung der Nettolohnsumme um 1,6 Prozent eine entsprechende Deckelung der Leistungen anstreben, lassen sich die Ansprüche des einzelnen auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Denn Rationalisierungsreserven, die mobilisiert werden könnten, beispielsweise in einem Krankenhaus, sind nicht unendlich. Mit anderen Worten: Es sollte den Menschen klargemacht werden, mit welchen Leistungseinschränkungen sie rechnen müssen.

Ich befürworte eine Budgetierung des sozialen Bereiches insgesamt, aber dann müssen Bund, Länder und Gemeinden klarmachen, wie hoch die Anteile sind, die sie darauf verwenden wollen, damit eine Prioritätenliste entsteht und deutlich wird, wo die Mittel ausgegeben werden sollen und wo nicht. Denn es ist nun einmal nicht möglich, alle sozialen Bedürfnisse zu bedienen.

Mit der zunehmenden Professionalisierung, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, ist im übrigen genau das einhergegangen, was Frau Jepsen beklagt, daß nämlich die Verantwortlichkeit in unserer Gesellschaft abgenommen hat, weil kaum noch die Möglichkeit besteht, individuelle Hilfe zu leisten. Wenn jemand beispielsweise einem Sozialhilfeempfänger einen gebrauchten Kinderwagen schenken will, dann lehnt dieser dankend ab; er hat ja Anspruch auf einen neuen. Wenn ich jemanden, der mich aus dem Ausland besucht, bei der Zahnarztrechnung unterstützen will: nicht nötig; zahlt das Sozialamt.

Sie erwähnen die Armutsberichte der Verbände, Herr Sengling, die in der Tat mit äußerster Vorsicht zu genießen sind, weil es in ihnen weniger um soziale Wahrheiten als vielmehr um die Durchsetzungen von Verbandsinteressen geht. Ich vertrete die These, daß wir in unserem Lande kaum Armut in traditionellem Sinne antreffen, sondern es eher mit einer Art definierter Armut zu tun haben. Ich bin selbst ehrenamtlich in einem großen Verband tätig und weiß, daß bei den stationären Einrichtungen die Plafonierung darauf hinausläuft, die Pflegesätze an entsprechende Kostensteigerungen zu binden. Davor fürchten sich die großen Träger, die bisher vor Ort quasi Monopolstellungen innehatten, die durch das Subsidiaritätsprinzip geschaffen wurden. Dadurch sind die Kosten im Verwaltungsbereich überall geradezu explosionsartig gestiegen. Die karitativen

Verbände sind die zweitgrößten Grundbesitzer und wahrscheinlich die größten Arbeitgeber in Deutschland.

Sengling

Die zweitgrößten Arbeitgeber.

Becker

Aber gibt es in diesen Verbänden konsolidierte Bilanzen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen oder Kosten-Nutzen-Analysen? Fehlanzeige.

Ein Wort zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die ich für eine der größten Geldverschleuderungseinrichtungen halte, ohne wirklichen Modernisierungsnutzen für unsere Gesellschaft. Untersuchen Sie einmal, was mit dem Geld gemacht wird: Beschäftigungsbrücken, die im Nichts enden und den Ausgrenzungsprozeß im Grunde beschleunigen. So müssen wir in den Gemeinden Arbeitsplätze nachweisen, die wir eigentlich gar nicht brauchten, weil wir sonst die Mittel nicht bekommen. Das heißt, für vernünftige Arbeiten dürfen die Leute nicht eingesetzt werden, und die Ausgrenzung einfacher Arbeiten, die Frau Riedmüller erwähnt hat, wird dramatisch zunehmen. In den nächsten zehn Jahren werden durch die Veränderung der Qualifikationsprofile Menschen aus dem Arbeitsprozeß verabschiedet, die keine Chance mehr haben, und weil ihr Marktwert unterhalb des Sozialhilfeniveaus liegt, haben sie auch keinen Anreiz zu arbeiten. Dies halte ich für einen sozialpolitischen Skandal, der das bestehende System nachhaltig in Frage stellt.

Was ich vor allem kritisiere, ist, daß es für das Sozialhilfesystem kein gesamtgesellschaftliches Konzept gibt. Es werden nur Zahlungen geleistet, ohne damit irgendein Ziel, das man verfolgt, aufzuzeigen.

Schreiner

Ich meine, Herr Becker, mit Ihrem Beitrag haben Sie den Munitionsbestand für diese Diskussion deutlich erweitert.

Ich frage mich, ob in den verschiedenen Bereichen nicht vorwiegend Scheinkämpfe geführt werden, die letztlich dazu beitragen, daß der Konsens über den Sozialstaat erodiert und zu zerbrechen droht.

So bemühe ich mich seit Jahren um wissenschaftliche Publikationen, die den Nachweis erleichtern, daß im sozialen Bereich in bemerkenswertem Umfang Mißbrauch betrieben wird. Mir ist es bis zur Stunde nicht gelungen, eine entsprechende Untersuchung ausfindig zu machen.

Becker

Das wird im Politischen ausgeblendet.

Schreiner

Ich spreche von wissenschaftlichen Publikationen.

Pfaff

Das ist doch keine Frage der Wissenschaft.

Schreiner

Wenn es tatsächlich Mißbrauch im nennenswerten Umfange gäbe, müßte er notfalls mit gesetzlichen Maßnahmen abgestellt werden, weil andernfalls die Akzeptanz der Sozialsysteme in Frage gestellt würde. Aber dieser Nachweis wird nicht geführt. Statt dessen erleben wir in der Öffentlichkeit, auch in den Parlamenten, ständig diese Mißbrauchsdebatten, bei denen ich den Eindruck habe, sie lenken von den eigentlichen Problemen eher ab, als sie aufzuklären.

Es wird immer wieder gesagt, der Sozialstaat sei zu teuer; er werde mehr und mehr zu einem Wohlfahrtsstaat. Herr Becker hat das gerade noch einmal unterstrichen. Ich sehe jedenfalls auf der Kostenseite nur ein einziges handfestes Kriterium, das ist die sogenannte Sozialleistungsquote, also den Anteil der Sozialleistungen am Brutto-Inlandsprodukt. Diese Quote besagt im übrigen nichts über die soziale Qualität einer Gesellschaft. Denn je höher beispielsweise die Arbeitslosigkeit ist, um so höher steigt die Sozialleistungsquote. Nun lag die Sozialleistungsquote 1982 in Westdeutschland ungefähr bei 32 Prozent und war damit fast so hoch wie sie heute in Gesamtdeutschland ist, nämlich

etwa 33 Prozent. Sie ist aber nur deshalb noch so hoch, weil wir in Ostdeutschland eine Sozialleistungsquote von sage und schreibe 70 Prozent haben, vor allem aus Gründen der hohen Arbeitsplatzverluste und auch der besonderen Rentensituation dort, etwa wegen der hohen Erwerbstätigkeitsquote der Frauen. Mit anderen Worten, die Sozialleistungsquote hat sich bei uns, verglichen mit früheren Jahren, keineswegs dramatisch verändert, ganz im Gegenteil. Die These also, der Sozialstaat sei nicht mehr bezahlbar, läßt sich an Hand der dünnen Daten jedenfalls nicht nachvollziehen.

Nun wird argumentiert - auch bei Herrn Becker klang dies wieder an;- , wir müßten budgetieren. Ich habe damit größte Probleme. Wie soll dies gehen, gesetzt den Fall, die Arbeitslosigkeit in Deutschland würde weiter um, sagen wir, zwei Millionen ansteigen? Wollen Sie dann in Kauf nehmen, daß Menschen bei uns vor Suppenküchen anstehen oder sogar verhungern?

Ich meine, mit solchen Vorschlägen lenken wir nur von der zentralen gesellschaftlichen Problematik ab: Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit ist zu hoch. Die dadurch verursachten gesamtfiskalischen Kosten beliefen sich im vergangenen Jahr insgesamt auf rund 140 Milliarden DM.

In einem Punkt stimme ich Herrn Becker zu, nämlich was die vertikale Verschiebung der Kosten angeht. Die Kommunen sind in wachsendem Maße durch den Bund mit Aufgaben belastet worden, die keine originär kommunale Aufgabe sind: von der Pflege angefangen bis hin zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Das müßte aber zwischen den öffentlichen Händen selbst ausgehandelt werden.

Ein Thema möchte ich noch gesondert ansprechen: Gibt es tatsächlich eine Kostenkrise der Wirtschaft, wie Herr Schönbohm vorhin wieder angedeutet hat? Vor kurzem ist eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin erschienen, wo festgestellt wird, daß die Reallohnsteigerungen in den 80-er Jahren meist deutlich hinter den Produktivitätszuwächsen zurückgeblieben sind. Infolgedessen ist die bereinigte Lohnquote, also der Anteil der Einkommen der abhängig Beschäftigten am gesellschaftlichen Gesamteinkommen, in den 80-er Jahren gesunken und hat Anfang der 90-er Jahre wieder den Stand der 60-er Jahre und frühen 70-er Jahre erreicht. Im Gegensatz zu den anderen Einkommensarten aus Vermögen, aus unternehmerischer Tätigkeit und dergleichen mehr, die entsprechend im Anteil gestiegen sind.

In dem Zusammenhang zeigt die DIW-Studie weiter auf, daß die Lohnstückkosten in Westdeutschland von 1973 bis 1994 zwar um 94 Prozent gestiegen sind, im gleichen Zeitraum aber bei unseren wichtigsten Konkurrenzländern um bis zu 270 Prozent zugenommen haben. Das heißt, gerade im internationalen Vergleich kann wahrlich von einer allgemeinen Kostenkrise der deutschen Wirtschaft nicht die Rede sein. Allerdings führte diese Entwicklung im Europäischen Währungssystem zu einer starken Aufwertung der D-Mark, so daß keine Wettbewerbsvorteile durch die günstigere inländische Kostenentwicklung gewonnen werden konnten.

Im Ergebnis können wir also feststellen, daß von einer generellen Kostenkrise der Unternehmungen keine Rede sein kann, was nicht besagt, daß es in einzelnen Bereichen keine Kostenkrise gibt. Gleichwohl streiten wir uns auch in der Politik seit Jahr und Tag über dieses Thema.

Für die Zukunft der Sozialpolitik halte ich nun den Hinweis von Herrn Radermacher, wir brauchten internationale, möglichst globale Vereinbarungen, für das zentrale Problem. Wir schaffen es aber nicht einmal, auf der europäischen Ebene - Stichwort: Binnenmarkt soziale und ökologische Eckdaten zu setzen. Ein klassisches Beispiel ist die Problematik der sogenannten Entsenderichtlinie, die, was ihre gesellschaftliche Bedeutung angeht, das Thema Asyl weit in den Schatten stellen wird, wenn es hier nicht bald zu nationalen Notlösungen kommt, die den Druck auf eine europäische Rahmenregelung verstärken. Die Frage ist also: Wie schaffen wir es, zumindest in der EU soziale und ökologische Rahmensetzungen vorzunehmen - denn weltweit wird uns das auf absehbare Zeit nicht gelingen.

Bäcker

Ich denke, wir müßten uns um die Analyse der Rahmenbedingungen schon eingehender bemühen, weil sie nicht zuletzt die Ausgestaltungsmöglichkeiten für den Sozialstaat bestimmen. Dabei neigen wir häufig allzu schnell dazu, von epochalem oder fundamentalem Wandel zu sprechen und die Kontinuitäten zu übersehen, die es genauso gibt, ohne daß ich die neuen großen Herausforderungen verkennen will.

Herr Radermacher hat ein wenig salopp formuliert, die Füllhörner seien leer; es gebe kaum noch etwas, oder nur sehr viel weniger, zu verteilen. Es ist unstrittig, daß die Verteilungsspielräume bei uns enger geworden sind, nicht zuletzt durch die Finanzierung der deutschen Einheit. Auf der anderen Seite ist die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor ein Land mit einem sehr hohen

Volkseinkommen, auch pro Kopf, das weiterwächst. Wenn darüber geklagt wird, das Wachstum betrage in diesem Jahr "nur" 2,3 bis 2,6 Prozent, dann sollten wir nicht verkennen, daß dieser Zuwachs auf einem sehr hohen Niveau stattfindet und in absoluten Beträgen die Verfügung über materielle Güter doch erheblich erweitert. Und es spricht auch wenig dafür, daß wir in Deutschland in Zukunft Stagnation oder sogar rückläufige Wachstumsraten erleben werden.

Unstrittig ist, daß sich die internationalen Wirtschaftsbeziehungen verändert haben. Wettbewerb findet eben nicht mehr nur auf traditionellen Gütermärkten statt, sondern die Internationalisierung der Kapital- und Devisenmärkte hat dazu geführt, den großen Konzernen Wahlmöglichkeiten einzuräumen, nicht nur, was den Verkauf, sondern auch was die Produktionsstandorte angeht. Dessen ungeachtet ist die Außenhandelsposition der Bundesrepublik - Herr Schreiner hat es angedeutet - nach wie vor außerordentlich gut. Ein Volk von nur 80 Millionen Menschen vereinigt 13 Prozent des gesamten Welthandels auf sich, eine Quote, die über die letzten Jahre weitgehend konstant geblieben ist. Insofern müßte man differenzieren, wenn von Bedrohungen oder Gefahren die Rede ist.

Dann zum Stichwort Arbeitslosigkeit. Zweifellos hat die Integrationsfähigkeit des Arbeitsmarktes durch hohe Langzeitarbeitslosigkeit abgenommen. Dabei sollten wir aber nicht vergessen, daß die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik noch nie so hoch war wie jetzt. Das heißt, der Arbeitsmarkt hat eine enorme Absorptionsfähigkeit bewiesen, auch wenn diese nicht ausreicht, um alle Arbeitswilligen in Lohn und Brot zu setzen. Aber es kann keine Rede davon sein, daß der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren stagniert hätte.

In diesem Zusammenhang fällt nun oft das Stichwort: Auflösung traditioneller, erwerbsbiographischer Muster - das Ende des Normalarbeitsverhältnisses. Es ist keine Frage, daß es immer mehr Menschen gibt, die von dem männlich dominierten Modell des Normalarbeitsverhältnisses abweichen; aber die überwiegende Zahl der Erwerbsbiographien verläuft nach wie vor nach diesem klassischen Modell, und daran wird sich auch in näherer Zukunft nichts Wesentliches ändern. Die Frage ist, wie der Sozialstaat darauf reagiert, daß neben der traditionellen Art neue Formen von Erwerbsbiographien getreten sind.

Frau Riedmüller hat auf den sozialen Strukturwandel und die Veränderung der Lebensformen hingewiesen. In der Tat haben in unserer Gesellschaft Ehe und Familie ihren Monopolanspruch verloren. Daneben sind andere Formen des Zusammenlebens getreten, ohne daß aber die traditionelle Familie völlig abhanden gekommen wäre. Der Sozialstaat muß diesen Veränderungen allerdings Rechnung tragen, zum Beispiel den neuen Ansprüchen von Frauen, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren wollen. Das macht die Sache sicher nicht einfacher und stellt in Zukunft einige Anforderungen an die Sozialpolitik.

Roer

Ich stimme Herrn Bäcker zu, neben traditionellen Verhaltensweisen zeigt sich inzwischen auch ein grundsätzlicher Wandel, der dem einzelnen Wahlfreiheiten eröffnet, ihm damit aber zugleich Verantwortung für die eigene Lebensgestaltung auferlegt. Und diese Verantwortung vorzuleben, ist jeder von uns in seinem Bereich aufgerufen. So versuche ich als Unternehmerin bei meinen Mitarbeitern schon darauf hinzuwirken, daß man sich nur krank schreiben läßt, wenn man es wirklich ist. Dazu gehört dann allerdings auch, daß sich die Ärzte von der Praxis verabschieden, allzusehr den "gelben Zettel" auszufüllen, wie Herr Seehofer sagte. Denn beim Mißbrauch addiert sich die Vielzahl kleiner Tatbestände zu einer Summe, die dann ins Gewicht fällt. Ich meine, darauf kann jeder von uns in seinem Bereich Einfluß nehmen, um diese Flut einzudämmen. Dafür brauchen wir nicht immer sofort den Ruf nach dem Gesetzgeber.

Was den Wirtschaftsstandort Deutschland angeht, halte ich ebenfalls Pessimismus für unangebracht. Worauf es in Zukunft verstärkt ankommen wird, ist - um es auf eine Kurzformel zu bringen;- , Intelligenz zu verkaufen. Dafür haben wir in unserem Land die besten Voraussetzungen, angefangen vom Bildungswesen bis hin zur neuen Rolle, die die Frau mittlerweile spielt, so daß wir um unsere Weltmarktanteile nicht besorgt sein müssen.

Pfaff

Herr Schreiner hat von Scheinkämpfen gesprochen. In der Tat habe ich den Eindruck, daß gerade in der Diskussion um den Sozialstaat - aber auch in anderen Bereichen - semantische Ausweichstrategien eine große Rolle spielen, die dann immer wieder zu so etwas wie Scheinkonsens führen.

So gibt es Begriffe, die entweder positiv oder negativ besetzt sind. Mitunter benutzen unterschiedliche Gruppen sogar dieselben Begriffe, die die einen positiv und die anderen negativ werten. Beispiel: Soziale Marktwirtschaft, an sich ein Begriff, den sich kaum jemand traut, negativ zu werten. Als man jedoch seinerzeit eine Befragung anstellte, was die Leute darunter verstehen, kamen die wunderlichsten Ansichten zutage. Da war etwa von Lohn- und Preiskontrolle und ähnlichen Dingen die Rede, die mit sozialer Marktwirtschaft nun wahrlich nichts zu tun haben.

Ein anderes Beispiel: Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es ist nicht mehr "in", dagegen zu sein. So hilft man sich in der konservativen Ecke damit, daß man von "konsekutiver" und "simultaner" Vereinbarkeit spricht. Dabei versteht man unter konsekutiver Vereinbarkeit: Es gibt zwei Phasen, in der einen betreut man die Familie, in der anderen übt man einen Beruf aus. "Man" heißt hier natürlich "frau", was letztlich doch auf die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie hinausläuft, ohne daß man es noch so nennt. Weitere Beispiele ließen sich unschwer finden.

Im Sozialversicherungsrecht, gerade in der Rentenversicherung, ging es lange Zeit um die Frage der Beitragsäquivalenz. Zum Beispiel wurde vehement und sehr emotional darüber gestritten, ob die Witwenrente beitragsäquivalent sei oder nicht - mit entsprechend handfesten Konsequenzen.

Oder denken Sie an das Thema "versicherungsfremde Leistungen". Manche meiner Kollegen behaupten, dazu rechneten sämtliche Familienleistungen. Eine solche Zuordnung kann in der Praxis erhebliche Konsequenzen haben, indem versucht wird, Leistungen nicht nur zu verlagern, sondern mitunter auch abzubauen. Versicherungsfremde Leistungen sind jedoch traditionell Teil der Sozialversicherung. Soll man also zum Beispiel die Familienhilfe aus der Krankenversicherung ausschließen? Dies wäre dann die Konsequenz einer solchen Diskussion.

Auch Frau Riedmüller und Herr Seehofer haben solche semantisch "weichen" Begriffe benutzt, die schwer festzumachen sind. Dazu zählt bei Frau Riedmüller etwa der Begriff "Gerechtigkeit", selbst wenn sie ihn aus der Rawlschen Philosophie ableitet. Und Herr Seehofer formuliert bei vielen Dingen so geschickt, daß ihm eigentlich fast alle zustimmen können. Ihr Kontrahent, Herr Möllemann, würde vielleicht dieselben Begriffe gebrauchen, nur negativ belegen, was Sie positiv ausgedrückt haben.

Seehofer

Das haben wir von der Wissenschaft abgeguckt.

Pfaff

Nur sind die Konsequenzen in der Wissenschaft nicht so gefährlich wie in der Politik.

Ich meine, das eigentliche gesellschaftspolitische Ziel müßte sein, Wirtschaft und Gesellschaft so einzurichten, daß allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird und ihnen eine möglichst gerechte Teilhabe an den Ressourcen der Gesellschaft zukommt. Dabei geht es nicht nur um die wirtschaftlichen Ressourcen. Deshalb würde ich auch nicht wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Zusammenhalt gegeneinander setzen, sondern beides als gleichermaßen wichtige Zielsetzungen ansehen.

Riedmüller

Ich will noch einmal betonen, daß ich vom bestehenden System sozialer Sicherung ausgehe. Das heißt, die notwendigen Reformen - sowohl institutionell als auch arbeitsmarktbedingt - müssen bei den bestehenden sozialpolitischen Systemen ansetzen. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht. Dazu kann allerdings hilfreich sein, daß wir uns die Semantik genauer ansehen, wie es Frau Pfaff gerade getan hat.

Übrigens ist auch die Bismarcksche Sozialpolitik seinerzeit sehr kontrovers diskutiert worden. Man muß nur die Debatten um die Einführung der Arbeitslosenversicherung nachlesen, wo das Geschrei groß war und es hieß, die Leute würden fortan nicht mehr arbeiten. Ähnlich kontrovers ging es bei der Einführung der Rentenversicherung zu. Warum sollten beispielweise die Frauen überhaupt eine eigene Rente bekommen?

Das heißt, in jeder Phase der Institutionalisierung sozialer Sicherungssysteme spiegeln sich kulturelle und andere gesellschaftliche Prägungen wider. Manche amüsieren uns heute; bei anderen wundert man sich, daß sie immer noch vorhanden sind.

Dann zum Stichwort Familienlastenausgleich. Herr Adam hat das Thema Kinderarmut angesprochen. Ich frage mich: Muß hier ein Ausgleich innerhalb der Familien erfolgen, oder handelt es sich dabei um ein gesellschaftliches Problem? Kinder sind schließlich kein Privateigentum.

Adam

Ich meine, daß ich für meine Kinder besser sorgen kann als die Gesellschaft.

Riedmüller

Das ist schon richtig, begründet jedoch keinen besitzrechtlichen Anspruch. Ich will mit Ihnen jetzt nicht darüber debattieren, was besser oder schlechter ist, sondern mir geht es darum, daß wir es hier mit einem bestimmten kulturellen Verständnis zu tun haben, das möglicherweise problematische Konsequenzen für den Generationenvertrag haben kann, wenn die Geburtenrate weiter absinkt.

Adam

Artikel 6 des Grundgesetzes ist in dieser Hinsicht relativ eindeutig.

Riedmüller

Eine staatlich verursachte Gerechtigkeitslücke sehe ich beispielsweise, wenn Mütter an der sozialen Sicherung nicht eigenständig teilhaben und gleichzeitig die Familiensubsidarität nicht mehr konsensfähig ist, mit der Konsequenz, daß die Frauen dann letztlich ohne soziale Absicherung dastehen. Das heißt, da kommen zwei Prozesse zusammen, die ein solches Ergebnis zeitigen.

Mit anderen Worten: Wir müssen uns über die Ziele verständigen - was wollen wir eigentlich erreichen? Darüber wird jedoch nicht diskutiert, vielmehr versucht jeder, seine Machtposition zu erhalten und seinen Besitzstand zu sichern. Und die Härte dieser Debatte macht deutlich, wie sehr jedermann bewußt ist, daß es eben dies zu verteidigen gilt.

Der Konsens zu Bismarcks Zeiten war ordnungspolitisch bedingt sowohl unter religiösen Gesichtspunkten - ich erinnere an die protestantische Ethik - als auch gesellschaftlich, und man hatte sich darüber verständigt, daß jedes Einkommen abhängig von Erwerbsarbeit war. "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", das war Grundkonsens. Wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig war, wurde aus der gesellschaftlichen Diskussion ausgegrenzt. Solche Tabus gibt es ja auch heute noch.

Ordnungspolitische Vorstellungen spielen heute sicher nicht mehr die gleiche Rolle; dagegen dürfte es bei uns durchaus ein sozialpolitisches Motiv sein, den Freiheitsspielraum für den einzelnen zu erweitern, seine Eigenständigkeit zu erhöhen und mehr Pluralität zuzulassen. Wenn die sozialen Sicherungssysteme solche Entwicklungen verhindern - wie das in mancher Hinsicht der Fall ist;- , könnte dies die Gesellschaft zum Handeln veranlassen. Deshalb habe ich mich mit den Begriffen Freiheit und Gleichheit eingehender beschäftigt und für mehr Eigenverantwortung und ähnliches plädiert. Natürlich geht es dabei auch um semantische Deutungen, Frau Paff. Denn mehr Eigenverantwortung kann heißen: Jeder bleibt sich selbst überlassen, oder: Jeder ist seines Glückes Schmied. Es kann aber auch heißen Verantwortung für sich und andere.

Ich habe jedoch nicht von der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses gesprochen; denn ich bin nach wie vor der Meinung, daß der Sozialstaat die Aufgabe hat, dieses Verhältnis zu erhalten und es nicht zu destabilisieren.

Dettling

Meinen Sie, der Sozialstaat solle dafür sorgen, daß normale Erwerbsbiographien hergestellt werden?

Riedmüller

Ich denke, daß es beispielweise die Aufgabe des Sozialstaates wäre, Arbeitslose zu qualifizieren, um die Produktivität der Gesellschaft für die Zukunft zu sichern. Bei der Entwicklung der sozialen Sicherung war es ja durchaus Konsens, daß Bildung eine sozialstaatliche Leistung ist. Das scheint weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein. Der Sozialstaat der Zukunft hätte sehr wohl die Aufgabe, den Arbeitsmarkt von morgen zu sichern. Das bedeutet, Menschen in die Lage zu versetzen, am Arbeitsmarkt teilzuhaben und uns nicht damit abzufinden, daß so viele in dieser Hinsicht ausgegrenzt sind.

Seehofer

Es ist für mich eine neue Erfahrung, daß ich hier verschiedentlich als zu zaghaft eingestuft werde. In den letzten Jahren wurde mir nämlich pausenlos das Gegenteil attestiert - von den Kommunen, den Sozialverbänden, den Ärzten, den Zahnärzten, den Apothekern, den Wohlfahrtsorganisationen und

insbesondere von den Kirchen;- , daß ich mit "eisiger Kälte" und ohne Rücksicht auf die betroffenen Menschen wie ein Elefant durch den Sozialstaat trampele. So ganz kann dies nicht stimmen; denn alle Ärzte praktizieren weiter, alle Apotheken existieren noch, auch die Krankenhäuser stehen wie bisher, und die Menschen sind mit dem deutschen Gesundheitswesen insgesamt durchaus zufrieden.

Was wir versucht haben, war lediglich, die Wirtschaftlichkeitsreserven zu aktivieren - vielleicht nicht beherzt genug. Wenn jemand wie ich seit 20 Jahren in verschiedenen Funktionen jede gesellschaftspolitische Reform im Sozialwesen mitgemacht hat, dann entwickelt er eine gewisse Resistenz gegenüber Kritik, die von den verschiedenen Seiten kommt. Natürlich braucht die Demokratie den Streit, Herr Schönbohm, aber sie kommt letzten Endes ohne den Konsens nicht aus. Diese Erkenntnis wird von denen, die mit markigen Forderungen schnell bei der Hand sind, viel zu wenig berücksichtigt. Die Politik braucht den Konsens mit der Gesellschaft, mit den Bürgern über das, was sie tut. Eine funktionsfähige Demokratie lebt bei allem notwendigen Streit auch von der Konsensfähigkeit der Akteure.

Nun klingt mir vieles von dem, was hier gesagt wurde, viel zu pessimistisch. Die gleichen Feststellungen, Herr Radermacher, die Sie getroffen haben, konnte man bereits vor 20 Jahren vernehmen: Ob Helmut Schmidt oder Kurt Biedenkopf, sie alle prophezeiten, die Füllhörner seien leer; es gäbe nichts mehr zu verteilen; wir lebten über unsere Verhältnisse; der Wirtschaftsstandort Deutschland sei gefährdet; die Dinge ließen sich nur noch international gestalten und dergleichen Warnungen mehr.

Ich kann nur wiederholen - und weiß mich darin mit Herrn Schreiner, mit dem ich sonst sehr streite, einig: Der entscheidende Punkt bei uns ist im Augenblick die Finanzierung der deutschen Einheit. Ohne diesen Tatbestand würden wir die heutige Diskussion ganz anders führen. Wir hätten weder eine derart hohe Staatsverschuldung noch eine so hohe Steuer- und Abgabenquote. Dies läßt sich mit Zahlen exakt belegen.

Ich füge aber gleich hinzu, um jeden falschen Zungenschlag zu vermeiden: Die deutsche Einheit ist diesen Preis in jedem Falle wert. Dennoch muß man analytisch klar herausarbeiten, worin dieser Preis besteht, um nicht dem Fehlschluß zu erliegen: Hier waren lauter Politiker am Werk, denen die Höhe der Staatsverschuldung, der Steuern und Abgaben völlig gleichgültig ist - aus purer Verschwendungssucht oder aus wahltaktischen Erwägungen.

Sie haben natürlich recht, Herr Adam, wenn Sie dem Sozialstaat auch Versagen vorwerfen, insbesondere in der Familienförderung. Was sich hier besonders ausgewirkt hat, ist die Tatsache, daß in der Bundesrepublik nahezu sämtliche Sozialleistungen von Anfang an dynamisiert, das heißt an die Lebenshaltungskosten angepaßt wurden - mit Ausnahme der Familienförderung. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist gewissermaßen der Verweis auf diese Lücke, die die Politik gelassen hat - übrigens unabhängig von den Parteien, die jeweils an der Regierung waren. Das reicht von der Wohnungspolitik bis zum Kindergeld, von der Steuerpolitik bis zur Ausbildungsförderung; hier hat es keine Dynamisierung gegeben, sondern im Gegenteil wurden aus Haushaltsgründen gelegentlich Familienleistungen, wie das Kindergeld, sogar gekürzt.

Hier rächt sich, daß wir es in einem gesellschaftspolitisch eminent wichtigen Bereich versäumt haben, rechtzeitig die richtigen Akzente zu setzen. Mir ist deshalb sehr daran gelegen, daß wir die Familienförderung in sehr viel stärkerem Maß als in der Vergangenheit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen, insbesondere was die Lebenshaltungskosten angeht. Ich weiß, daß uns das nicht leichtfallen wird und Skepsis angebracht ist, ob wir dies schaffen; dennoch halte ich diese Zielsetzung für richtig.

Nun glauben anscheinend manche Leute, man könne bestimmten Herausforderungen dadurch begegnen, daß man eine neue Finanzierungsquelle benennt. Ich denke an all die Vorschläge, nicht Kommunen und Länder, sondern der Bund soll zahlen, wenn es um Flüchtlinge, um Asylbewerber oder um Eingliederungshilfen für Behinderte geht. Dies ist eine besondere Art, sich in die Tasche zu lügen und zu meinen, damit könne man die Probleme leichter lösen.

Bei der Diskussion um die versicherungsfremden Leistungen findet das gleiche statt: Aus der Bundesanstalt für Arbeit oder aus der Rentenversicherung raus, in den Bundeshaushalt rein. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob die Gesellschaft ähnlich wie bei der Allgemeinbildung auch die berufliche Bildung aus dem Steuertopf finanzieren sollte. Ich würde dies befürworten, aber erst, wenn wir die schwierigsten Aufgaben des Vereinigungsprozesses gelöst haben.

Und schließlich ein Wort zur Ökologiesteuer, die man auf bestimmte Verbrauchssteuern erheben und dafür die Sozialversicherung durch Beitragssenkungen entlasten will. Nun soll ja die Ökologiesteuer die Menschen zu umweltfreundlicherem Verhalten animieren. Wenn sie dies denn täte, würden

natürlich die Steuereinnahmen entsprechend sinken. Auf der anderen Seite bleiben aber die Rechtsansprüche aus der Sozialversicherung unverändert bestehen. Was zunächst wie eine Steuerumverteilung aussieht - mit einem Vorschlag, der zudem noch sehr populär ist: wer wollte auf dem ökologischen Feld Handlungsbedarf bestreiten?;-, läßt mittelfristig neue Finanzierungslücken entstehen.

Rechnet man alle die vorgenannten Leistungen zusammen, dann wird sehr schnell klar, daß es völlig illusionär ist zu glauben, wir könnten dies neben der Bewältigung der deutschen Einheit finanziell schaffen.

Dann zum Stichwort "neue Armut": Wer wollte bestreiten, daß es auch in unserer Gesellschaft Menschen gibt, die in sehr bescheidenen Verhältnissen leben? Ist dies aber wirklich eine solche Massenerscheinung, wie es gelegentlich dargestellt wird? Und vor allem: Läßt sich dies am Beispiel der Sozialhilfeempfänger festmachen? Wir sollten uns vor Augen halten, daß allein zwei Drittel der Sozialhilfeausgaben für behinderte und pflegebedürftige Menschen aufgewandt werden, worüber ich sehr froh bin; noch nie zuvor wurde diesen Gruppen materiell so geholfen wie heute.

Wenn eine große Anzahl dieser Menschen dennoch der Sozialhilfe bedarf, dann wird dies ganz überwiegend nicht durch Einkommensarmut der betroffenen Familien verursacht, sondern durch die Höhe der Kosten, die zum Beispiel mit der Pflege verbunden sind. Ein Heimplatz kostet heute drei-, vier-, fünftausend DM und mehr bei entsprechend hoher Qualität, die wir sicher auch nicht zurückschrauben sollten, selbst wenn, veranlaßt durch das Heimgesetz, manches übertrieben ist. Das heißt, selbst mit einer Spitzenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die irgendwo bei 2400 DM liegt, können Sie einen solchen Heimplatz nicht bezahlen. Das läßt doch aber nicht den Rückschluß zu: Wenn jemand 5000 DM nicht aufbringen kann und dafür die Sozialhilfe einspringt, sei dies Ausdruck der neuen Armut in Deutschland.

Was das restliche Drittel angeht, das die Hilfe zum Lebensunterhalt beinhaltet, dann war hier der größte Zuwachs von 1991 bis 1994 durch die Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge, Asylbewerber und Aussiedler bedingt, die in unser Land gekommen sind und derer wir uns angenommen haben. Auch da kann man doch aber nicht behaupten, diese weit überdurchschnittliche Zunahme von Sozialhilfeempfängern sei Kennzeichen einer neuen Armut. Diese Argumentation, der sich auch die Kirchen bedienen, kann ich einfach nicht nachvollziehen.

Natürlich verkenne ich in gar keiner Weise, daß immer noch eine beträchtliche Anzahl von Menschen bleibt, die wirklich arm sind und um die sich niemand kümmert, auch die nicht, die ständig davon reden, der Mensch stehe im Mittelpunkt. Dazu gehören beispielsweise Menschen, die einer Sucht verfallen, obdachlos oder in ihren familiären Beziehungen gescheitert sind und anderes mehr. Auch Langzeitarbeitslose zählen hierzu, die nicht mehr im Blickfeld einer Arbeitsvermittlung sind und sich nicht mehr zu helfen wissen. Solche Personengruppen, deren sich im Grunde niemand mehr annimmt, verstärkt zu unterstützen, nicht nur materiell, sondern auch durch Beratung und persönliche Zuwendung, halte ich für ganz wichtig.

Wenn ich aber sage, dies sei nach dem Prinzip der Subsidiarität eine ureigene Aufgabe der Kommunen, dann wird mir entgegengehalten, ich wolle den Gemeinden zusätzliche Lasten aufbürden. Statt dessen meine ich, es käme gerade darauf an, unseren Horizont zu erweitern und nicht nur über finanzielle Steigerungsraten zu reden, sondern die persönlichen Hilfen zu verstärken und sich der Menschen anzunehmen, die nachts unter den Brücken schlafen. An solchen Überlegungen werde ich unter allen Umständen festhalten und sie auch gegenüber jenen verteidigen, die uns immer nur die großen Reformen vorschlagen.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal betonen: Wir sollten bei alledem nicht zu pessimistisch sein. Immerhin hat die deutsche Bevölkerung es verkraftet, daß seit 1989 an die drei Millionen Menschen in unserem Land aufgenommen und weitgehend integriert wurden. Außerdem haben wir den historischen Prozeß der deutschen Einheit - bei allen Fehlern, die gemacht wurden und sicher noch gemacht werden - ohne große Brüche in einem großen Konsens dieser Gesellschaft geschafft. Diese Leistung verdient, glaube ich, nachhaltige Anerkennung.

Korte

Die bisherige Diskussion hat die Vielfältigkeit der Problempalette aufgezeigt: Rentensystem, Sozialhilfe, Krankenversicherung; über die Pflegeversicherung ist bisher allerdings kaum gesprochen worden. Dazu als weitere Stichworte: Leistungsgerechtigkeit, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung; Verlust an Solidarität zwischen den Generationen und zwischen den Gruppen;

Mißbrauch und Versorgungsmentalität, Perfektionierung und Bürokratisierung. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Ich schlage vor, daß wir jetzt etwas eingehender über die Gründe sprechen, die zu dieser Situation geführt haben. Herr Seehofer hat sehr pointiert gesagt, ohne die Kosten für die deutsche Einheit würden sich die Fragen für uns ganz anders stellen. Aber die Sachverhalte, die ich eben stichwortartig genannt habe, weisen darauf hin, daß manches bereits vor 1989 angelegt war.

Es hieß, die Rahmenbedingungen und die Formen des sozialen Lebens hätten sich verändert. Als Soziologe vermute ich in einem solchen Falle, daß sich auch die Menschen verändert haben. Es könnte ja sein, daß die Antwort, wie wir auf diese Situation verfassungs- und sozialrechtlich reagieren sollten, nicht nur lauten kann: Im Kern ist alles in Ordnung; wir müssen nur die notwendigen Reformen auf den Weg bringen.

Ich möchte noch einen Punkt hinzufügen: Welche Bedeutung für unser Thema hat eigentlich die nunmehr fast fünfzigjährige Friedens- und Wohlstandsperiode, die wir seit 1945 erlebt haben? Inwieweit ist das, was wir heute beobachten, auch durch diese Entwicklung mitverursacht worden?

Jann

Ich meine, wir sollten die Probleme nicht hochreden - der Sozialstaat steht nicht unmittelbar vor dem Zusammenbruch;- , wir sollten sie aber auch nicht kleinreden und so tun, als könnten wir durch reine Anpassung an die neuen Gegebenheiten der Dinge Herr werden. Wir haben es mit Finanz-, Akzeptanz- und Wettbewerbsproblemen zu tun. Vor allem schwinden die politischen Handlungsspielräume, weil immer mehr festgeschrieben wird. Sicher, da gebe ich Herrn Bäcker und Herrn Seehofer recht, im jetzigen System ist noch viel Luft, die nach einer internen Optimierung verlangt. Der sogenannte dritte Sektor ist ja genauso professionalisiert und verbürokratisiert wie der öffentliche Sektor. Deshalb brauchen wir Dezentralisierung und mehr Eigenverantwortung. Wir brauchen Ergebnis- statt Verfahrenskontrolle; Kostentransparenz und Leistungsvergleiche, also eine Output- statt eine Inputkontrolle.

Aber reicht das alles aus? Mir ist die Diskussion in diesem Zusammenhang etwas zu technokratisch. Angesichts der veränderten Problemlagen, die Frau Riedmüller aufgezeigt hat, genügt es sicher nicht, nur zu versuchen, den Anteil der Sozialpolitik in etwa konstant zu halten. Beim künftigen Gesellschaftsvertrag geht es ja nicht allein um die Organisation der Sozialpolitik. Die zentrale Frage aus meiner Sicht ist: Welche Gesellschaften sind besonders geeignet, soziale Probleme zu lösen? Wie internationale Vergleiche zeigen, sind dies jene Gesellschaften, die über eine gute soziale Infrastruktur verfügen - soziale Netzwerke, intakte soziale Normen, das, was man auch Sozialkapital nennt.

Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen: So hat man in Italien über 25 Jahre verschiedene Regionen untersucht, um herauszufinden, wo der öffentliche Sektor besonders effizient ist, wo die Gesellschaft gut funktioniert - akzeptable öffentliche Leistungen, wenig Korruption und dergleichen - und die Wirtschaftskraft hoch ist. Welche Faktoren korrelieren am höchsten mit einem funktionierenden Sozialstaat? Das Ergebnis ist einigermaßen verblüffend: Nicht der Grad an Urbanität oder Industrialisierung waren hier die entscheidenden Faktoren, sondern die Anzahl der Gesang- und der Fußballvereine in der jeweiligen Region. Das heißt, wo die soziale Infrastruktur noch intakt ist, ist auch der öffentliche Sektor in Ordnung und klappt die Versorgung der Bevölkerung mit Altersheimen, Kindergärten und anderen sozialen Dienstleistungen. Ich meine, dies ist ein wichtiges Indiz, das wir beachten sollten.

Der Gesellschaftsvertrag besteht nicht nur aus funktionierenden Transferzahlungen. Wenn die Leute beispielsweise dazu übergehen -wie ich das in unserem Stadtteil erlebe;- , ihre Kinder in private Kindergärten und auf Privatschulen zu schicken, statt in die öffentlichen Einrichtungen, dann ist der Gesellschaftsvertrag im Grunde aufgekündigt, weil sich ein Teil der Gesellschaft daraus zurückzieht. Symptome wie Vereinsamung im Alter, Zerstörung der Familien, Vandalismus an öffentlichen Plätzen und Schulen, Drogenmißbrauch, Gewaltbereitschaft, all dies zeigt - ohne daß ich das jetzt dramatisieren möchte;- , daß der Gesellschaftsvertrag brüchig geworden ist.

Meine These ist, daß wirtschaftliche Dynamik eine Folge und nicht Voraussetzung einer solidarischen Gesellschaft ist. Erst in einer solidarischen Gesellschaft können wir diese Dynamik erzeugen und auch verkraften. Wenn die USA ihr öffentliches Schulsystem vor die Hunde gehen lassen, dann hat das auch Auswirkungen auf ihre langfristigen Wachstumschancen. Im Hinblick auf einen neuen Gesellschaftsvertrag müssen wir somit fragen: Wie stärken wir die sozialen Netzwerke und die sozialen Normen? Das ist nicht durch die organisierte, professionalisierte, bürokratisierte Sozialpolitik

zu erreichen und im übrigen auch nicht nur eine Frage der Vollbeschäftigung. Ich glaube, in der Richtung müssen wir unsere Aktivitäten verstärken.

Dettling

Was mich an den beiden Referaten überrascht hat, war die an sich nicht untypische große Koalition zwischen zwei Personen, die ansonsten - nicht nur, was ihre Parteizugehörigkeit, sondern auch was ihre Denkansätze anbelangt - gewiß sehr verschieden sind. Aber beide erklären unumwunden auf die Frage nach einem neuen Gesellschaftsvertrag: Um Gottes willen, bloß nicht an den Prinzipien rütteln; statt dessen einige Reformen innerhalb des Systems: hier ein bißchen anbauen, dort ein bißchen abbauen oder umbauen, dann wird es schon weitergehen.

Ich denke, wer die These vertritt, daß man auch in Zukunft die sozialen Fragen innerhalb des alten Gesellschaftsvertrages beantworten kann, muß zumindest zwei Fragen positiv beantworten können. Zum einen: Wird die Erwerbsarbeit zukünftig noch der Stabilitätsanker der Gesellschaft und der sozialen Sicherheit sein? Mit anderen Worten: Werden wir in einem halbwegs vernünftigen Sinne wieder Vollbeschäftigung bekommen? 1975 hatten wir das erste Mal über eine Million Arbeitslose, und seither hat sich die Sockelarbeitslosigkeit nach jedem Aufschwung erhöht. Um die Antwort drücken sich alle, die so argumentieren, wie wir es hier gehört haben, immer herum. Dabei steht im Grunde außer Frage, daß die Antwort negativ ausfällt, zumal wenn man an die Produktivitätsreserven denkt, die Lothar Späth und andere noch realisieren wollen. Wenn die Dinge sich aber so verhalten, ist es dann sinnvoll und auch nur einigermaßen realistisch, den Sozialversicherungsstaat in Zukunft weiterhin um die Erwerbsarbeit zu organisieren?

Die zweite Frage lautet: Können wir davon ausgehen, daß die Familie jene Einrichtung bleibt, die wie bisher bereit und in der Lage war, soziale Dienste von der Betreuung der Kinder bis zur Pflege der Alten zu leisten? Ist die Familie nach wie vor jene soziale Ressource der Gesellschaft, auf die wir wie selbstverständlich zurückgreifen können?

Wenn man wie ich beide Fragen nicht bejahen kann, bedeutet dies, daß wir in Zukunft völlig neue Konfliktlinien in der Gesellschaft haben werden. Dann geht es nicht mehr um Kapital gegen Arbeit, Gleichheit gegen Ungleichheit und wie all die Säulenheiligen der traditionellen Sozialstaatsdiskussion heißen mögen, sondern es geraten die ins Hintertreffen, die aus der Erwerbsarbeit herausfallen und auch diejenigen, die in Krisensituationen nicht auf die Familie und andere herkömmliche soziale Netze zurückgreifen können.

Beide Fundamente, auf denen der alte Gesellschaftsvertrag ruht, sind brüchig geworden. Oder glauben Sie wirklich, Vollbeschäftigung könne ein realistisches Ziel sein und die Familie wieder in den alten Stand zurückversetzt werden, wie das in den 50-er Jahren der Fall war?

Ich halte zwei Prinzipien für grundlegend, die in einem neuen Gesellschaftsvertrag unverzichtbar sind. Das erste ist in der Sozialhilfereform, die Herr Seehofer anstrebt, bereits ansatzweise enthalten, ohne daß er dies offen auszusprechen wagt: Es gilt nach wie vor, daß jeder, der in Not gerät, Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft hat. Aber gleichzeitig ist hinzuzufügen: Jeder, der dazu in der Lage ist, hat die Verpflichtung, der Gemeinschaft dafür etwas zurückzugeben. Also das Prinzip der Gegenseitigkeit. In dieser Hinsicht würde ich Ihre Sozialhilfereform offensiv begründen. Das beginnt bei den arbeitslosen Sozialhilfeempfängern, hört bei denen aber noch lange nicht auf.

Seehofer

Damit laufen Sie bei mir offene Türen ein.

Dettling

Um dies etwas weiter auszuführen: Warum sollte man nicht ernsthaft über ein soziales Jahr nachdenken - nicht nur für junge Menschen;- , und zwar als generelle Forderung, nicht allein auf freiwilliger Basis. Heute ist der Maßstab für das, was der Staat an sozialem Engagement von den jungen Leuten erwartet, eine Resultante der Truppenstärke beim Militär. Wenn wir nicht mehr so viele Soldaten brauchen, wird eben der Wehrdienst und entsprechend auch der Zivildienst eingeschränkt. Wenn ein Staat sich so billig macht, helfen keine Sonntagsreden, um wieder mehr soziales Engagement zu erreichen.

Cora Stephan hat kürzlich in der ZEIT zu überlegen gegeben, warum nicht auch die rüstigen Alten ein soziales Jahr für die Gemeinschaft machen sollten. Das ließe sich auf den vorzeitigen Ruhestand oder in anderer Form anrechnen. Diese Menschen haben überwiegend so viel Zeit und nehmen so viele

Vergünstigungen der Gesellschaft in Anspruch, also können sie der Gesellschaft auch etwas zurückgeben.

Der zweite Reformpunkt wäre: Wenn die Erwerbsarbeit nicht mehr der Anker ist, müssen wir zu einem Sozialstaat kommen, der ein anderes Gleichgewicht zwischen Beitrags- und Steuerfinanzierung findet. Steuerfinanzierung der sozialen Sicherheit für alle jene Gruppen und Lebensphasen, die nicht in der Erwerbsarbeit sind -und die werden zunehmen. Wenn die traditionelle Erwerbsbiographie nicht mehr gegeben ist, sondern vielfach unterbrochene Erwerbsbiographien die Regel werden, wird man die soziale Sicherheit nicht länger beitragsmäßig finanzieren können. Die Kurzformel dafür lautet: "Bismarck meets Beveridge", also eine Mischung aus Beitrags- und Steuerfinanzierung. In dieser Perspektive sind dann Arbeits-, Bildungs-, Sozial- und Freizeiten neu zu arrangieren. Die alleinerziehende Sozialhilfeempfängerin ist in dieser Perspektive nicht mehr Teil der neuen Armut, sondern sie erhält vom Staat eine Leistung für eine Gegenleistung -jenseits der Erwerbsarbeit;- die sie selber erbringt.

Zur Diskussion um die neue Armut verweise ich nur auf die Bremer Studien, die deutlich machen, daß es bei der Sozialhilfe ein ständiges Kommen und Gehen gibt. Die Rede von der Zweidrittelgesellschaft ist jedenfalls nicht durch empirische Zahlen belegt. Etwa 70 Prozent der Sozialhilfeempfänger geraten zu keiner Zeit in Armutnähe, 20 Prozent nur kurzfristig und 10 Prozent über längere Zeit. Die Frage ist deshalb, wie Herr Seehofer es bei seinen Reformüberlegungen ja auch im Auge hat: Wie bekommen wir die Menschen wieder aus der Sozialhilfe heraus? Von daher sollte man vor allem jene untersuchen, die dies geschafft haben, um aus ihrem Beispiel lernen zu können.

Wie verhält es sich, wenn die Familie nicht mehr wie bisher die sozialen Dienste und Leistungen erbringen kann? Reicht es dann aus, sich darauf zu verlassen, daß diese weiter in kommunal er Regie von den großen Wohlfahrtsverbänden auf die bekannte Art und Weise erbracht werden? Meine Antwort ist ein klares Nein. Es gibt für die Erbringung sozialer Dienste heute weder eine Evaluierung zwischen den verschiedenen Einrichtungen, keine Kostenvergleiche, noch gibt es irgendwelche Anreize, die Leistungen dieser Einrichtungen - vom Kindergarten bis zur Universität - zu verbessern oder sparsamer mit den Mitteln umzugehen. Niemand wird belohnt, der sich bemüht, Leistungen kundenadäquat zu erbringen.

Im Gegenteil: In einem Pflegeheim handelt derjenige vernünftig, der die Senioren nicht zu mehr Selbständigkeit bringt; denn größere Selbständigkeit bedeutet eine niedrigere Pflegestufe, womit die ökonomische Basis des Pflegeheimes eher unterminiert wird. Solange in vielen Bereichen - von Behindertenfahrten, Pflegeheimen, über Kindergärten bis zu Schulen und Universitäten - die strukturellen Anreize so gesetzt sind, daß sie partiell zu einer öffentlichen Verschwendung führen, sollte man die Leute nicht moralisch agitieren und verlangen, daß sie sich anders verhalten, und dann wären die Probleme gelöst.

Mein Vorschlag zur Reform ist - den ich in einem Buch ("Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft" Gütersloh 1995) weiter ausgeführt habe;- markt- und wettbewerbsähnliche Verfahren in die sozialen Dienste hineinzubringen. Überall, wo es möglich ist, sollten die sozialen Dienste an die Nachfrage gebunden werden, die gewissermaßen das Angebot kontrolliert. Das heißt konkret: Das Geld gehört in die Hände der Verbraucher, der Nachfrager und nicht in die Hände der Angebotskartelle, die soziale Dienste anbieten. Ökonomisch gesprochen bedeutet dies: Bei der Erbringung sozialer Dienste müssen Finanzierung und Produktion getrennt werden. Die Aufgabe des Staates besteht dann darin, auf sozialem Gebiet die Nachfrage, die Kaufkraft zu stärken.

Wenn wir dies endlich so machen, wird die Diskussion in unserem Lande sehr spannend. Herr Becker, Sie erinnern sich an die Podiumsdiskussion in Frankfurt, wo Sie geradezu einen Aufruhr mit der Frage auslösten: Was ist eigentlich sozial daran, wenn eine Kommune eine Musikschule fördert, in der nie ein sozialschwaches Kind gesichtet wurde? Damit privilegieren wir bestimmte Mittelstandgruppen unter scheinbar sozialen Vorzeichen. Das ließe sich auf den ganzen Bildungs- und Hochschulbereich übertragen. Warum sollen eigentlich alle Bildungseinrichtungen auch für jene frei sein, die genügend Geld haben? Was hier staatlicherseits getan wird, ist in gewissem Sinne eine Subventionierung der breiten wohlhabenden Mittelschichten unter sozialem Vorzeichen.

Was ich vorschlage, führt natürlich zu einer Umverteilung gesellschaftlicher Macht. Es führt zu einer Demokratisierung von Privilegien, und es entmächtigt die großen Kartelle. Das ist wahrscheinlich einer der Gründe, warum diese Dinge nicht vorangehen.

Afheldt

Worauf ist der Bau unseres Sozialstaates gegründet? Sind die Fundamente inzwischen brüchig geworden? Mit anderen Worten: Ist der Sozialstaat ein Schürmann-Bau, oder ist er ein solides Bauwerk? Wir haben hier gehört, daß die Deutschen nach wie vor Export Weltmeister sind. Doch wer exportiert, importiert auch. Was exportieren wir? Wie alle Industrienationen vorzugsweise kapitalintensive Produkte. Importieren tun wir dagegen arbeitsintensive Produkte, die also einen hohen Arbeitsanteil aufweisen. Wenn wir, um die Relationen anzudeuten, für 100 Arbeitsstunden Maschinen exportieren, importieren wir gleichzeitig für 400 Arbeitsstunden Textilwaren. Das heißt, Herr Biedenkopf hat recht: Wir exportieren auf diese Weise Arbeitsplätze, was sich auch statistisch nachweisen läßt. Die Arbeitslosigkeit bei den OECD-Ländern ist seit 1970 eng mit dem Anwachsen des Welthandels korreliert gestiegen.

Nun gibt es in der Bundesrepublik nach wie vor Wirtschaftswachstum, das seit 1950 in etwa linear verläuft - wenn Sie wollen, könnten Sie das Sozialprodukt von 1990 ziemlich genau aus den Daten von 1950 bis 1960 ableiten. Lineares Wachstum bedeutet abnehmende Wachstumsraten, und zwar über 40 Jahre. Die Arbeitsproduktivität jedoch ist exponentiell angestiegen. Das heißt, wir brauchen immer weniger Arbeit, um das gleiche Sozialprodukt zu erzielen.

Mit der Entwicklung des Welthandels gerieten die Löhne unter Druck, was wiederum die Rationalisierung beschleunigte mit der Konsequenz, daß der Arbeitsanteil am Sozialprodukt weiter abnahm. Das Kapital für die angeschafften Maschinen muß verzinst werden, bringt also den Kapitalgebern Einkommen. Die schlichte Konsequenz steigenden Wohlstandes durch wachsende Arbeitsproduktivität ist somit, daß sich die Gewinne aus dem Sozialprodukt zum Kapitalbesitzer verschieben. Das geschieht zwangsläufig und ist nicht etwa eine Folge kapitalistischer Bosheit.

Hinzu kommt die internationale Konkurrenz um Industrieansiedlungen. Die Unternehmen werden mit lukrativen Angeboten ins Ausland gelockt. BMW hat das vielfach genutzt; wer könnte dies der Firma verübeln. Die Konsequenz ist jedoch wiederum eine Verlagerung des öffentlichen Wohlstandes - wohin, lasse ich jetzt einmal offen. Klar ist jedoch, daß dadurch für die Förderung des öffentlichen Wohlstandes bei uns weniger Mittel zur Verfügung stehen. Es ist schon merkwürdig: 1970 haben wir fünf Schwimmbäder gebaut, heute, bei 50 Prozent höherem Sozialprodukt, müssen wir zwei davon zumachen. Das heißt, der Wirkungsgrad, wie ich das nennen würde, des Wachstums für den Wohlstand der Nation und erst recht für den Sozialstaat, der eine gleiche Verteilung verlangt, geht drastisch zurück. Das reine Wachstum sagt also über den damit erzielten Wohlstand überhaupt nichts aus, eben weil der Wirkungsgrad abnimmt.

Aus diesem Sachverhalt leiten wir dann die These ab: Wir müssen schneller wachsen, um das wieder auszugleichen. Gewissermaßen einen stärkeren Motor ins Auto einbauen, weil die Kupplung rutscht. Kann man machen. Es hat sich gezeigt, daß die Nicht-Sozialstaaten wie die USA und Japan schneller gewachsen sind als die Sozialstaaten. Es stimmt: Der Sozialstaat behindert das Wirtschaftswachstum. Reine Marktwirtschaft ist in dieser Hinsicht am effizientesten. Während das Bruttosozialprodukt der USA sich seit 1970 verdoppelt hat, ist unseres nur um 60 Prozent gestiegen.

Wenn es aber um den "Wohlstand der Nation" in den USA geht, empfehle ich Ihnen das Buch von Robert Reich, dem Arbeitsminister, "Work of Nations" zu lesen. Seine Feststellung für die USA: Der Mittelstand geht kaputt, die Armut nimmt zu, und das Land nähert sich in großen Teilen einem Dritte-Welt-Zustand. Auf der anderen Seite dann die Gruppe derer, die immer mehr verdienen. Oder wie Robert Reich sagt: Ein gutes Geschäft für General Motors braucht noch lange nicht irgend jemandem sonst in den Vereinigten Staaten Nutzen zu bringen. Vielleicht profitieren davon nur die Kapitalanleger in Japan oder Deutschland. Unter diesem Aspekt ist der Wohlstand in Deutschland seit 1970 sogar noch etwas gestiegen, während der amerikanische gesunken ist, obwohl deren Sozialprodukt schneller gewachsen ist. Das heißt, der Wirkungsgrad hat in den USA noch viel drastischer abgenommen. Je mehr dereguliert wird, desto schneller wächst die Wirtschaft, nimmt aber gleichzeitig auch der Wirkungsgrad ab.

Die Analyse zeigt, daß Wirtschaftswachstum und Sozialstaat zunehmend in Widerspruch geraten: Je schlanker produziert wird, desto mehr kann exportiert werden, und das Wachstum steigt; aber gleichzeitig nimmt die Arbeitslosigkeit zu. Auf lange Sicht kann einfache Arbeit in Deutschland nicht höher bezahlt werden als in Indien. Dabei sollten wir nicht vergessen, daß die Inder zunehmend unter den Druck von 280 Millionen chinesischen Arbeitslosen geraten.

Wohlstand der Nation und Wachstum der Wirtschaft folgen also unterschiedlichen Kriterien und geraten in Widerspruch zueinander. Wenn der Staat Regeln für den Markt setzt, somit ins Marktgeschehen eingreift - Beispiel Umwelt- oder Energiesteuer, staatlich verordnete Mindestlöhne und ähnliches;- , belastet er dadurch die Wirtschaft, die auf kürzere oder mittlere Sicht mit einer entfesselten Wirtschaft nicht mehr konkurrieren kann. Dereguliert man, um in dieser Konkurrenz zu

bestehen, ist die Folge: Der Wohlstand der Nation, der das proklamierte Ziel der sozialen Marktwirtschaft ist, wird durch das Mittel, nämlich die Wirtschaft, überwältigt.

Wollen wir jetzt dem Mittel wieder die Rolle aufzwingen, dem Zweck zu dienen, dann müssen wir genau das tun, was unter Bismarck geschehen ist, nämlich staatlicherseits Regeln setzen. Damals wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit festgelegt - schon damit die Rekruten nicht kaputt waren, bevor man sie zu einem frisch-fröhlichen Krieg benutzen konnte. Mit anderen Worten: Der Sozialstaat beruht nicht auf Deregulation, sondern auf Regulation. Regulation stört aber das Wachstum. Die Begrenzung der Arbeitszeit war die Voraussetzung für einen Sozialstaat; nur dadurch, daß die Arbeit knapper wurde, bekam sie einen Wert.

Regeln lassen sich aber nur durchsetzen mit politischer Macht, die so weit reicht wie der Markt. Das heißt, es nützt heute nichts, Regeln nur für deutsche oder für europäische Unternehmer zu setzen; denn die operieren auf dem Weltmarkt. Und dort sind sie gezwungen, sich an die Regeln zu halten, die die Konkurrenten auf dem Weltmarkt setzen. Tun sie das nicht, gehen sie pleite. Der Sozialstaat hat also zur Voraussetzung, daß die Macht Regeln für den gesamten Markt setzt. Das ist aber für den Weltmarkt nicht möglich; der Versuch ist gescheitert. Vielleicht reicht die politische Macht aus, die Regeln auf dem europäischen Markt durchzusetzen. Möglicherweise geht nicht einmal das. Aber dann ist der Sozialstaat ein Schürmann-Bau und wird in einer der nächsten Hochwasserfluten versinken.

Riehle

Aus unternehmerischer Sicht kann ich nur bestätigen, was Herr Afheldt ausgeführt hat. Die Frage ist in der Tat, ob unsere Sozialsysteme, die über lange Zeit ihre Stabilität bewiesen haben, angesichts der enormen Umbrüche im industriellen Bereich und auch vor dem Hintergrund veränderter Bevölkerungsstrukturen, weiterhin tragfähig bleiben. Während heute noch etwa 57 Prozent aktive Beschäftigte 21 Prozent Renten- und Pensionsempfänger mit zufinanzieren haben, wird sich dieses Verhältnis in den nächsten Jahren auf 49 zu 31 Prozent verändern. Für die Unternehmen bedeutet dies fast eine Verdoppelung der Sozialkosten, und niemand kann heute sagen, wie diese zusätzlichen Belastungen aufgefangen werden sollen.

Wir haben das einmal durchgerechnet und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Umsatzrendite, die heute in der Auto- und Zuliefererindustrie bei etwa zwei Prozent liegt - früher waren es fünf-, ins Negative verkehren wird, mit entsprechenden Konsequenzen für die Kapitalrendite. Was das für die Kapitalisierung der Unternehmen auf den Kapitalmärkten bedeutet, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Wir geraten hier in eine Engpaßspirale hinein, die von uns in den kommenden zehn, fünfzehn Jahren eine äußerst heikle Gratwanderung verlangt. Der Hauptfaktor, den wir dabei im Auge behalten müssen, ist die Zeit. Noch können wir einigermaßen spannungsfrei reagieren, weil die internationale wirtschaftliche Situation der Industrie hierfür Spielraum läßt. Es fragt sich nur, wie lange das der Fall sein wird. Von daher benötigen wir rasch einen neuen gesellschaftlichen Kontext, weil anders die erforderlichen gravierenden Umbrüche nicht bewältigt werden können.

Korte

Auffällig ist, daß in der bisherigen Diskussion die deutsche Einheit und der Aufbau Ost kaum eine Rolle gespielt haben. Herr Seehofer sieht darin die eigentliche Ursache für die finanziellen Probleme, mit denen wir zu tun haben. Vielleicht setzen Sie die Akzente da etwas anders, Herr Bisky.

Bisky

Ich will auf ein Problem aufmerksam machen, das bisher nicht erwähnt wurde. Ich verstehe schon, die Bundesrepublik "alt" stellt mit einer gewissen Genugtuung fest, daß sie die Entwicklung in den neuen Bundesländern mit sehr viel Geld fördert. Aber sehen das die Menschen in Ostdeutschland auch so? Soziologische Untersuchungen zeigen, daß gerade auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit die Dinge in dem alten DDR-System positiver gesehen werden als in dem jetzigen neuen. Auf dem Gesundheitssektor ist das Urteil ausgeglichen: Die einen sagen, es war früher besser, die anderen, es ist heute besser. Es sollte aber bedenklich stimmen, wenn der Gesellschaftsvertrag, dem wir beigetreten sind, offensichtlich von den Leuten bei uns nur schwer angenommen wird. Da, wie Herr Seehofer gesagt hat, Demokratie auch auf Konsens beruht, ist das schon ein ernstes Problem.

Nun wird die Einheit in vielen Hinsichten sehr unterschiedlich bewertet und nicht von vornherein negativ gesehen. Daß heute die Qualität der medizinischen Einrichtungen und die Versorgung mit Medikamenten besser ist, wird durchaus gewürdigt. Was die Menschen bei uns aber nicht verstehen,

ist, daß das Gesundheitssystem derart viel Geld verschlingt; denn sie erinnern sich daran, daß es früher billiger möglich war. Nun kann die Empfehlung sicher nicht lauten, zum alten DDR-System zurückzukehren. Aber ich würde sehr wohl dafür plädieren, mit Experten, vor allem aus dem Gesundheitswesen von drüben, darüber nachzudenken, ob man sich nicht andere Modelle einfallen lassen kann. Es muß doch nicht alles genauso sein, wie es in der alten Bundesrepublik war.

Um es noch einmal zu sagen: Es gibt keine nennenswerte Bewegung, die zum alten System zurückkehren will, aber es sollte schon bedenklich stimmen, wenn der Gesellschaftsvertrag in dieser Form in Ostdeutschland nicht so angenommen wird.

Dies ist im übrigen ein Wandel, der erst in den letzten zwei Jahren eingetreten ist. 1991 und auch noch 1992 wurde das System der sozialen Sicherheit der Bundesrepublik bei uns sehr positiv bewertet. Damals meinten nur 28 Prozent bei Befragungen, das alte Gesundheitssystem sei das bessere gewesen - heute sind es 76 Prozent. Das ist eine dramatische Veränderung wie auf keinem anderen Gebiet. Ich habe dafür zwar kein Patentrezept, aber ich meine, es könnte hilfreich sein, die Erfahrungen der Leute bei uns bei der Reform des Sozialsystems, die hier so nachdrücklich gefordert wird, mit einzubeziehen. Eine stärkere Partizipation der Leute könnte auch die Akzeptanz des Gesellschaftsvertrages erhöhen. Anders wird es nicht gehen, wenn man verhindern will, daß das Neue als fremd empfunden wird und man nostalgischen Gedanken nachhängt.

Was die Finanzierung der deutschen Einheit angeht, so wird sich kurzfristig kaum etwas daran ändern lassen, daß dies über die Sozialsysteme geschieht - es hätte ja auch andere Möglichkeiten gegeben. Dies wiederum wird man der Bevölkerung in der Bundesrepublik "alt" schwer vermitteln können, warum sie diese Leistungen für den Osten erbringen soll. Hier bleibt auf lange Sicht ein Konfliktthema. Vielleicht hätte man einmal darüber nachdenken sollen, diejenigen stärker zu Zahlungen mit heranzuziehen, die an der Einheit sehr gut verdient haben. Denn wir müssen verhindern, daß die Kluft zwischen Ost und West immer größer wird und sich das Empfinden der Menschen in Ostdeutschland verstärkt: Wir erhalten das Geld, weil wir selber nichts können, während im Westen die Kritik lauter wird, daß man den Osten auf Dauer hinterher schleppen muß. Vielleicht hatte der Historiker Kossock recht, als er sagte: Die Einheit hatte die richtigen Verlierer, aber die falschen Gewinner.

Ich plädiere also für einen neuen Gesellschaftsvertrag, der sich aber nicht in wenigen Zügen entwickeln läßt. Was ich mir erhoffe, ist, daß auf dem Weg dorthin mehr Mühe auf die Suche nach Konsens gelegt wird - auch zwischen Ost und West;-, als dies bisher der Fall war. Ich will aber auch ganz deutlich sagen, daß die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages nicht in erster Linie durch die deutsche Einheit bedingt ist, sondern aus Problemen resultiert, die ihre Ursache in europäischen und globalen Entwicklungen haben.

Schneider

Wenn die Arbeitsmarktproblematik nur global lösbar ist, dann frage ich mich, warum wir uns einen solchen Riesenapparat wie die Bundesanstalt für Arbeit leisten und warum die Sozialämter durch die Reform zu Mini-Arbeitsämtern werden sollen. Frau Riedmüller sagt, der Sozialstaat müsse wieder die Integration in den Arbeitsmarkt zurückgewinnen. Ich habe gelegentlich den Eindruck, daß die, die so reden, im Grunde schon längst nicht mehr an diese Möglichkeit glauben.

Welche Arbeitsmarktinstrumentarien hat man beispielweise nach der Vereinigung angewandt: Eben die, von denen man in der alten Bundesrepublik bis dahin immer behauptet hatte, sie würden gar nichts bewirken. Man hat das Arbeitsförderungsgesetz praktisch auf den Kopf gestellt, indem ein Weg gewählt wurde, der zunächst in die Arbeitslosigkeit führte, um dann etwas Neues aufzubauen. Ich meine, es bestanden andere Alternativen.

Wir operieren hier mit einem gänzlich rückwärts gewandten Gesellschaftsbild. Auch die neuen Vorschläge zur Reform des Arbeitsförderungsgesetzes gehen von einem Bild der Wirtschaft aus, das mit der realen Situation der Integration von Arbeitslosen überhaupt nichts mehr zu tun hat. Mit den ABM-Programmen schicken wir die Menschen in Pseudoarbeiten. Denn Voraussetzung für eine AB-Maßnahme ist, daß die Arbeit in öffentlichem Interesse ist und zusätzlich geleistet wird. Mit anderen Worten: Immer dann, wenn eine Arbeit produktiv wird, muß der Betreffende wieder aufhören. Wieviel Demotivation des einzelnen bewirken wir auf diese Weise, nur damit der Anspruch auf Sozialleistungen aufrechterhalten bleibt? Mit kreativer Tätigkeit hat das jedenfalls kaum etwas zu tun. Jeder weiß das und diskutiert darüber, aber niemand ändert etwas daran.

Diese berühmte-berühmten AB S-Gesellschaften im Osten sollten eine Brücke sein, bei der aber nur ein Pfeiler sichtbar ist, während sich der andere im Nebel verliert. Und das Ganze verschlingt Milliardenbeträge. Niemand kümmert sich darum, daß es auch andere Möglichkeiten gäbe. Das

Modell bei VW ist sofort diskreditiert worden, als der Staat mitfinanzieren sollte. Wo sucht man denn bei den Gewerkschaften und Arbeitgebern zusammen mit dem Staat ernsthaft nach neuen Instrumenten? Da heißt es, die Bundesanstalt für Arbeit solle dezentralisiert werden, um die Selbstverwaltung bei den örtlichen Arbeitsämtern zu stärken. Ich halte das für ein Scheinargument. Im Grunde denkt niemand ernsthaft darüber nach, wie man das Problem Arbeitslosigkeit lösen könnte.

Ich halte es auch keineswegs für überflüssig, weiter über die Möglichkeit der Vollbeschäftigung zu diskutieren. Die Erwerbsarbeit ist doch nicht nur ein volkswirtschaftlicher Faktor, sondern wieviel hängt für den einzelnen an Selbstbestätigung und Selbstachtung daran. Man kann nicht einfach eine ganze Generation im Osten ausgrenzen -sollen sie doch Spazieren gehen oder irgend etwas anderes tun; haben sie eben Pech gehabt.

Die Idee, die Menschen wieder mehr zu fordern, für die Gesellschaft etwas tun - der Vorschlag von Herrn Dettling mit einem sozialen Pflichtjahr;-, finde ich durchaus bedenkenswert, zumal es dafür internationale Vorbilder gibt. Wo, außer in der Bundeswehr, werden denn heute noch gesellschaftliche Forderungen an den einzelnen gestellt? Dabei beklagen sich überall die Menschen, daß sie nicht mehr gebraucht und ernst genommen werden.

Radermacher

Wie schon erwähnt, glaube ich nicht, daß die Probleme, über die wir hier diskutieren, im wesentlichen mit den neuen Bundesländern zusammenhängen. Die globalen Veränderungen haben nämlich ein weit höheres Gewicht. Wenn die Position von Herrn Seehofer wirklich sein sollte, daß sich in den letzten zwanzig Jahren im Grunde kaum etwas verändert hat und die gegenwärtigen Probleme primär durch die deutsche Einheit ausgelöst sind, würde mich das überraschen.

Herr Afheldt und Herr Riehle haben bereits auf die internationalen Entwicklungen und die daraus resultierenden Zwänge und Probleme hingewiesen. Ich will ein konkretes Beispiel zur Veränderungsmacht der Technik in Verbindung mit der Globalisierung anfügen: Die Erfindung der Satellitenkommunikation bedroht potentiell weltweite Investitionen von Hunderten von Milliarden DM in bodengebundene Netze mit einem Schlag, erzwingt damit indirekt europaweit die Auflösung der entsprechenden Telekom-Monopole und kostet dadurch in kürzester Zeit Hunderttausende Menschen bei uns im Bereich der Telekom ihren Arbeitsplatz, obwohl das Leistungsangebot der Telekom gleichzeitig steigt. Das ist die unmittelbare Folge einer technischen Erfindung, mit der man die Regulierungsfähigkeit in Deutschland und Europa umgehen kann. Ähnliche Erfahrungen machen wir verstärkt an vielen Stellen.

Das heute so hoch gepriesene Lean Management, also die Verschlinkung der Unternehmen, war und ist ebenso ein durch die äußeren ökonomischen Bedingungen erzwungener Weg, den wir nicht gehen würden, wenn wir nicht müßten. Die Rechnung ist ganz einfach: Wenn eine Firma mit ihren bisherigen Produkten auf dem Weltmarkt aufgrund von Kostensenkungserfordernissen nur noch 20 Prozent weniger an Einkommen erwirtschaften kann, muß sie, falls sich die Lohnhöhe pro Arbeitnehmer nicht ändern läßt und der Lohnkostenanteil an der Produktion hoch ist, etwa 20 Prozent der Mitarbeiter entlassen und mit den verbliebenen 80 Prozent die gesamte Produktion wie bisher leisten, was ja in vielen Firmen gelungen ist. Natürlich begrüßen wir alle die Forderungen von Frau Riedmüller, wir müßten unseren Arbeitsmarkt so gestalten, daß er wieder in der Lage wäre, für Vollbeschäftigung auf hohem Lohnniveau zu sorgen. Aber wie sollen wir die fehlenden 20 bis 30 Prozent Einnahmen auf dem Weltmarkt hereinholen, die dazu nötig wären, wenn niemand das heutige Lohnniveau antasten will? Da keiner weiß, wie das zu leisten ist, bleibt nur der weitere Abbau von Arbeitsplätzen, wie er zur Zeit in Breite erfolgt.

Hier war von Gerechtigkeitslücken die Rede. Die mag es bei uns auch geben; vor allem aber bestehen Gerechtigkeitslücken im Weltmaßstab. Die Folge ist, daß die Benachteiligten überall auf dem Globus versuchen, sich ihren Anteil zu holen, sobald sie die Möglichkeit dazu haben. Hier bietet ihnen die technische Entwicklung heute ganz neue Chancen. Insofern haben die zunehmenden Probleme bei uns sehr viel mit den weltweiten Gerechtigkeitslücken zu tun und damit, daß die Betroffenen weltweit erfolgreich - und deshalb zu Lasten der bisher extrem begünstigten Regionen der Welt- an der Verringerung dieser globalen Gerechtigkeitslücken arbeiten und auf diese Weise die nationalen Probleme permanent vergrößern.

Wie ich bereits angedeutet habe, ist dieser globale Ausgleichsprozeß nicht mehr aufzuhalten. Wir werden deshalb erst dann wieder Ruhe bekommen, wenn es den Menschen überall auf der Welt tendenziell so gut geht wie uns. Ich stimme also der Analyse von Herrn Afheldt voll zu, meine aber, daß der entsprechende Regulierungsprozeß weltweit erfolgen muß.

Afheldt

Aber eben das geht nicht.

Radermacher

Ich bin da keineswegs so pessimistisch. Was wir zur Zielerreichung brauchen - und politisch durchsetzen müssen;- sind globale ökologische Steuern und weltweite Rentensysteme (vor allem konzentriert auf Familien mit wenigen Kindern), um eine übermäßige Naturnutzung und ein weiteres Anwachsen der Weltbevölkerung zu bremsen, ja, die Zahl der Menschen auf dem Globus mittelfristig deutlich zu senken. Ich glaube jedenfalls nicht, daß wir ohne globale Lösungen jemals wieder zur Ruhe kommen werden.

Lassen Sie mich noch einige Worte zur Bedeutung der angesprochenen Rahmensysteme (globale ökologische Steuern und weltweite Rentensysteme) sagen. Es wurden hier immer wieder Beispiele angeführt, die zeigen sollten, daß sich die einzelnen Menschen ethisch nicht ganz korrekt verhalten. Da ist der Arzt, der jemanden wider besseres Wissen krank schreibt; da ist der Arbeitnehmer, der am Montag blaumacht; da ist die Firma, die ihre Mitarbeiter in den Vorruhestand schickt. Was den letzten Punkt angeht: Der Vorruhestand bot für viele Firmen die einzige Möglichkeit, einen Konkurs zu vermeiden und damit zu verhindern, daß sämtliche Arbeitsplätze wegfielen, zumal sich die Konkurrenz dieses Mittels auch bediente. Das ist die Logik des Marktes. Wenn man entsprechende Erscheinungen nicht will, muß man den Mut und die Kraft haben, die jeweiligen Rahmenbedingungen des Marktes zu ändern, statt nur zu fordern, der einzelne müsse sich aus ethischer Einsicht anders verhalten. Daß bei uns weniger Kinder als zum Beispiel in Afrika geboren werden - was im übrigen auch vorteilhaft ist;- resultiert nicht zuletzt aus der Tatsache, daß bei uns kleinere Familiengrößen eher ein besseres Leben versprechen und dies sowohl heute als auch im Alter. Der eigentliche ethische Skandal sind deshalb gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die es dem einzelnen nahelegen, sich ethisch nicht sauber zu verhalten. Insofern unterstütze ich die Forderung von Herrn Dettling nach einer Änderung der Rahmenbedingungen. Tatsächlich ist es die vielleicht höchste ethische Herausforderung, für solche gesellschaftliche Bedingungen zu sorgen, unter denen ethisch korrektes Verhalten belohnt, inkorrektes ökonomisch bestraft wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch zu Herrn Seehofers Strategie bemerken: Sie sprechen davon, alles ließe sich im Rahmen des bestehenden Systems mit kleinen Korrekturen regeln. Aber dann gehen Sie daran, im Gesundheitswesen geradezu eine Revolution auszulösen, indem Sie das System von den verfügbaren Ressourcen her "deckeln". Eben dieser Schritt, den ich sehr begrüße, bedeutet aber eine völlige Veränderung der bisherigen Rahmenbedingungen, also nicht nur eine kleine Veränderung. Denn bislang konnten die "Herrgötter in Weiß", etwa im Rahmen der Großgeräteverordnung, technischen Fortschritt fast beliebig finanzieren, nämlich über die Sicherstellung der Abrechenbarkeit bestimmter neuer technischer Leistungen durch Einbeziehung in die Gebührenordnung. Die Anschaffung eines Computertomographen lief am Anfang fast auf die Genehmigung hinaus, sich sein Geld selber zu drucken. Entsprechende Maschinen werden heute wie in der Industrieproduktion betrieben, möglichst 18 Stunden täglich, 6 Tage in der Woche, und die Wartungstechniker kommen sonntags. Wenn sie dem Medizinsystem keinen "Deckel" aufsetzen, wuchert es beliebig weiter. Dies trifft gerade auf dieses Gebiet zu, in dem ständig mit der Frage von Leben und Tod argumentiert werden kann, wobei nur "Götter" über Leben und Tod entscheiden können. Ihre "Revolution" hat diesem Prozeß endlich eine Grenze gesetzt. Jetzt erzwingen die Randbedingungen Verteilungskämpfe innerhalb des Medizinsektors, und in der Folge stoppt gewissermaßen der eine "Gott" den anderen, und die Betroffenen müssen unter sich ausmachen, wofür das Geld sinnvollerweise ausgegeben werden soll.

So positiv ich das sehe, so sehr besorgt mich doch Ihre Argumentation gegen die Selbstbeteiligung. Ich hielt diese bisher für im wesentlichen taktisch bedingt, um zu verhindern, daß die Selbstbeteiligung in der jetzigen Situation zu einem Ventil wird, oben noch einmal draufzusatteln und damit den Finanzrahmen für den Gesundheitssektor nach der Deckelung auf diesem Wege noch einmal auszudehnen. Hier muß in der Tat ein Riegel vorgeschoben werden. Meine Hoffnung war aber, daß nach drei, vier oder fünf Jahren, wenn die "Götter" sich gegenseitig ausbalanciert haben, die nächste Effizienzrevolution erfolgt, von der Herr Dettling gesprochen hat. Mit anderen Worten: Die heutigen 100 Prozent werden zukünftig in 20 Prozent Selbstbeteiligung und 80 Prozent Beitragsaufkommen überführt mit der Konsequenz, daß wir aus diesen 100 Prozent dann eine deutlich höhere Qualität als bisher herausholen können. Dies ist insbesondere dann erforderlich, wenn wir den weiteren technischen Fortschritt in der Medizin finanzieren wollen. Mich würde Ihre Position, Herr Seehofer, zu diesem Punkt sehr interessieren.

Seehofer

Soweit sind wir noch nicht, daß wir das Gleichgewicht zwischen den Göttern erreicht haben.

Radermacher

Das gibt mir wieder Hoffnung.

von Weizsäcker

Kann alles so bleiben, wenn wir nur die nötigen Reparaturen vornehmen? In dieser Hinsicht finde auch ich die Perspektiven, die Sie hier vorgetragen haben, Herr Seehofer, zu optimistisch, wenngleich ich von dem, was Sie in der Praxis tun, ähnlich beeindruckt bin, wie es schon verschiedentlich geäußert wurde. Wurden vor 20 Jahren gleiche Besorgnisse geäußert, die sich dann nicht bewahrheitet haben? Daß die Vereinigung große Mittel erfordert, die wir dennoch gern leisten, ist sicher unbestritten. Aber sind die Probleme gelöst, wenn diese Aufgabe halbwegs erledigt ist? Und auch Ihre These, Streit müsse zwar sein, aber die Demokratie brauche letztlich den Konsens - ich glaube, dies alles sollte noch ein wenig hinterfragt werden.

Ihre Vermutung, Herr Bisky, das Gefühl geringerer sozialer Sicherheit im Vergleich zu früher wird von den Menschen in Ostdeutschland weniger an Sozialhilfe, Gesundheit oder Renten, sondern an der Arbeitslosigkeit festgemacht. Dabei hatten wir schon vor der Wende zwischen Ost und West gelegentlich Gespräche darüber geführt, was denn besser und humaner sei: die Arbeitslosigkeit innerhalb oder außerhalb der Betriebe. Denn daß es eine betriebsinterne Arbeitslosigkeit in der DDR gegeben hat, wurde in solchen Gesprächen nicht bestritten. Dennoch war diese Form der Arbeitslosigkeit von anderen Empfindungen begleitet als die jetzige Situation. Insofern ist das ein schwieriger Übergang.

Eines möchte ich jedoch deutlich hinzufügen, Herr Seehofer: Unser Sozialsystem leidet nicht nur unter den Finanzierungsfolgen der deutschen Einheit. Denn Sie können die Diskussion um den Sozialstaat nahezu in jedem europäischen Land führen, ohne daß da eine Vereinigung zu bewältigen ist.

Hätte es andere Finanzierungsmöglichkeiten gegeben, wie Herr Bisky angedeutet hat? Ich habe mich bereits vor etwa vier Jahren der öffentlichen Kritik mit einer noch schärferen Forderung ausgesetzt. Als in den 50er Jahren der Lastenausgleich bei uns gemacht wurde, war der Vermögensstand des einzelnen sehr viel geringer als heute. Dennoch gab es darüber einen gesamtgesellschaftlichen Grundkonsens, der zu den größten Leistungen der alten Bundesrepublik zählt - bei allen Unzulänglichkeiten, die mit dem Lastenausgleich verbunden waren. Im Jahre 1990 dagegen ist ein solcher Gedanke nicht einmal ansatzweise diskutiert worden, trotz der inzwischen gigantisch angewachsenen Vermögen. Unter Schützenhilfe der liberalen Wirtschaftsredaktionen wurde nur argumentiert, ein solcher Versuch würde die Konjunktur in Gefahr bringen - und dergleichen Dinge mehr auf ähnlichem Niveau. Ich finde diese Unterlassung schlichtweg einen Skandal. In ihrem Desinteresse hieran waren sich übrigens die politischen Parteien einig; denn auch seitens der Opposition gab es kaum Anregungen in dieser Richtung.

War die Situation vor 20 Jahren tatsächlich genauso wie heute, Herr Seehofer? Herr Afheldt hat das Buch von Robert Reich zitiert, der unter anderem davon spricht, daß zwar stets behauptet wird - vor allem in Wahlkämpfen: Wir sitzen alle in einem Boot. Die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus. Denn die gut ausgebildeten, beweglichen Eliten, die die wirtschaftliche Dynamik bewirken, orientieren sich längst global und erzielen auf der internationalen Bühne ihre Erfolge. Für die ist doch die eigene Gesellschaft, über deren sozialen Zusammenhalt wir hier diskutieren, überhaupt nicht mehr der Bezugspunkt. Man könnte fast sagen: Wir haben keine Volkswirtschaft mehr. Während der dynamische Teil der Wirtschaft auswandert, bleibt das Volk zurück, mit dem sich dann die Politiker, Wissenschaftler und Verbände auseinandersetzen müssen. Da hat sich in der Tat einiges geändert in den letzten zwanzig Jahren.

Im übrigen fällt auch in dieser Diskussion auf, daß wir im Grunde ganz aus der Sicht der alten Bundesrepublik argumentieren, wo über fünfzig Jahre hin jeder seinen eigenen Stollen im Sozialsystem vorangetrieben hat, und zwar mit einigem Erfolg. Die Frage ist jedoch, ob wir noch weitere fünfzig Jahre so weiterleben können, indem jeder Teilbereich in dieser Gesellschaft seine eigenen sozialen Wünsche artikuliert und die Politik darübersteht und nach Konsens verlangt.

Wie steht es denn um die Konsensbildung in den Bundestagsfraktionen bei der Sozialgesetzgebung? Da einigen sich letztlich die Spezialisten über die Fraktionsgrenzen hinweg, und die übrigen Abgeordneten stimmen dem zu. So wurden die verschiedenen Reformen in einer gewissen Eintracht durchgezogen. Aber offenbar gibt es auch eine Art Konsens darüber, daß über die Grundlagen des

Sozialstaates und die langfristigen Perspektiven nicht ernsthaft diskutiert wird. Dies halte ich nun allerdings für eine gefährliche Unterlassung. Vermutlich ist das in einer Demokratie, bei der es um die Wählergunst geht, anders schwer möglich. Die Vorstellung von einer "tapferen Demokratie", die realistisch sich den Zukunftsperspektiven stellt, halte ich - mit Verlaub gesagt - für reichlich illusionär.

Zum sozialen Jahr für die Alten, das Herr Dettling vorschlägt, will ich nur anmerken, daß ich schon seit Jahren soziale Dienste leiste; ob sozial, lasse ich mal offen; anstrengend ist es in jedem Fall.

Riedmüller

Ganz so nahe stehen Herr Seehofer und ich uns nicht in der sozialstaatlichen Debatte, Herr Dettling, daß man von "großer Koalition" sprechen könnte.

Zunächst etwas zum Stichwort "deutsche Einheit". Wenn dieses Thema vornehmlich unter dem Gesichtspunkt großer Belastungen diskutiert wird, dann nicht zuletzt deshalb, weil wir den Sozialstaat eben als Belastung empfinden. Dabei wird leicht übersehen, wie gut es gelungen ist, die sozialstaatlichen Regularien und Funktionsweisen relativ schnell auf die neuen Bundesländer zu übertragen, gerade im Gesundheitswesen und in der Rentenversicherung. Das ist zunächst, wie Herr Bisky richtig sagte, von der Bevölkerung im Osten auch positiv wahrgenommen worden.

Aber das Funktionieren allein ist kein Wertmaßstab, weil Gerechtigkeit darüber nicht erfahren wird. Was die Menschen in den neuen Bundesländern als zutiefst ungerecht empfinden, ist der Verlust ihrer Arbeit, und das ist etwas anderes als funktionierende Sozialversicherungssysteme. Es geht um die eigene Leistung, die sie nicht mehr einbringen können - das ist der Maßstab, an dem gemessen wird. Deshalb werden Hilfen - ob nun als ABM und sonstwie gewährt - nicht mit Gerechtigkeit assoziiert.

Das heißt, die "Ethik der Arbeit", wie ich es nennen würde, ist in den Menschen noch zutiefst verankert, und diese Ethik gilt es bei der Neuorientierung der sozialen Sicherungssysteme mit zu berücksichtigen. Deshalb reicht es nicht, nur die eine Seite zu sehen und den Wettbewerbsdruck und das Kostenproblem in den Vordergrund zu stellen, ohne die Brücke zur anderen Seite zu schlagen und zu versuchen, den Gesichtspunkt "Leistung und Gerechtigkeit" entsprechend einzubeziehen. Ich meine, es müßte möglich sein, die Arbeit wieder zum Kern der Verteilungsregeln zu machen, wie es auch in der Tradition des Sozialstaates liegt.

von Weizsäcker

Die Frage ist doch, ob uns das wieder gelingen kann.

Riedmüller

Ich glaube schon; die Menschen rücken davon ja auch nicht ab. Aber das setzt voraus, daß sich der Charakter der Arbeitspolitik ändert, was beispielsweise die Aufteilung der Lebensarbeitszeit im Zuge des demographischen Wandels angeht. Vielleicht reicht es den Menschen, weniger zu arbeiten und ein entsprechend geringeres Einkommen zu haben. Über solche Dinge sollten wir nachdenken und Alternativen herausstellen, an denen sich die Menschen orientieren können.

Meine Studenten beispielsweise orientieren sich mehr an europäischen und globalen Entwicklungen und denken viel weniger in den engen nationalstaatlichen Grenzen. Wenn dies mehr und mehr stattfindet, wird sich auch die Verteilungsdebatte verändern. Dabei bedeutet Globalisierung der Wirtschaft nicht die Auflösung der nationalen Gemeinschaften oder von regionalen Bindungen, wie wir inzwischen wissen.

Deshalb unterstreiche ich: Der Anker der sozialstaatlichen Debatte muß die Erwerbsarbeit sein - und nicht die Kostendiskussion, wo wir den Menschen mitteilen: Da wir es nicht mehr finanzieren können, müssen wir Euch leider zurück lassen. Und die Folgen versuchen wir dann geschickt zu kaschieren, indem wir Armut, ausgegrenzte Arbeitslose und so weiter tabuisieren.

Metz-Göckel

Ich kann aus eigener Erfahrung nur bestätigen, was Herr von Weizsäcker zum Lastenausgleich gesagt hat. Damals war die Bereitschaft zum Teilen ungleich höher als heute, wo wir in einem unvergleichlich größeren Wohlstand leben. Das Paradox, mehr zu haben und weniger zu geben, zeigt sich in allen Schichten und ist unabhängig von den politischen Standpunkten. Das ist schon eine der merkwürdigen "Errungenschaften" der Wohlstandsgesellschaft. Aber es hat sicher wenig Sinn, darüber nur zu lamentieren, zumal ja einiges in Bewegung gerät und beispielsweise eine neue Gerechtigkeitsdebatte begonnen hat.

Nun wurde hier behauptet, im Grunde brauchten wir keinen neuen Gesellschaftsvertrag und insbesondere der Generationenvertrag funktioniere nach wie vor recht gut. Das mag durchaus stimmen. Wo ich jedoch sehr viel stärkere Brüche sehe, ist beim Geschlechtervertrag. Ich halte dies insofern für gravierend, als beispielsweise das demographische Problem eng mit der Gleichstellungs- und Emanzipationsfrage verknüpft ist. Ich glaube, daß das Problemlösungspotential - auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen - in dem Maße wächst, wie die Gleichstellung der Frau erfolgt. Wenn Herr Seehofer darauf verweist, daß zwei Drittel der Sozialhilfeausgaben für die Altenheime und für die Behinderten aufgewandt werden, dann ist hinzuzufügen, daß in den Altenheimen fast zu 80 Prozent Frauen leben, von denen viele lange Zeit ihre alten Eltern und vielleicht ihren kranken Partner gepflegt haben, während ihnen selber diese persönliche Pflege, die der in den Heimen sicher vorzuziehen ist, nicht zuteil wird.

Während die Frauen in den letzten fünfzig Jahren, was Bildung, Ausbildung, Berufsorientierung oder politisches Bewußtsein angeht, auf eine ungemein positive Bilanz zurückblicken, haben sie nicht in gleicher Weise an den materiellen Grundlagen - Einkommen, Altersversorgung - partizipieren können. Dabei müssen wir uns darüber klar sein, daß es ja die Frauen sind, die den demographischen Wandel entscheidend herbeigeführt haben in den alten wie in den neuen Bundesländern.

Ich meine also, wir sollten unser Augenmerk sehr viel stärker darauf richten, in dem neuen Gesellschaftsvertrag dieses Potential, das die Frauen als wertvolle gesellschaftliche Ressource darstellen, zu aktivieren. Wir sehen die Frauen immer noch viel zu sehr als die armen, bemitleidenswerten Objekte, statt uns bewußtzumachen, welches Potential da noch schlummert.

Haenschke

Hätten wir weniger oder gar keine Probleme mit dem deutschen Sozialstaat, wenn die Einheit nicht so hohe Kosten verursachen würde - die Kernthese von Herrn Seehofer? Ich sehe das ganz anders. Denn die Probleme des Sozialstaates waren in der alten Bundesrepublik bereits vor der Vereinigung vorhanden, und die Diskussion darum wurde durch die Einheit lediglich zeitlich aufgeschoben.

So gab es in der Wirtschaft schon vor 1989 Diskussionen über die Einführung von Lean Production in den Betrieben. Durch den Umbruch und im Zusammenhang mit dem Transformationsprozeß, als neue Absatzmärkte erschlossen wurden, konnte man zunächst in altgewohnter Weise weiterproduzieren und den Absatz sogar steigern.

Vor 1989 gab es in Westdeutschland auch bereits Ansätze zur Verwaltungsreform, zu bestimmten sozialen Reformen, zur Bildungsreform, die erst jetzt, gewissermaßen mit fünf Jahren Verspätung, wieder aufgegriffen werden und die nunmehr durch die mit dem Transformationsprozeß verbundenen Strukturenveränderungen sowohl im wirtschaftlichen und sozialen als auch im politischen Bereich verstärkt eingefordert werden.

Herr Schneider hat darauf verwiesen, daß die Rahmenbedingungen und Regeln, wie sie in der alten Bundesrepublik galten, unverändert auf die neuen Länder übertragen wurden, ohne dem notwendigen Reformbedarf Rechnung zu tragen. Diese Diskussion, die fünf Jahre lang nicht geführt wurde, steht jetzt verschärft auf der Tagesordnung. Wenn hiervon veränderten Werten und Normen die Rede war - beispielsweise was den Wert der Arbeit oder die Rolle der Frau in der Gesellschaft angeht;- , dann betreffen diese alte und neue Bundesländer gleichermaßen.

Deshalb meine ich auch, daß sich ein neuer Gesellschaftsvertrag entwickeln muß; kleine Reformen hier und da werden dafür nicht ausreichen. Bei der Erarbeitung dieses neuen Gesellschaftsvertrages sollten die Erfahrungen der Menschen aus beiden Teilen Deutschlands berücksichtigt werden, wie dies bei Herrn Bisky und Herrn von Weizsäcker bereits angedeutet wurde.

Pfaff

Die Beziehungen alte/neue Bundesländer beziehungsweise die Auswirkungen der Vereinigung auf die Belastung der Sozialkassen und der öffentlichen Haushalte generell sind nur ein Teil der Verteilungsdiskussion. Dabei kann auch ich schwer nachvollziehen, warum der deutschen Einheit unterschwellig die Schuld an dieser Entwicklung zugewiesen wird - auch wenn immer wieder betont wird, wie sehr man die Einheit an sich begrüßte. Aber es wird doch der Eindruck vermittelt: Wenn das alles nicht soviel kosten würde, hätten wir kaum Probleme. Frau Haenschke hat eben zu Recht daraufhingewiesen, daß bei uns die Reformdebatten vor der Vereinigung durchaus im Gange waren. Viele von uns waren deshalb, was den Sozialstaat angeht, darüber bekümmert, daß mit der Vereinigung plötzlich der Eindruck entstand, in der alten Bundesrepublik sei alles perfekt gewesen. Ohne es zu hinterfragen, wurden die westdeutschen Sozial- und Wertesysteme dem Osten fast wie in

einem Kolonialisierungsprozeß übergestülpt. Dabei mußte doch eigentlich klar sein, daß die Menschen in den neuen Bundesländern eine kritische Masse darstellen und die neue Bundesrepublik nicht nur eine etwas größere alte Bundesrepublik sein konnte.

Sicher, die Einheit kostet Geld. Dabei bleibt jedoch meist unerwähnt, wie stark die alte Bundesrepublik in den ersten Jahren von der Vereinigung profitiert hat, wenn ich nur an den Konjunkturschub denke, der durch die Nachfrage aus den neuen Bundesländern ausgelöst wurde und der die weltweite Konjunkturkrise für uns zumindest abgeschwächt oder verschoben hat. Wenn man damals stärker zugegriffen hätte, wären in der Vereinigungseuphorie höhere Belastungen von den einzelnen Bürgern sicher eher akzeptiert worden. Doch die zahlreichen Wahlen, die damals stattfanden, hatten für schmerzhaft, aber notwendige Eingriffe zweifellos eine ungünstige Konstellation geschaffen.

Man sollte auch nicht einen Widerspruch von Leistung und Gegenleistung auf der einen Seite und Gemeinschaftssinn und Umverteilung auf der anderen konstruieren. Wenn man die Dinge weniger ökonomisch betrachtet, sondern einen breiteren Ansatz wählt und auch den Wertewandel mit einbezieht, lösen sich diese scheinbaren Gegensätze auf. Herr Dettling hat bereits darauf verwiesen - auch wenn ich seine Schlußfolgerungen nicht unbedingt teile. Zweifellos brauchen wir eine neue Aufteilung der Arbeit, auch angesichts des stattfindenden Wertewandels. Vor 20, 30, 40 Jahren hat man die Dinge anders bewertet als heute. Was wir heute als ungerecht empfinden, wurde damals häufig anders gesehen.

Beispielsweise war die Rollenaufteilung im Geschlechterverhältnis eine ganz andere als heute. Zwischen attraktiver bezahlter Erwerbsarbeit, die nicht nur in ökonomischer, sondern auch in sozialer Hinsicht hochbewertet wird, und weniger attraktiver häuslicher oder ehrenamtlicher Arbeit werden wir zu einer anderen Bewertung kommen müssen, die dann auch eine andere Verteilung der Einkommen und anderer Ressourcen nach sich zieht. Ich glaube, die Sozialquote ist keine feste Größe, sondern sie hängt davon ab, wie wir das Sozialsystem organisieren. Wenn die Erwerbsarbeit anders aufgeteilt wird, läßt sich auch die Sozialquote reduzieren - mit dem gleichen Ergebnis, was die ökonomischen Ressourcen angeht. Zum Teil ist die hohe Sozialquote auch dadurch bedingt, daß viele auf ihren Arbeitsprivilegien und den daraus abgeleiteten Einkommen bestehen wollen und können.

Meine Schlußfolgerung daraus ist: Wir brauchen eine andere Aufteilung der Arbeit, die aber wiederum eine leistungsfähige soziale Infrastruktur voraussetzt, wenn die Effizienz gewährleistet sein soll. Das gilt für die "Hardware"- Schulen, Krankenhäuser und so weiter - genauso wie für die Bereitschaft der Menschen, sich sozial zu engagieren. Denn die sozialen Netzwerke, die früher wie selbstverständlich vorhanden waren - aufgrund der gegebenen Belohnungs- und Sanktionsstruktur - sind heute brüchig geworden. Dabei ist diese soziale Infrastruktur genauso wichtig wie die wirtschaftliche, weil die soziale Arbeit sonst nicht geleistet wird, wenn die entsprechende Wertung fehlt.

Herr Seehofer hat im Zusammenhang mit der Sozialhilfereform das Thema Armut angesprochen. Die ungerechte Verteilung der Ressourcen und der daran gekoppelten sozialen Sicherungssysteme sind hierbei eine wesentliche Ursache für Armut. Dabei mag auch "eigenes Verschulden", was immer das ist, eine Rolle spielen, das sich ja vom gesellschaftlichen Umfeld nie ganz trennen läßt. Aber Sie haben die Dinge doch ein bißchen schön geredet, wenn Sie etwa die Ausländerproblematik in dem Zusammenhang primär betonen.

Wenn dann argumentiert wird, man müsse die Regelsätze der Sozialhilfe senken, um das Lohnabstandsgebot einzuhalten, scheint mir dies völlig unsinnig. Meint man, dadurch, daß die Sozialhilfeempfänger weniger haben, würde sich das Wohlbefinden der Niedrigverdienenden erhöhen? Ich denke, der Hund ist ganz woanders begraben, nämlich beim unzulänglichen Familienlastenausgleich. Denn dort wird das Lohnabstandsgebot nicht eingehalten, weil bei den Sozialhilfeempfängern die Familiengröße anders berücksichtigt wird, als dies beim Familienlastenausgleich der Fall ist.

Korte

In der Diskussion hat sich herauskristallisiert, daß sich in Deutschland zwei historische Prozesse überlagern: Der eine ist der Prozeß der deutschen Einheit - sehr aufregend und durchaus erfolgreich. Und der andere ist die Erfolgsstory der alten Bundesrepublik, in der die Ziele, die mit dem Sozialsystem angestrebt wurden - Sicherung gegen Armut, Krankheit, Arbeitslosigkeit - in geradezu vorbildlicher Weise realisiert wurden. Es ist historisch einmalig, daß alle diese Sicherungssysteme über einen so langen friedlichen Zeitraum entwickelt werden konnten. Auf der anderen Seite ist genauso unabweisbar, daß bereits Mitte der achtziger Jahre bei uns eine Debatte begonnen wurde, ob das denn alles so weiterlaufen könne.

Die Frage ist jetzt: Wie können diese beiden Prozesse analytisch auseinandergehalten werden? Und wo bieten sich Chancen, sie in der weiteren Entwicklung zusammenzuführen? In diesem Zusammenhang frage ich auch, ob sich nur die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geändert haben, oder haben in diesem langen, sehr erfolgreichen Prozeß sich nicht auch die Menschen verändert? Zwar gibt es den alten Industriearbeiter noch; aber daneben hat sich längst eine ganz andere Form, nämlich der global player, entwickelt. Und die Frage ist, wie lange wir die Arbeitsplätze im industriellen Bereich und die Industriearbeiter noch haben werden, auf die die sozialen Sicherungssysteme zugeschnitten waren. Denen lag ein bestimmtes Menschenbild zugrunde, das sich in der Zwischenzeit offenkundig verändert hat.

Auch von daher sollten wir darüber nachdenken, wie in den nächsten dreißig bis fünfzig Jahren die Rahmenbedingungen für die menschliche Gemeinschaft aussehen müßten, die schließlich den Menschen dienen sollen und nicht umgekehrt.

Reiter

Trifft es zu, daß die Wiedervereinigung unseren Sozialstaat so sehr in Bedrängnis gebracht hat? Das ist nur teilweise richtig. Ich erinnere mich sehr gut an die Zeit Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, als sich Politiker aller Parteien nachdrücklich bemühten, Lücken im sozialen Sicherungssystem auszumachen, die es zu schließen galt. Wer dabei erfolgreich war, konnte dies an seine politische Fahne heften. Ich denke nur an die Rentenreform 1972 oder die Einbeziehung der Landwirte in die Krankenversicherung. Diese Zeit war gekennzeichnet durch eine ständige Ausweitung des versicherten Personenkreises und eine Erweiterung des Leistungsangebotes. An sich, wie Herr Korte sagte, ein erfreulicher Tatbestand, um den Ausbau des sozialen Sicherungssystems zu vollenden. Daß dadurch auch ein Anspruchsdenken an die Solidargemeinschaft entstanden ist und das soziale Sicherungssystem gelegentlich bewußt - mitunter auch in Unkenntnis - ausgenutzt wird, will ich gar nicht in Abrede stellen.

Dann kam 1974 Heiner Geißler mit dem Krankenversicherungsbudget und wies nach, daß die Ausgaben im Gesundheitswesen, wenn es so weiterliefe, innerhalb von 20 Jahren dramatisch ansteigen würden. Es kam zwar nicht ganz so schlimm, wie er errechnet hatte statt 113 Milliarden 1980 wurden es nur 82 Milliarden. Aber seit dieser Zeit leidet unser soziales Sicherungssystem unter den wesentlich verschlechterten wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen.

Was hat man seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht alles versucht, um die Kostenproblematik im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen: Kostendämpfungsgesetze, Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetze und so weiter. Das gleiche gilt für den Bereich der Arbeitsförderung. Seit dieser Zeit stehen wir unter dem Zwang, unser soziales Sicherungssystem, das wir bewußt und gewollt immer weiter ausgebaut haben, den veränderten wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen anzupassen. Damit sind wir zunehmend in ein Dilemma zwischen Besitzstandswahrung und Anpassungszwang geraten. Dies alles hat mit dem Beitritt der fünf neuen Länder ursächlich überhaupt nichts zu tun.

Zur demographischen Entwicklung möchte ich übrigens ausdrücklich betonen, daß der Beitritt der fünf neuen Bundesländer jedenfalls in der Rentenversicherung das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern durch eine beachtliche Verjüngung positiv beeinflusst hat. Diese Tatsache geht in der allgemeinen Diskussion leider etwas unter.

Erst mit der Zunahme der Steuer- und Beitragslast sind uns die strukturellen Probleme des sozialen Sicherungssystems stärker bewußt geworden, und die Frage wurde vordringlich: Können wir das alles noch finanzieren? Das Problem der Besitzstandswahrung sozialrechtlicher Ansprüche, die ja eigentumsähnlichen Schutz genießen, stellt sich jedenfalls seit zwanzig Jahren.

Deshalb wäre es meines Erachtens die Aufgabe der politisch und gesellschaftlich relevanten Kräfte - auch der Wissenschaft;-, die Menschen in unserem Lande besser über die Zusammenhänge aufzuklären, die im Sozialbereich bestehen. Denn darüber herrscht vielfach große Unwissenheit, vor allem was das Verhältnis von Leistungen und Kosten angeht. Wie sagte doch der bereits erwähnte Oswald von Nell-Breuning: "Die Brötchen, die wir essen wollen, müssen zuvor gebacken werden." Letztlich hängt die Finanzierbarkeit des Sozialstaates immer von der Finanzkraft der Volkswirtschaft ab.

Seehofer

Daß wir uns in einer permanenten Reformdiskussion befinden, ist keineswegs neu. Wer etwa die Debatte über die Neudefinition der Alterssicherung in den fünfziger Jahren nachliest, wird dort den

kritischen Hinweis von Bundeskanzler Adenauer finden, man könne die Finanzierung eines Sozialsystems nicht auf die Geburt von Kindern abstellen. Schon damals wurde also die langfristige Tragfähigkeit des Generationenvertrages in Frage gestellt.

Seit zwanzig, dreißig Jahren wird über Bürgergeld und Grundrente für alle nachgedacht oder die Internationalisierung der Probleme beschworen. Das alles hätte in der Tat auch ohne die deutsche Einheit stattgefunden und trifft genauso für die anderen Staaten zu. Diese Reformdiskussion ist auch notwendig, um das bestehende System weiter zu verbessern und immer vorhandene Mängel abzustellen. Ich wende mich nur gegen jene Systemveränderer, die sich lautstark zu Wort melden und beispielsweise die Abschaffung des Arbeitgeberbeitrages oder der Lohnfortzahlung fordern und die arbeitskostenbezogene Sozialversicherung ändern wollen und als Begründung die hohen Sozialversicherungsbeiträge anführen.

Hier sage ich - und dazu habe ich bisher kein schlagendes Gegenargument gehört;- , daß die Art und Weise, wie die deutsche Einheit finanziert worden ist, uns die bekannten Finanzierungsprobleme beschert hat. Ich betone noch einmal: Die heutige Sozialleistungsquote von etwa 33 Prozent ist allein auf die 60 Prozent Sozialleistungsquote in den neuen Ländern zurückzuführen, während sie in den alten Ländern inzwischen auf unter 30 Prozent zurückgegangen ist. Natürlich kann man die Frage stellen, ob die Art der Finanzierung, die im Osten zu einem ganz erheblichen Teil über die Arbeitslosen und Rentenversicherung geleistet wird, nicht besser anders hätte ausgerichtet werden sollen.

Nun sagen Sie, Herr von Weizsäcker, man hätte dafür stärker die privaten Vermögen heranziehen sollen. Sicher, das Hin und Her in puncto Steuererhöhungen war alles andere als glücklich; da muß mich keiner überzeugen. Das erklärt ja mittlerweile auch der Bundeskanzler öffentlich. Wenn ich mir aber anschau, wie die Bürger auf den Solidarzuschlag reagieren - der ja an der steuerlichen Leistungsfähigkeit festmacht und Rentner aus der gesetzlichen Rentenversicherung, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger selbstverständlich außen vorläßt und auch diejenigen, die investieren, nicht beeinträchtigt - dann bin ich doch äußerst skeptisch, ob die viel beschworene Opferbereitschaft tatsächlich bestanden hätte, wenn man damals anders vorgegangen wäre.

Zu Herrn Bisky möchte ich sagen: Die Menschen in Ostdeutschland sind sicher genauso leistungsbereit und -fähig wie in den alten Ländern - ob Sie im Sozialbereich Ärzte, Schwestern oder Kranken- und Altenpfleger nehmen. Deshalb ist es ja auch im grenznahen Bereich, wie zuerst befürchtet wurde, nicht da/u gekommen, daß sich die Menschen aus dem Osten massenhaft in die Krankenhäuser nach Hof oder Bayreuth begeben haben. Das darf uns aber den Blick nicht dafür verstellen, wie es um die bauliche Substanz in der ehemaligen DDR bestellt war und wie man mit den Menschen umgegangen ist, die nicht mehr produktiv tätig waren. Ich habe mir Behindertenheime und Unterkünfte für psychisch Kranke angesehen und kann nur sagen: Da hat inzwischen ein Riesenfortschritt stattgefunden. Es geht überhaupt nicht darum, alles in Bausch und Bogen abzulehnen. Da gab es manches, was positiv war. Ich würde zwar die Polikliniken nicht in staatlicher Hand lassen, aber der Grundgedanke, in der medizinischen Versorgung besser zu koordinieren und zu kooperieren, ist durchaus nicht von vornherein falsch.

Herrn Dettling stimme ich zu, daß die Strukturen bei uns so bürokratisch, perfektionistisch und professionalisiert sind, daß sehr vieles unwirtschaftlich gehandhabt wird. Wenn man die Unwirtschaftlichkeit und die Irrationalitäten in den Sozialversicherungssystemen beseitigen würde, könnte man Einsparungen in Höhe von zehn bis zwanzig Prozent erreichen, ohne die Qualität einzuschränken. Das würde weitaus mehr bringen, als etwa die Selbstbeteiligung im Falle schwerer Erkrankungen zu erhöhen.

Die strukturellen Mängel, insbesondere bei der öffentlichen Hand - den Bund nicht ausgenommen;- , sind zu allererst für Geldverschwendung und Ineffektivität verantwortlich. Da gilt es den Hebel anzusetzen, bevor man ins gesunde Fleisch einschneidet und das verändert, was gut funktioniert.

Von Talleyrand stammt der Satz: Der meiste Unsinn auf dieser Welt wird durch knappes Geld vermieden. Wenn man da und dort einen Deckel draufsetzt, werden plötzlich ungeahnte Aktivitäten ausgelöst, und es kommt zu innovativen und flexiblen Verhaltensweisen, die man vorher für undenkbar gehalten hätte. Ein Prozent Haftung bei überproportionaler Verordnung von Medikamenten hat zu einer Reduzierung in der Medikamentenverschreibung von drei Milliarden DM im Jahr geführt. Auf diese Weise werden diejenigen motiviert, die die Geschicke in der Hand haben, und nicht etwa die Kranken bestraft. Wenn Krankenhäuser für Defizite selbst aufkommen müssen, führt dies dazu, daß aus roten plötzlich schwarze Zahlen werden - ohne jeden Qualitätsverlust. Die Budgetierung, die Sie eine Revolution nennen, Herr Radermacher, bezeichne ich als Reförmchen, weil es eigentlich jedem

Menschen einleuchten müßte, daß der Zuwachs an Sozialleistungen an das Wachstum der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gekoppelt sein muß.

Mich muß niemand über Grundwerte und die Bedeutung der zwischenmenschlichen Beziehungen aufklären. Davon reden Politiker meist immer dann, wenn sie zu den eigentlichen Problemen nichts zu sagen haben. Daß wir die Solidarität und die Grundregeln menschlichen Zusammenlebens stärken müssen, dies ist nicht die große Herausforderung, die ich bei uns sehe. Ich glaube sogar, Frau Jepsen, daß in der jungen Generation ein erhebliches Potential an Hilfsbereitschaft vorhanden ist. Ich denke nur an die Zivildienstleistenden. Ich weiß nicht, ob diejenigen, die ständig Solidarität mit den Mitmenschen einfordern, manchen Dienst verrichten würden, den junge Menschen für Pflegebedürftige, für Behinderte und in Krankenhäusern leisten. Ich stimme Ihnen zu, daß wir dieses Potential noch mehr erschließen müssen. Das gleiche ließe sich von den Frauen sagen, wenn ich an Nachbarschaftshilfe und ähnliches denke.

Was geschieht aber, Herr Sengling, wenn wir in ein Gesetz hineinschreiben wollen, daß die Sozialhilfeämter nicht nur mit den freien Wohlfahrtsverbänden zusammenarbeiten, sondern "und auch mit anderen Trägern"? Dann löst das in der Szene ein mittleres Erdbeben aus.

Was das Thema Konsens in der Demokratie angeht, habe ich immer sehr ernst genommen, was Sie dazu während Ihrer Amtszeit gesagt und geschrieben haben, Herr von Weizsäcker, daß wir aufeinander zugehen und Probleme gemeinsam lösen müßten. Deshalb denke ich, daß ein Politiker bei aller Bereitschaft zum Streit auch die Fähigkeit zum Konsens entwickeln muß.

Und es ist ja nicht so, daß wir uns in der Koalition oder mit der Opposition aus lauter Harmoniesucht von vornherein darauf einigen, alles zu unterschreiben, was die Spezialisten da für uns ausgeheckt haben, sondern es wird zuvor kontrovers und öffentlich diskutiert. Dennoch waren wir sicher gut beraten, die Gesundheitsreform oder den Asylkompromiß im parteiübergreifenden Konsens zu verabschieden und aus dem Parteienstreit herauszunehmen.

Jedenfalls halte ich die Fähigkeit, über Parteigrenzen hinweg, aufeinander zuzugehen selbst wenn das bei den eigenen Anhängern etwas an Profil kostet;- , für die Zukunft unseres Gesellschaftsvertrages für unverzichtbar.

von Weizsäcker

In dem Punkt werde ich Ihnen nicht widersprechen, Herr Seehofer. Worum es mir geht, bezieht sich auf die Vielzahl sozialpolitischer Errungenschaften, die sich zu Besitzständen verdichtet haben. Das wurde in den Fraktionen stets abgesegnet, weil man den Sozialpolitikern nicht dazwischenreden wollte. Der Asylkompromiß ist ein ganz anderer Punkt.

Mein Hinweis bezog sich auf das Thema, das uns hier zusammenführt und von dem ich meine, darüber wird nicht genügend gestritten - zumindest, über die Grundlagen nicht.

Seehofer

Ich will einmal versuchen zu definieren, was ich unter Generationenvertrag oder Gesellschaftsvertrag verstehe. Darin geht es auf der einen Seite darum, für die Risiken solidarisch einzustehen, die der einzelne nicht selbst schultern kann. Auf der anderen Seite gilt es, mehr Eigenverantwortung dort abzufordern, wo dies möglich ist. Daß wir- durch mehr Selbstverwaltung zum Beispiel - die Unwirtschaftlichkeit in diesen zentralistischen, perfektionistischen und professionalisierten Strukturen reduzieren müssen, ist unbestritten. Aber deshalb müssen wir doch nicht die Grundlagen ändern, die unser System seit vielen Jahrzehnten tragen: Solidarität und Subsidiarität, Umlagenfinanzierung, Vielfalt im Gesundheitswesen, daß Jung für Alt, Stark für Schwach aufkommt, daß die Einkommensstärkeren stärker herangezogen werden zur Finanzierung der Sozialsysteme. Das sind die Grundlagen des Solidarprinzips in den Sozialsystemen, und die müssen wir beibehalten.

Schreiner

Nur kurz zur Konsensfrage. Seit Jahrzehnten ist es ein fast ungeschriebenes Gesetz, daß die beiden großen Volksparteien sich in der Sozialpolitik bei zwei Themen von vornherein um Konsens bemühen: wenn es um die Rente und wenn es um die Gesundheit geht. Alte und kranke Menschen dürfen nicht zum Gegenstand parteipolitischer Kontroversen gemacht werden. Ich meine, das ist auch sinnvoll. Bei allen anderen sozialpolitischen Themen wird kräftig gestritten: Arbeitsforderung, Entsenderichtlinie, Lohndumping und vieles andere mehr. Daß Sozialpolitiker nicht über die Grundlagen reden, Herr von Weizsäcker, vermag ich so nicht zu sehen.

Im übrigen will ich nur daraufhinweisen, daß den Sozialpolitikern mit der Rentenreform 1992 die größte Sparaktion in der Nachkriegsgeschichte gelungen ist. Andernfalls hätte die Rentenversicherung allein im Jahr 2000 100 Milliarden mehr auszuzahlen, als dies nun der Fall sein wird.

Jepsen

In der Kirche hatten wir erwartet, insbesondere wir Frauen, daß wir nach der Vereinigung vieles aus dem Osten übernehmen könnten. Aber der Einigungsprozeß ist dann sehr viel schneller verlaufen und wurde von den Finanzen diktiert, so daß wir im Westen wenig von denen aus dem Osten gelernt haben, und die aus dem Osten sehen mußten, wo sie blieben - etwas überspitzt gesagt. Jetzt stellen wir fest, daß es vor allem im Finanzbereich nicht klappt, obwohl wir seitens der West-Kirche erhebliche finanzielle Unterstützung den Gemeinden im Osten gegeben und dies auch ohne Vorbehalte getan haben. Ich meine, daß wir insgesamt eine andere Ausrichtung brauchen.

Deshalb bin ich froh, daß wir die Frage eines neuen Gesellschaftsvertrages hier nicht allein unter finanziellen Aspekten diskutieren, wie das Geld verteilt wird. Das mag ja einige Zeit vordringlich sein; aber auf die Dauer wird es darum gehen, wie wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft schaffen. Dafür bedarf es im Grunde einer gemeinsamen Idee, und ich frage mich, wie diese aussehen kann; denn auf den Nationalismus wollen wir ja nicht zurückgreifen. Was verbindet uns also als Gesellschaft? Dabei fällt mir auf, daß diejenigen Gruppen, die in der Gesellschaft am Rande oder im Abseits stehen, auch in unserem Gespräch wenig präsent und hier und heute gar nicht anwesend sind.

Worum wir uns auf jeden Fall bemühen sollten, ist ein neuer Arbeitsbegriff, der nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch andere Tätigkeiten beinhaltet und für wert befundet. Das, was beispielsweise die Frau in der Familie oder ehrenamtlich leistet, muß dem Bruttosozialprodukt zugerechnet werden. Wir brauchen auch eine neue Definition von Familie, nicht nur die herkömmliche - Vater, Mutter und zwei Kinder;-, sondern ebenso andere Gemeinschaftsmodelle, die wir fördern. Ich weiß aus der Frauenarbeit, daß gerade ledige Frauen, die keine Kinder haben, sich gesellschaftlich sehr engagieren und dabei erhebliche Arbeit leisten.

Ich meine, beim Gesellschaftsvertrag müssen wir die Verantwortung vor Ort stärken. Insofern sehe ich etwa ABM-Projekte sehr viel positiver, als dies hier anklang, weil ich vielfach erlebt habe, daß dadurch zehn oder zwanzig Prozent dieser Menschen hinterher doch in reguläre Arbeiten zu vermitteln sind. Wie können wir da neue Möglichkeiten finden? Wir haben aus Holland das Modell der Leihfirma übernommen, wo Leute eine Anstellung finden und dann an verschiedene Kirchengemeinden oder kirchliche Einrichtungen kurzzeitig ausgeliehen werden. Solche Modelle sollten wir fördern. Denn die Leute engagieren sich bei dieser Tätigkeit und haben das Gefühl, etwas Nützliches zu tun - und es kommt auch etwas Positives dabei heraus, wie wir etwa in der Stadtteilarbeit feststellen.

Wir sollten uns auch hüten, so pauschal von Mißbrauch zu reden. Das mag in einigen wenigen Fällen stimmen, der Vorwurf trifft aber alle und löst Schamgefühle aus. Beim Vorruhestand sollte man ebenfalls differenzieren. Einige können und wollen nicht mehr und sind froh über ein solches Angebot. Andere dagegen würden gern noch etwas tun, ohne daß ihnen dazu eine Möglichkeit geboten wird.

Kritik an den Wohlfahrtsverbänden. Das erleben wir auch bei unseren kirchlichen Verbänden, und es hat zu Recht kritische Anfragen gegeben zu dem, wie da mit den ehemaligen Ostkirchen teilweise verfahren wurde. Ich halte auch nicht für gut, dort irgendwo eine Diakonie groß einzurichten, wenn die geistliche Kraft fehlt, diese dann auch zu füllen und zu tragen. Dennoch sollten wir sehen, was von haupt- und ehrenamtlichen Kräften in der Wohlfahrtsarbeit geleistet wird; wie viele Menschen sich da engagieren und daraus eine Lebensperspektive entwickeln, auch außerhalb des Verbandes. Das sollte auf jeden Fall unterstützt werden.

Wir sollten uns hier um Visionen bemühen, wo wir auch gemeinsam etwas tun können und nicht nur jeder in seinem Bereich tätig wird. Wenn uns hier nicht eine grundsätzliche Neuorientierung gelingt, werden wir erleben, daß noch mehr Menschen auf der Strecke bleiben, die keine Arbeit mehr haben oder deren familiäre Bindungen zerbrochen sind. Ich fürchte, dann wird der Ruf nach dem "starken Mann" eines Tages wieder stärker werden. Dies ist zweifellos ein mühsamer Prozeß, zumal der Finanzdruck, unter dem wir uns auch in der Kirche sehen, das Nachdenken nicht gerade erleichtert.

Wir sind dabei, in unseren Städten, Stadtteilen und Gemeinden Tätigkeitsprofile zu erarbeiten und uns auf die Dinge zu konzentrieren, die wir gut machen können. Dabei wehren wir uns gegen das Ansinnen von Seiten einiger Politiker, wir sollten schneller vorangehen und das Ganze zentralistischer organisieren. Diese Prozesse brauchen ihre Zeit. Aber wir stellen fest, wie viele Menschen sich in den Gemeinden plötzlich engagieren. Wir müssen ihnen nur mehr zutrauen und ihnen die Möglichkeit

eröffnen, ihre Erfahrungen aus anderen Bereichen mit einzubringen. Dabei sehen wir auch auf das, was in anderen Ländern gemacht wird - wie gesagt, in Holland, aber auch in den USA;- , wo man in manchen Dingen weiter ist als bei uns.

Dubiel

In der sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnostik gibt es in bezug auf unser Thema eine erstaunliche Übereinstimmung. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen sehen das Hauptproblem des gegenwärtigen Gesellschaftsvertrages darin, daß immer mehr Menschen aus sozialen Gründen aus dem demokratischen Kosmos ausgegliedert werden. Das Schlüsselwort für diesen in ganz Westeuropa sich vollziehenden Prozeß heißt "Exklusion". Jacques Chirac hat diesen Begriff auch schon zu einem zentralen Motiv seiner Regierungserklärung gemacht.

Was damit gemeint ist, kann man am besten an seinem Gegenbegriff, der "Inklusion", beschreiben. Ralf Dahrendorf hat die Zeit von 1955 bis 1975 einmal die Epoche der Inklusion genannt. Seinerzeit folgten alle westlichen Demokratien in ihrer Wirtschaftspolitik und ihrer Sozialpolitik einem quasi sozialdemokratischen Konsensus. Dies war eine Politik, die sich verpflichtet hatte, allen Bürgerinnen und Bürgern hinreichend ähnliche und faire soziale Lebensverhältnisse zu garantieren. Das ist heute nicht mehr der Fall. Wir erleben statt dessen einen geradezu explodierenden Reichtum auf der einen und eine stellenweise dramatische Armutsentwicklung auf der anderen Seite. Man kann diese Entwicklung bildhaft beobachten an der barocken Prachtentfaltung von Versicherungspalästen, Banken, Hotels und Shopping Malls, in deren Vorhallen sich des Nachts die Penner aufhalten.

Was ist in der sozialen Theorie ein Gesellschaftsvertrag? Für die Philosophie ist es eine Art fiktiver, nachträglicher Konstruktion, wie sich Bürger und Bürgerinnen vorstellen, wie vor Urzeiten ihr Gemeinwesen zustande gekommen ist. Man stellt sich vor, wie unsere Urväter - die Frauen lasse ich einmal aus, weil sie seinerzeit sicher nicht dabei gewesen wären - sich auf zwei Dinge einigten: Zum einen verständigen sie sich über die Bestände an gesellschaftlicher Solidarität und Gemeinschaftsverpflichtungen, auf die sie sich in Krisenzeiten verlassen können. Zugleich einigen sie sich über die institutionelle Gestalt ihres wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Diese beiden Ebenen der sozialen Integration und der technisch-ökonomischen Integration müssen aufeinander abgestimmt sein. Man kann sagen, daß ein Gesellschaftsvertrag nur dann gut funktioniert, wenn diese beiden Ebenen sinnvoll miteinander vermittelt sind.

Besonders in der Bundesrepublik sind wir bis heute verwöhnt von der historischen Erfahrung einer Zeit, in der diese beiden Ebenen des Gesellschaftsvertrages gut miteinander vermittelt waren. Unter den Bedingungen des sozialdemokratischen Konsensus konnten Kapital und Arbeit einen gemeinsamen Weg gehen. Einrichtungen wie die antizyklische Steuerung der Wirtschaft, der Ausbau des Sozialstaates, die Einbeziehung der Gewerkschaften in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung, die Stärkung des öffentlichen Sektors ergaben sich unmittelbar aus der Logik eines Gesellschaftsvertrages, in dem die soziale Integration der Gesellschaft und die Steuerung der Ökonomie im Rahmen eines einheitlichen politischen Instrumentariums besorgt werden konnten.

Heute müssen wir erleben, daß diese beiden Dimensionen des Gesellschaftsvertrages wieder auseinandergefallen sind. Wie die Gesellschaft zusammengehalten wird - ob zum Beispiel mit der Beschwörung nationaler Symbole oder dem Appell an demokratische Gemeinsamkeiten - oder wie der gesellschaftliche Reichtum und der soziale Reichtumsausgleich zu organisieren sind, das folgt jetzt wieder vollkommen anderen, einander widerstreitenden Logiken. Mit bloßen Appellen sind diese beiden Dimensionen nicht mehr zusammenzubringen. Aus einer national en Perspektive läßt sich der globale Kapitalismus nicht mehr steuern, und die mikroelektronische Form der Produktion vernichtet eher Arbeitsplätze, als daß es sie schafft. Ein System der sozialen Sicherung, das angekoppelt ist an das System der Erwerbsarbeit, gerät immer mehr in die Krise. Das sind die sattem bekannten Ursachen für das Dilemma, über das wir hier reden. Das Dilemma der zeitgenössischen Sozialdemokratie ist vollkommen unabhängig von der Schwäche ihrer Führung dadurch bedingt, daß beide Dimensionen nicht mehr selbstverständlich zusammenlaufen. Zwischen der Alternative einer sozusagen konservativen Sicherung der Besitzstände der Arbeitsplatzbesitzer und der "modernistischen" Förderung von Unternehmensinteressen scheint es nichts Drittes mehr zu geben.

Bäcker

Ich komme noch einmal auf den Aspekt der Globalisierung zurück und den Widerspruch zwischen einer global sich entwickelnden Ökonomie auf der einen Seite und einer nationalstaatlich begrenzten Souveränität auf vielen Gebieten staatlichen Handelns, insbesondere im sozialstaatlichen Bereich, auf der anderen Seite. Wogegen ich mich wende, ist die These, daß der Trend zur Globalisierung die

Bundesrepublik in eine unaufhaltsame Abwärtsspirale zieht und die Menschen bei uns sich mit ständig sinkendem Lebensstandard und einem Rückgang der Sozialniveaus abfinden müssen. Als Alternative wird dann eine weltweite Regulierung postuliert, von der wir alle wissen, daß es sie nicht geben wird.

Eine solche Diagnose müßte zwangsläufig ein flammendes Plädoyer für einen neuen Protektionismus, eine Abschottung vom Welthandel zur Folge haben, wenn nicht im deutschen, so doch zumindest im europäischen Rahmen.

Lassen Sie mich demgegenüber einige empirische Fakten anführen. Die These von Herrn Afheldt, Sozialstaaten wiesen per se eine geringere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf als Staaten mit reiner Marktwirtschaft, läßt sich so nicht halten, weil die Vergleichsmaßstäbe nicht stimmen. Daß Schwellenländer höhere Wachstumsraten haben als die Bundesrepublik, ist klar und wohl auch erwünscht. Wenn ein Land wie China versucht, Anschluß an Lebensstandards zu finden, die wir für uns als selbstverständlich reklamieren, dürften wir dies kaum als Bedrohung empfinden. Was aber die entwickelten OECD-Länder angeht, läßt sich keine positive Korrelation feststellen in der Weise: Je höher das sozialstaatliche Leistungsniveau je größer die Regelungsdichte, um so geringer die Wachstumsraten mit entsprechenden wirtschaftlichen Problemen. Ein Land wie Großbritannien beispielsweise hat es trotz Deregulierung nicht geschafft, eine höhere Produktivität und höhere Wachstumsraten zu erreichen als Deutschland. Auch Japan hat im Augenblick erhebliche Wachstumsprobleme. Ich warne also vor einseitigen Erklärungsversuchen.

Auch in dieser Diskussion wird nun immer so getan, als sei der Sozialstaat nur ein Belastungsfaktor. Natürlich kostet er etwas, und unstrittig ist auch, daß erst produziert werden muß, bevor etwas verteilt werden kann. Aber das Ganze ist keine Einbahnstraße. Der Sozialstaat ist, wie jede staatliche Infrastruktur überhaupt, seinerseits ein produktiver Beitrag zur Festigung der ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Sozialpolitik sichert nicht nur den sozialen Frieden, sondern sie ist in entwickelten Gesellschaften die unverzichtbare Voraussetzung, um ein hohes Maß an Arbeitsproduktivität zu erreichen. Dieser Faktor wird in Zukunft sogar noch wichtiger; denn der demographische Wandel führt dazu, daß wir zunehmend auf ein Potential älterer Erwerbspersonen werden zurückgreifen müssen, deren Qualifikation sichergestellt werden muß. Hier besteht also ein Wechselverhältnis, das wir nicht vernachlässigen sollten.

Wenn es heißt, das gegenwärtige System sei zu teuer, dann ist natürlich zu fragen, ob andere Systemvarianten, die hier nur ansatzweise skizziert worden sind; wirklich kostengünstiger sind. Denn ein bestimmtes Niveau sozialer Sicherung ist nicht kostenfrei zu haben, auch wenn es anders organisiert wird. Auch eine privatwirtschaftliche Vorsorge muß ja irgendwie bezahlt und dem gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum entnommen werden. Die Frage ist also nicht, ob ein anderes Organisationssystem kostengünstiger, sondern ob es effizienter ist. Herr Seehofer hat daraufhingewiesen, daß in den USA, die ein privatwirtschaftliches Gesundheitssystem haben - mit all den Mechanismen, die hier angepriesen werden;- , das Belastungsniveau der Volkswirtschaft deutlich höher ist. Gerade dort klagen vor allem die Großbetriebe darüber, daß die Produktion durch die Kosten, die sie für das Gesundheitssystem aufwenden, erheblich belastet und die Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt wird.

Herr Dettling plädiert für Bürgergeld und negative Einkommenssteuer als steuerfinanziertes System. Auch da fragt sich, ob das kostengünstiger wäre als das bestehende System der Sozialversicherung und Sozialhilfe. Das halte ich keineswegs für erwiesen. Des weiteren treten Sie dafür ein, den Leuten das Geld in die Hand zu geben, damit die sich die sozialen Dienstleistungen nach eigener Wahl selbst einkaufen können. Auch das ist mir zu pauschal. Das Marktmodell kann in bestimmten Fällen überhaupt nicht funktionieren. Wie soll ein älterer, pflegebedürftiger oder psychisch Kranker das handhaben? Und ob ein solches System preisgünstiger ist, müßte ebenfalls geprüft werden. Vielleicht ist ein Sachleistungssystem kostengünstiger und auch effizienter.

Unstrittig ist, daß der globale Wettbewerbsdruck sich erheblich verstärkt hat. Ich denke etwa an Sonntagsarbeit, die jetzt bei der Reifenfirma Pirelli eingeführt wird. Andere werden notgedrungen nachziehen - und am Ende steht keiner besser da. Was ich an dieser Debatte kritisiere, ist, daß die Wettbewerbsfähigkeit ausschließlich an den Arbeits- und Sozialkosten festgemacht wird. Dies ist aber nur ein Wettbewerbsfaktor neben einer Reihe anderer Dinge wie etwa die Produkt- und Verfahrensinnovation, die mindestens den gleichen Stellenwert haben. Nur stellen sich da für die Unternehmen sehr viel schwierigere Fragen, als bei der Debatte über Kostensenkung.

Des weiteren ist zu fragen: Wohin soll die ganze Kostensenkungsstrategie eigentlich führen? Sie wollen doch nicht ernsthaft annehmen, daß die industrielle Produktion mit Niedriglöhnen im Wettbewerb bestehen könnte. Löhne sind schließlich nicht nur ein Kosten-, sondern auch ein

Kaufkraftfaktor. Das heißt, hier besteht ein Wechselverhältnis. Ich sehe jedenfalls keine Alternative, als hohe Produktivität mit hohen Löhnen zu verbinden.

Die vordringliche Aufgabe ist in der Tat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Da wir es im industriellen Bereich nicht schaffen, das Arbeitsplatzangebot auszuweiten, brauchen wir einen expandierenden Dienstleistungsmarkt, um zumindest teilweise die Arbeitsplatzverluste in der Industrie zu kompensieren. Was können wir in der Bundesrepublik tun, um das zu erreichen? In der Hinsicht ist uns mit sozialem Pflichtdienst wenig geholfen. Natürlich haben wir angesichts der Fülle von sozialen Problemen einen großen Bedarf an Arbeitskräften in diesem Sektor. Aber die Antwort kann nicht sein, daß wir jüngere oder ältere Menschen - häufig gegen ihren Willen - verpflichten, soziale Dienste zu leisten. Es käme ja auch niemand auf die Idee, solche Leute beispielsweise als Fluglotsen einzusetzen. Ich möchte im Alter jedenfalls ungern von solchen Menschen versorgt und gepflegt werden.

Schönbohm

Zivildienstleistende sind nach dieser Definition auch nicht qualifiziert, und trotzdem werden sie mit Erfolg für solche Dienste eingesetzt.

Dettling

Gösta Esping-Andersen hat die drei Wohlfahrtsregime - Skandinavien, Amerika, Deutschland - miteinander verglichen. Seine These ist, daß all jene, die durch die Erwerbsarbeit sozial abgesichert sind, es in Deutschland wesentlich besser haben als anderswo. Diejenigen jedoch, die aus dem Erwerbssystem herausfallen, haben bei uns sehr viel geringere Chancen, wieder hineinzukommen, als das in Skandinavien und in den USA der Fall ist.

Ich frage mich, Herr Bäcker, ob Sie mit Ihrer Argumentation nicht die Diskriminierung einer neuen Klassengesellschaft in Kauf nehmen, indem wir den Sozialstaat in gewohnter Weise weiterhin ausbauen und konsolidieren - und die im Dunkeln sieht man nicht.

Korte

Sie haben gesagt, Herr Bäcker, erst müsse produziert werden, bevor man etwas ausgeben könne. Das ist aber nicht der Punkt. Vielmehr müssen zunächst Erträge erwirtschaftet werden; denn von Produktion und Umsatz können Sie noch nichts verteilen. Mit Ihrer Argumentation läßt sich die Globalisierung jedenfalls nicht bewältigen.

Seehofer

Die meisten Kosten hat sich doch die Wirtschaft selbst eingehandelt.

Korte

Je globaler das Wirtschaftssystem ist, um so geringer ist die Möglichkeit, die Erträge, die im Ausland erwirtschaftet werden, zu beeinflussen. Das geht nur auf der Kostenseite.

Bäcker

Diesen Aspekt der Globalisierung bestreite ich gar nicht und auch nicht die enormen Kapitalbewegungen, die den internationalen Warenhandel um ein Vielfaches übersteigen. Worum es mir geht, ist, daß wir die Argumentation nicht auf die Arbeits- und Sozialkosten verengen dürfen.

Und, Herr Dettling, daß es die Ausgrenzungsproblematik in Deutschland in besonderer Weise gibt - wem sagen Sie das? Ich würde allerdings hinzufügen, daß ich lieber in der Bundesrepublik mit dem Bundessozialhilfegesetz des Herrn Seehofer leben möchte, als in den USA, wo die geplante Reform der Sozialhilfe nach den Beschlüssen des Senats das Verhungern geradezu vorprogrammiert.

Aber die Frage ist in der Tat entscheidend, wie wir bei uns die Ausgrenzung überwinden. Doch wie anders soll dies geschehen als durch Integration in den Arbeitsmarkt? Welche anderen Alternativen bestehen denn? Natürlich dürfen wir uns nicht in die Tasche lügen; denn selbst unter optimistischen Annahmen werden wir bis über die Jahrtausendwende hinaus mit einem hohen Sockel an Arbeitslosigkeit leben müssen. Darauf müssen wir auch sozialpolitisch eine Antwort finden. Entsprechende Modelle liegen auf dem Tisch. Die Frage ist nur, wie Herr Dubiel gesagt hat: Gibt es dafür Wählermehrheiten? Oder befinden wir uns in einem Prozeß, in dem die Ausgrenzung

gewissermaßen als normal akzeptiert wird und es außerhalb der Vorstellungswelt der Wählermehrheit liegt, daran etwas zu ändern? Darauf weiß ich auch keine Antwort.

Afheldt

Machen Sie sich keine Illusionen in bezug auf die weltweite Konkurrenz. Wie von Hayek gesagt hat: Ein System, das nach mehreren Kriterien optimiert, optimiert nie optimal auf eines. Ich habe unsere Situation nicht verglichen mit Entwicklungsländern, sondern mit den USA, die ein stärkeres Wachstum haben als die Bundesrepublik. Gleichzeitig habe ich daraufhingewiesen, daß der Wohlstand in den USA sich auf eine Weise verteilt, die mit einem Sozialstaat absolut unvereinbar ist.

Wenn wir es jetzt auch bei uns darauf anlegen, den Wirtschaftsprozeß durch Deregulierung zu beschleunigen, dann hilft das zwar der Wirtschaft in ihrem Konkurrenzkampf, beschleunigt aber auch den Prozeß der Wohlstandsreduzierung. Weltweit können Sie den global players nicht entgegentreten. Wenn Sie diesen Prozeß verhindern wollen, bleibt Ihnen nur der Protektionismus. Darüber muß bei uns diskutiert werden - so wie dies in Frankreich getan wird. Wir dagegen würgen diese Debatte permanent ab, und zwar mit völlig unzulänglichen Argumenten. Darin sehe ich eine große Gefahr für unser Land.

Schunter-Kleemann

Gegenwärtig sind die europäischen Regierungen gerade dabei, die Rahmenbedingungen in einer Weise zu verändern, die es den "global players" noch besser erlaubt, global zu spielen. Damit aber werden die Grundfundamente jedes Sozialstaates erschüttert, der an den nationalen Grenzen haltmacht, selbst wenn die europäischen Behörden gar nicht in die nationalen Sozialpolitikfelder intervenieren. Heute hämmern die Medien täglich auf uns ein, daß wir der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen Opfer bringen müssen. Im übrigen wird die Debatte um den Wirtschaftsstandort nicht nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Staaten geführt. Es ist geradezu von einer Standorthysterie zu sprechen. Und die Fragen der Arbeitslosigkeit und der erodierenden sozialen Sicherungssysteme sind nicht nur ein deutsches Problem, sondern betreffen England, Frankreich, Spanien und andere Länder in gleicher Weise.

Mit der europäischen Integration, deren wichtigste Integrationsschritte in den letzten vierzig Jahren jeweils einer einseitigen ökonomischen Logik, der Deregulierung und Privatisierung, folgten, wurden Rahmenbedingungen geschaffen, die es jetzt außerordentlich schwer machen, das Rad wieder zurückzudrehen und Schutzdämme zu errichten, so daß die gegebenen sozialen Systeme nicht unterspült werden. Wenn das europäische Sozialstaatsmodell gerettet werden soll, werden wir aber nicht umhinkommen, die offene Flanke, die hier entstanden ist, durch gemeinschaftliche Regulierungen, zum Beispiel sozialpolitische Mindestnormen, wieder zu schließen. Angesichts der Blockadepolitik einiger konservativer Regierungen eine schwierige Aufgabe, aber eine der Zentralaufgaben, vor der die Gemeinschaft heute steht. Bereits jetzt zeigt sich, daß die Konvergenzkriterien, die für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion erfüllt werden müssen, die einzelnen europäischen Wohlfahrtsstaaten unter enormen Druck setzen. In vielen europäischen Staaten findet schon heute ein einschneidender Sozialabbau statt, um den Maastricht-Kriterien (Rückführung der Staatsverschuldung und der Neuverschuldung) gerecht zu werden.

Wenn Sie von Protektionismus sprechen, Herr Afheldt, denken Sie dabei an eine nationale Begrenzung, oder sehen sie dies eher in einem europäischen Rahmen? Darüber wäre schon zu diskutieren. Andererseits hat Herr Bäcker recht, wenn er sagt, den Gesellschaften gehe keineswegs die Arbeit aus. Wir brauchen uns ja nur den ökologischen Bereich mit den vielfältigsten drängenden Fragen der Erhaltung der natürlichen Umwelt anzuschauen; da gibt es für Privatindustrie, Forschung und öffentliche Hand immens viel zu tun. Notstände gibt es bei den Finanz- und Steuerverwaltungen, bei Polizei- und Betrugsdezernaten. Oder denken Sie an die Personalbedarfe im Bereich der Sozialdienste, bei Krippen und Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Altenpflegediensten. Da gibt es viele unerledigte Aufgaben und Personalnotstände, für die aber angeblich die Finanzmittel fehlen.

Dabei handelt es sich bei den europäischen Ländern, von denen wir sprechen, um die weltweit reichsten Länder. Und nicht unbedeutende Bevölkerungsgruppen dieser Länder erzielten in den letzten Jahre hohe Vermögens- und Spekulationsgewinne, ohne daß sie dafür zur Kasse gebeten werden. Hier brauchen wir neue Formen der Besteuerung, um diese Kapitalbewegungen zu erfassen, zu entschleunigen und zu verteuern. Darüber wird ja auch international heftig diskutiert, etwa über die Tobin-Steuer. Insofern gehören die Fragen der unkontrollierten Wirtschaftsmacht, der multinationalen Konzerne und Banken, der global players unbedingt in unseren Diskussionszusammenhang.

Radermacher

Der Skandal des unterbliebenen Lastenausgleichs, den Herr von Weizsäcker beklagt, macht eines deutlich, daß wir es nämlich bei unseren Problemen in großem Umfang mit einem Versagen des politischen Systems zu tun haben. Ich würde hinsichtlich der Wiedervereinigung sogar noch weitergehen und sagen, daß mindestens die Hälfte der in den Osten transferierten Gelder auf Konten im Westen gelandet ist, auf denen ohnehin schon große Summen plaziert waren. Darin sehen viele Leute den eigentlichen Skandal in der Finanzierung des Aufbaus in den neuen Bundesländern. Auch aus diesem Grunde findet der Appell zum Teilen nur eine begrenzte Resonanz.

Frau Schunter-Kleemann sagt zu Recht, daß es bei uns unendlich viel zu tun gibt, aber unser Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist, für diese Bedürfnisse bezahlte Arbeit zu mobilisieren. Ich meine, das liegt nicht zuletzt an unseren Finanzierungssystemen, in denen die Gelder in bestimmten Bereichen verschwinden und dann an anderen Stellen fehlen. Hier versagt das System, was der Bürger natürlich merkt, und er reagiert entsprechend darauf, indem er sich eben nicht engagiert.

Nun heißt es immer wieder, wir hätten in der Bundesrepublik aufgrund der demographischen Entwicklung zu wenig Kinder. Dabei haben wir nicht einmal genügend Arbeitsplätze für die wenigen Kinder, die da sind, und auch die über Fünfzigjährigen können wir am Arbeitsmarkt immer schwerer unterbringen. Auf der anderen Seite steigt die Zahl derer, die immer älter werden und zum Teil hohe Ansprüche an ihre Lebensqualität erfüllt sehen wollen, die aus einer Zeit stammen, als die "Füllhörner" noch gut gefüllt waren. Das hat aber mit der Demographie nichts zu tun.

Herr Korte fragte, ob sich mit den Rahmenbedingungen nicht auch die Menschen geändert haben. Sicher, das eine ist von dem anderen kaum zu trennen. Anfangs war unser Rentensystem ja durchaus nicht unvernünftig. Damals hatten wir es durchweg mit Familien zu tun, in denen die Männer das Geld verdienten und die Frauen sich um die Kinder und um die Eltern kümmerten. In der Regel gab es also ein Gehalt, von dem mehrere Menschen lebten. Während die Männer einer bezahlten Arbeit nachgingen, bestand die Arbeit der Frauen in der Haushalts- und Kinderversorgung und in der Betreuung der Eltern - und beide teilten sich gewissermaßen ein Gehalt. Das war eine recht stabile wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation.

Dann aber setzte ein Prozeß ein, der eine völlig neue Situation schuf. Immer mehr Ehepaare haben keine Kinder und kümmern sich auch nicht um die Eltern. Statt dessen gehen beide ihrem Beruf nach und verdienen zwei Gehälter, teilen mit niemandem und überlassen dem Staat die sozialen Aufgaben. Dadurch entsteht eine zunehmende Asymmetrie zu Lasten der Familien klassischen Typs, die sich immer stärker auswirkt. Hinzu kommt, daß die Menschen immer älter werden und der Bedarf an ärztlicher Versorgung sowie an Alters- und Pflegeheimen steigt.

Insofern hat Frau Metz-Gockel auch zu Recht das Verhältnis Mann/Frau angesprochen. Dadurch, daß jetzt Mann und Frau verdienen, müssen Tätigkeiten, die vorher von der Familie wahrgenommen wurden, nun durch bezahlte Kräfte geleistet werden - im Grunde findet hier eine wundersame Vermehrung von Gehältern statt, ohne daß sich die Wertschöpfung verändert hat. Denn die Kinder wurden vorher auch betreut und die alten Menschen auch gepflegt. Das heißt, den neuen Einkommen entspricht keine neue gesellschaftliche Wertschöpfung, und die begünstigten Personen sind übrigens auch selber nicht bereit, für die ausgelagerten Aufgaben im persönlichen Umfeld selbst in angemessenem Umfang zu bezahlen.

Trotz zweier Einkommen - statt bisher nur einem - käme niemand auf den Gedanken, von dem zusätzlichen Geld regulär für die in Anspruch genommenen Dienste zu zahlen, allenfalls in Form von 580-Mark-Verträgen. Die Folge ist, daß letztlich der Staat eintreten muß und Kindergartenplätze zur Verfügung stellen soll und nach Möglichkeit auch noch für die Betreuung der Kinder am Nachmittag zu sorgen hat. Das schafft zwar neue Arbeitsplätze, für die aber die Allgemeinheit die Kosten übernehmen soll; denn dazu sind die Mehrfachverdiener keinesfalls bereit. Das ist nicht anders bei den Kosten für Umweltbeauftragte, Frauenbeauftragte und so weiter.

Das funktionierte so lange, wie die besagten "Füllhörner" voll waren. Aber dies hat sich nun grundlegend geändert, und jetzt geraten wir in eine gefährliche Schere. Es gibt einen Riesenbedarf an mehr menschlicher Zuwendung. Dieser läßt sich aber nicht zu denselben finanziellen Konditionen entlohnen, wie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähige "produktive" Tätigkeiten. Menschliche Zuwendung gibt es in anderen Teilen der Welt, beispielsweise in Afrika, gewissermaßen zum Nulltarif. Bei uns hingegen soll man auch mit diesen Tätigkeiten richtig Geld verdienen können, welches aber nicht mehr vorhanden ist. Deshalb müssen wir über andere Lösungen nachdenken.

Wir haben es bei uns mit einem Berufssystem zu tun, das sich immer mehr ausdifferenziert und jegliche Tätigkeiten in eigenständige Berufsfelder verlagert hat, die außerordentlich kostenträchtig

sind, nicht viel anders als die teuersten High-Tech-Arbeitsplätze. Dies ist aber infolge der Globalisierung nicht länger finanzierbar, da niemand mehr von außen gezwungen werden kann, diese Zusatzkosten gesellschaftlicher Art bei uns zu finanzieren.

Wie könnten wir zu anderen Strukturen gelangen? Denkbar wäre, daß jeder Bürger dieses Landes Anrecht auf ein Bürgergeld hat, das allerdings niedrig wäre und aus Steuern zu finanzieren ist. Diesem Grundrecht stehen dann auf der anderen Seite Bürgerpflichten gegenüber, die beispielsweise in bestimmten Zeitbudgets liegen würden. Das heißt, jeder Bürger wäre verpflichtet, eine bestimmte Zeit für die nachwachsende und für die ältere Generation (in der Mehrzahl der Fälle in der eigenen Familie) zur Verfügung zu stehen, wovon man sich, wenn überhaupt, nur mit sehr viel Geld freikaufen kann.

Auf diese Weise würden wir eine andere Leistungsdifferenzierung erhalten. Auf der einen Seite hätten wir Tätigkeiten mit außerordentlich hoher Arbeitsbelastung, die sich auch nicht teilen lassen. Sie sichern die internationale Wettbewerbsfähigkeit in bestimmten Bereichen. Diese Art von Beruf erfordert die Bereitschaft, sich in diesen Positionen bis an die Grenzen des Aushaltbaren zu engagieren. Auf der anderen Seite gibt es Bereiche, wo sich die Arbeiten durchaus unter mehreren Personen aufteilen lassen. Dies gilt etwa für viele Stellen im öffentlichen Dienst.

Dann gibt es die gemeinschaftsorientierten Bereiche - soziale Netzwerke, Nachbarschaftshilfe und ähnliches. Diese könnten beispielsweise über steuerfreie Stiftungsmodelle finanziert werden. Hier ist viel zu tun, aber bei heutigen Preisen nicht zu finanzieren. Preiswerte Lösungen werden blockiert mit dem Argument, daß man sonst den anderen Menschen in diesen Arbeitssegmenten die voll finanzierte Arbeit wegnimmt, da wir systemimmanent nach Möglichkeit alle Aufgaben über ausdifferenzierte Berufsfelder regeln. Eben davon müssen wir wegkommen und eine Lösung finden, die Nachbarschaftshilfe erlaubt, nicht ehrenamtlich, aber sehr viel weniger hoch bezahlt als ein High-Tech-Arbeitsplatz.

Schließlich müssen wir in diesem Zusammenhang ebenso die Eigenarbeit, die jeder für sich zu Hause beziehungsweise in seinem Umfeld leistet, als Wertschöpfungsfaktor neu entdecken und auch ökonomisch wirksam werden lassen. Wer sich also um seine eigenen Kinder oder um ältere Familienangehörige kümmert, muß ökonomisch etwas davon haben. Das heißt insbesondere, daß er nicht schon vorab direkt oder indirekt dazu gezwungen werden darf, die entsprechenden öffentlichen Angebote zu finanzieren, um sie dann später nachzufragen, statt sie selber zu erledigen.

Das Bürgergeld könnte hierbei eine Basis sein, die man um weitere Dinge ergänzen kann. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder die Übernahme von Aufgaben in der Nachbarschaft sind dann keine unentgeltlichen Tätigkeiten mehr, sondern werden bezahlt, nicht mit 3000 oder 4000 DM, sondern für jedes Segment vielleicht mit einigen hundert DM.

Auf diese Weise könnten ganz neue Biographien entstehen, in denen die meisten Menschen nicht mehr ausschließlich in einem heutigen Berufsumfeld acht oder zehn Stunden am Tag arbeiten - und das auch nicht ihr ganzes Leben lang;-, sondern es würden gemischte Biographien entstehen mit Elementen von Eigenarbeit, Gemeinschaftsarbeiten und High-Tech-Tätigkeiten. Damit würde den einzelnen Wahlfreiheit eröffnet. Viele Leute streben nicht unbedingt das höchste materielle Niveau an, sondern finden ihren Lebenssinn ganz woanders. Solche Möglichkeiten gilt es auszuloten und in einen neuen Gesellschaftsvertrag hineinzunehmen.

Sengling

Herr Korte hat gesagt, das soziale Sicherungssystem habe sich in der Bundesrepublik nach 1945 erfolgreich entwickelt. Das ist sicher richtig, ist aber nur die eine Seite. Denn mit der Entwicklung des Sozialstaates ist gleichzeitig ein ganz zentrales Problem verbunden: Menschen, die die Dienste des Sozialstaates in Anspruch nehmen, werden gewissermaßen zu Objekten gemacht; ihre Lebenslagen werden verrechtlicht und verampelt. Wenn sämtliche Titel von Förderrichtlinien im Sozialbereich zusammengeschrieben würden, entstünde daraus leicht ein Buch von 300 oder 400 Seiten. An dieser Entwicklung sind der Staat mit seiner Verwaltung und auch die Sozialanbieter gleichermaßen beteiligt. Das hat zur Folge, daß die Menschen, die damit konfrontiert sind, jede Eigeninitiative abstellen und statt dessen in eine reine Anspruchs- und Erwartungshaltung verfallen. Der Mensch als ein ganzheitliches Wesen gerät dabei aus dem Blick.

Herr Radermacher hat die berufliche Aufgliederung in unserer Gesellschaft angesprochen. Ich will Ihnen in dem Zusammenhang nur einmal vorlesen, welche Beratungsdienste es in einer Stadt wie Münster heute gibt, und dann mögen Sie selbst entscheiden, ob dies noch dem Menschen dient oder

die Probleme geradezu atomisiert und dadurch der Individualisierung in unserer Gesellschaft weiter Vorschub leistet.

So haben wir in Münster folgende Beratungsstellen institutionalisiert: Lebensberatung, Erziehungsberatung, schulpyschologische Beratung, Suchtberatung, Drogenberatung, Scheidungsberatung, Beratung bei Mißhandlung, Behindertenberatung, Schuldnerberatung, Mieterberatung, Mütterberatung, Schwangerschaftsberatung, Eingliederungsberatung für alle möglichen Lebenslagen. Diese neue Unübersichtlichkeit versucht man jetzt kommunal in den Griff zu bekommen, indem seitens der Stadt eine Bürgerberatungsstelle eingerichtet wurde, die die Bürger berät, wo sie beraten werden können.

Was sich hinter dieser sicherlich erheiternden Aufzählung verbirgt, ist ein zentrales Problem unserer Gesellschaft. Wie gelingt uns ein Paradigmenwechsel, der sowohl im Sinne der Menschen als auch volkswirtschaftlich notwendig ist. Wie steht es um den Aufbau von sozialen Netzwerken, von denen Herr Dettling und Herr Jann gesprochen haben?

Ich will Ihnen dazu ein konkretes Beispiel aus Münster nennen. Dort kommt ein blindes Sintikind ins schulpflichtige Alter, und eine der bestehenden Richtlinien sieht vor, daß dieses Kind auf ein Internat nach Soest gehört. Die Eltern wünschen dies nicht; es gibt eine Münsteraner Grundschule, die bereit ist - im Einverständnis mit der dortigen Elternschaft;- das Kind aufzunehmen. Dies wurde seitens der Behörde zunächst abgelehnt und statt dessen angeregt, daß auch die Eltern nach Soest umziehen. Dagegen erhebt der mir befreundete Stadtdirektor Einspruch- und schlägt vor, die besagte Grundschule in Münster technisch so auszustatten, daß das Kind dort unterrichtet werden kann - was wesentlich kostengünstiger und auch sinnvoller für alle Beteiligten ist. Gott sei Dank konnte er sich letztendlich durchsetzen. Ich könnte Ihnen viele solcher Beispiele nennen.

Mir geht es primär nicht um Einsparungen, sondern darum, was die Menschen eigentlich wollen, und das ist in vielen Fällen eben gar nicht die teuerste Lösung.

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband verzeichnete in den vergangenen 15 Jahren einen Zuwachs von circa 4500 Mitgliedsorganisationen. Das sind größtenteils kleine lokale Initiativen von Menschen, die sich Gedanken darüber gemacht haben, wie sie Probleme in eigener Regie lösen können und nicht von außen gesteuert werden. Da liegen ungeheure Potentiale und Ressourcen bereit, die wir noch gar nicht entdeckt haben, weil wir immer nur das abstrakte allgemeine Sicherungssystem vor Augen haben.

Hier brauchen wir einen neuen Denkansatz, der sowohl stärker auf die Menschen abstellt, als auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten in unserer Gesellschaft berücksichtigt. Diese Einsicht den Politikern, den Verwaltungen und auch den professionellen Organisationen zu vermitteln, bereitet ungeheure Schwierigkeiten.

Wir haben beispielsweise in einem Stadtteil in Münster einen Bewohnertreff eingerichtet. Sofort kamen die professionellen Betreuer, um alles zu organisieren - von Kaffeekochen bis zur musikalischen Unterhaltung. Wir haben dem sofort Einhalt geboten und gesagt: Entweder die Menschen dort füllen die Einrichtung selbst mit Leben, oder es funktioniert eben nicht. Aber es ist völlig unsinnig, dies in die Obhut von Professionellen zu geben. Die Leute erhalten eine finanzielle Starthilfe, und dann müssen sie selber sehen, wie sie zurechtkommen wollen.

Ich plädiere also nicht für einen Abbau des Sozialstaates, sondern für einen Umbau im Sinne eines Paradigmenwechsels, wie ich ihn angedeutet habe. Vielleicht können wir damit auch Einsparungen erreichen. Aber entscheidend ist, daß wir von der Verampelung und Verrechtlichung und den 300 bis 400 Seiten Förderrichtlinien wegkommen, die es für den Sozialbereich gibt.

Becker

Diese Beratungssucht, die Herr Sengling erwähnt, ist ja geradezu zu einer Freizeitbeschäftigung in Deutschland geworden. Die Effizienz solcher Einrichtungen hat nie jemand untersucht. Meist entstehen sie aus privaten Initiativen mit dem Bestreben, daraus möglichst schnell Planstellen zu machen, die dann von der öffentlichen Hand finanziert werden. Hier sollte man als Kommunalpolitiker äußerste Vorsicht walten lassen, so sehr ich solche privaten Initiativen an sich begrüße.

Ich will noch einen anderen Aspekt erwähnen, um deutlich zu machen, wie sehr der Sozialstaat in vielen Fällen den besonderen Bedürfnissen des Mittelstandes dient. So glaubt man gar nicht, wie lange Rentner in einem Schwimmbad zu ermäßigten Preisen heiß duschen können. Und jeder Versuch, dafür leistungsgerechte Entgelte zu verlangen, stößt auf äußersten Widerstand. Deshalb habe ich sehr viel Sympathie für den Vorschlag von Herrn Dettling, Geld in die Hände der Nachfrager

zu geben. Das ist keine Frage von Systemveränderung, sondern eine Verlagerung des Wettbewerbsdrucks auf die kleineren Einheiten.

Wir haben in Pforzheim die Kindergartenbeiträge jetzt einkommensabhängig gestaltet, in fünf Stufen. Ein Kindergartenplatz kostet die Gemeinde etwa 1200 DM im Monat; erwirtschaftet werden aber 90, 120, 180 DM. Das hat dazu geführt, daß ausgerechnet diejenigen, die über hohe Einkommen verfügen, ihre Kinder aus den städtischen Kindertagesstätten abmelden. Der Grund ist schwer auszumachen, da es keine Qualitätskontrolle gibt.

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Wie wir zunehmend feststellen, wird die Pflegeversicherung von Angehörigen in Anspruch genommen, die sich auf diese Weise ein ergänzendes Einkommen beschaffen. Dies führt in vielen Fällen dazu, daß die alten Menschen weitgehend allein gelassen werden; denn eine Überprüfung der Versorgungsqualität findet nicht statt.

Solche Beispiele zeigen, es ist keineswegs sicher, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, wenn wir das Geld den Betroffenen selbst in die Hand geben. Denn wir wissen nicht, wie sich dadurch die Qualitätsstandards entwickeln werden. Dies einfach dem privaten Spiel der Kräfte zu überlassen, ist ein enorm schwieriges Thema.

Wie steht es um die Zielsetzung, bei uns die Vollbeschäftigung wiederherzustellen, wie Herr Schneider fordert? Ich glaube nicht, daß dies möglich ist. Wir brauchen 1,6 Prozent Wirtschaftswachstum, nur um die Zahl der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik konstant zu halten. Ein Prozent Wachstum darüber hinaus schafft etwa 115.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Wir haben aber an die sechs Millionen Arbeitslose - vier Millionen sind offiziell registriert; circa zwei Millionen sind in Beschäftigungsbrücken auf Zeit untergebracht. Sie können sich selbst ausrechnen, wie erfolgversprechend der Versuch ist, Vollbeschäftigung zu erreichen.

In Pforzheim leben etwa 10.000 Aussiedler, die aus osteuropäischen Ländern zu uns gekommen sind, meist aus ländlichen Gebieten. Diese Menschen, zumal die älteren, haben in unserem System keine Chance mehr. Da hilft auch keine Qualifizierung.

Hier müßte der Arbeitsmarkt neu organisiert werden; denn der Marktwert von Tätigkeiten, die solche Menschen ausüben könnten, liegt unterhalb des Sozialhilfeniveaus. Die Sozialhilfe müßte dann zusätzliche Einkommenstransfers leisten. Wir haben jetzt ein Projekt laufen, bei dem wir von den 7000 Sozialhilfeempfängern zunächst 700 herausgesucht haben, von denen wir meinen, daß sie arbeitsfähig sind. Von diesen erhielten 100 eine Einladung, der 60 gefolgt sind, von denen wiederum 40 bis 50 an private Arbeitgeber vermittelt sind. Das heißt, sie arbeiten nicht bei der öffentlichen Hand.

Die Rückholung der einfachen Arbeiten ist eines der großen unbewältigten Probleme unserer Sozialpolitik. Dazu gibt es bisher weder von den Kirchen noch von den Gewerkschaften, noch von den politischen Parteien, auch von der SPD nicht, weiterführende Vorschläge. Diese Ausgrenzungen von immer mehr Menschen bereitet uns aus meiner Sicht die meisten Sorgen.

Solidarität haben wir bislang immer so definiert, daß der Starke dem Schwachen hilft. Aber der Schwache, der zu einer eigenen Leistung fähig ist, muß auch selbst seinen Beitrag leisten. Nichts hilft dem einzelnen mehr, als wenn er einer geregelten Beschäftigung nachgeht und abends weiß, was er am Tage getan hat. Die Reform, die Herr Seehofer plant, geht ja gegenüber der aktuellen Gesetzeslage sogar einen Schritt zurück. Bisher können wir um 30 Prozent kürzen, künftig nur um 25 Prozent, bezogen auf den Regelsatz des Haushaltsvorstandes. Heute erhält eine Familie mit vier Kindern umgerechnet netto 4150 DM monatlich an Sozialhilfe; das entspricht einem Bruttoeinkommen von 6500 DM, das normalerweise nur für eine sehr qualifizierte Arbeit gezahlt wird. Hier von Armut zu sprechen und die Zahl der Kinder als Beleg anzuführen, ist völlig falsch. Vielmehr zeigt sich da, wie effizient unser Sozialhilfesystem ist.

Ich meine also - und darin unterstütze ich Herrn Seehofer-, daß auf Menschen auch ein gewisser Zwang ausgeübt werden muß, der sehr heilsam sein kann. Ich bin ehrenamtlich Vorsitzender einer großen sozialen Einrichtung. Wenn ich über den Marktplatz gehe, fällt mir hin und wieder ein Mensch um den Hals, dem ich eine gemeinnützige Beschäftigung vermittelt habe, ein vormalig Alkoholkranker beispielsweise, der dankbar ist, daß ich einen gewissen Druck auf ihn ausgeübt habe. Auch die Kirchen oder die Gewerkschaften könnten in dieser Hinsicht dazu beitragen, manche Menschen zu ihrem Glück zu zwingen.

Schreiner

Soweit ich die Zahlen kenne, Herr Becker, liegt die Beschäftigungsschwelle sogar noch höher, nicht bei 1,6 Prozent, sondern bei zwei Prozent Wachstum. Das heißt, positive Beschäftigungseffekte treten

erst ein, wenn das Wirtschaftswachstum zwei Prozent übersteigt. Jedes Prozent darüber dürfte für Gesamtdeutschland wiederum circa 150.000 Arbeitsplätze bringen. Es ist also völlig richtig, daß wir das Problem der Massenarbeitslosigkeit über die Wachstumsprozesse auch nicht annähernd in den Griff bekommen werden.

Was das Lohnabstandsgebot angeht, komme ich auf eine Expertise der Bundesregierung aus dem Jahre 1994 zurück, in der es hieß, das Lohnabstandsgebot zwischen Sozialhilfe und den unteren Tarifeinkommen sei sehr wohl gewahrt mit einer Ausnahme: bei Mehrkindfamilien. Dazu wurde angeführt, der Grund sei nicht, daß Mehrkindfamilien zuviel an Sozialhilfe erhielten, sondern daß es bei Arbeiterfamilien an einem funktionierenden Familienlastenausgleich mangle. Herr Seehofer hat ja zu Recht darauf hingewiesen, daß die Dynamisierung in allen Bereichen stattgefunden hat, außer in der Familienhilfe. Dieses Defizit hat jedoch mit dem fehlenden Lohnabstandsgebot nichts zu tun.

Hier wurde nun verschiedentlich die Frage der Globalisierung angesprochen. Ich meine, die zentrale Frage für die Sozialpolitik ist, ob und inwieweit die deutschen Direktinvestitionen ins Ausland, also die entsprechenden Kapitaltransaktionen, wesentlich darauf zurückzuführen sind, daß der Faktor Arbeit bei uns zu teuer geworden ist. Etliche Untersuchungen, die ich kenne, bezweifeln diesen Zusammenhang und kommen zu dem Ergebnis, daß die Mobilität des kurzfristig anlagesuchenden Finanzkapitals zwar enorm gewachsen ist - die deutsche Realkapitalbildung im Ausland hat sich zwischen 1987 und 1991 verdoppelt - aber fast ausschließlich im EU-Bereich, seit 1990 kontinuierlich wachsend in den MOE-Ländern und auf sehr niedrigem Niveau in den ostasiatischen Schwellenländern. Aus dieser Aufteilung läßt sich keineswegs der Schluß ziehen, die Kapitalverlagerung sei primär kosteninduziert.

Hinzuweisen ist auch auf die Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, wonach beim Export von Realkapital ins Ausland nicht die Kostenseite, sondern Markterschließung und Marktsicherung die eigentlichen Motive sind. Wenn das so stimmen würde, wären wir Sozialpolitiker in diesem Punkt den "Schwarzen Peter" wieder los. Mich würde interessieren, wie das in diesem Kreis gesehen wird.

Sie kennen sicher auch die sogenannte Mühlsteintheorie, die besagt, die deutsche Wirtschaft sei zwischen zwei Mühlsteinen geraten: Auf der einen Seite sorgen die Billiglohnländer dafür, daß arbeitsintensive Produktionen bei uns nicht mehr kostendeckend hergestellt werden können, es hier also in wachsendem Maße entweder zu Produktionsverlagerungen oder Produktionsvernichtungen kommt durch stärkere Importe nach Deutschland, und auf der anderen Seite verlieren wir im Bereich der Hochtechnologien immer mehr den Anschluß an Japan und die USA.

Auch diese Theorie hat sich, soweit mir bekannt ist, nirgendwo bestätigt. Vielmehr wurde das, was wir an arbeitsintensiven Produktionen im unteren Segment verloren haben, durch technologieintensivere Tätigkeiten kompensiert, ein Bereich, in dem wir auf dem Weltmarkt eher dazugewonnen als verloren haben.

Aber ein anderer Punkt ist mir aus sozialpolitischer Sicht wichtig: Welchen Beitrag kann die Sozialpolitik leisten, um die notwendigen Qualifikationen in Deutschland bereitzustellen? Hier ist natürlich nicht nur der Staat gefordert, sondern ebenso die Unternehmen. Zu dieser Schlußfolgerung gelangt auch der amerikanische Arbeitsminister Reich in seinem schon zitierten Buch: die Qualifizierung der Arbeitnehmer als ein wichtiges Element, das national gesteuert werden kann.

Bei der Globalisierung geht es aber nicht nur um Produktionsstandorte und Absatzmärkte, sondern, worauf Herr Afheldt in seinem Buch "Wohlstand für niemand?" hinweist, inzwischen ist auch die Globalisierung der Arbeitsmärkte ein drängendes Thema geworden, wofür das Freizügigkeitsgebot im EU-Bereich ein Indiz ist.

Um ein Beispiel zu konstruieren: Wenn ein Deutscher in Lissabon eine Baufirma gründet und dafür Portugiesen einstellt, die für einen Stundenlohn von drei DM arbeiten, und mit denen in Deutschland Bauaufträge ausführt, dann ist das legal, und niemand fragt nach den katastrophalen Bedingungen, unter denen die Leute während dieser Zeit hier leben müssen. Die Verdrängungseffekte von einheimischen Arbeitskräften aufgrund solcher Lohndumpingprozesse sind bereits heute enorm spürbar. Diese Verdrängungsprozesse zeigen sich übrigens nicht nur im Baugewerbe, sondern auch in anderen Branchen: der Metallindustrie, des Transport- und Müllgewerbes sowie im Dienstleistungsbereich.

Insofern stimme ich Herrn Afheldt zu, daß wir auf der europäischen Ebene soziale und ökologische Rahmenbedingungen brauchen, um die Marktprozesse zu steuern und die Wettbewerbsgleichheit in Europa wiederherzustellen. Andernfalls würde der europäische Einigungsgedanke bei der Arbeitnehmerschaft zunehmend diskreditiert und die Gefahr einer Renationalisierung ins Haus stehen.

Das heißt, hier geht es um Wirkungen und Zusammenhänge, die über die Probleme des Arbeitsmarktes weit hinausgehen.

Schneider

Die Diskreditierung der hohen Sozialkosten im Zusammenhang mit der deutschen Einheit ist nicht zuletzt durch die Art und Weise zu erklären, wie die Treuhandanstalt die Privatisierung im Osten betrieben und die Kosten auf die Arbeitslosenversicherung abgewälzt hat, ohne jemals Rechenschaft für ihr Treiben ablegen zu müssen. Ein wirtschaftlicher Umbau, wie er da betrieben wurde, sucht in der Tat seinesgleichen und ist zweifellos eine der Ursachen für die negative Einstellung der Menschen in Ostdeutschland. Dadurch, daß man der Privatisierung jeden Vorrang vor einer Sanierung gegeben hat, sind Kosten entstanden, die die sozialen Sicherungssysteme und nicht zuletzt die Arbeitslosenversicherung tragen müssen. Aber die Treuhand scheint sich ja inzwischen zu einem Tabuthema entwickelt zu haben.

Ein anderes Thema, das mir am Herzen liegt, ist der Vorschlag von Herrn Dettling, das Geld in die Hände der Nachfrager sozialer Dienstleistungen zu legen. Das hätte zur Konsequenz, daß die Wohlfahrtsindustrie - die Wohlfahrtsverbände - Abschied nehmen müssen von der "institutionellen Geiselnahme" der sozialstaatlichen Mittel, deren Verteilung ihrer Verfügung unterliegt. Ich meine in der Tat, daß die Position derjenigen gestärkt werden muß, die soziale Dienstleistungen nachfragen - das gilt übrigens selbst bei Drogenabhängigen;-), um den effizienten Einsatz dieser Mittel zu erhöhen. Die Wohlfahrtsverbände und die sozialen Einrichtungen sind ja im Grunde nachgebildete staatliche Institutionen, weil sie aufgrund der staatlichen Finanzierung gezwungen sind, sich auch entsprechende bürokratische Strukturen zuzulegen, damit beispielsweise Doppelfinanzierung - das Trauma jedes Sachbearbeiters - verhindert werden kann.

Eine Strukturveränderung bei der Mittelvergabe hätte natürlich zur Folge, daß sich auch die Finanzierungsstruktur der Wohlfahrtsverbände ändern müßte. Wie steht es denn um eine Kosten- und Erfolgskontrolle, wenn beispielsweise ein Kindergarten in freier gemeinnütziger Trägerschaft mit einem kommerziell betriebenen verglichen werden soll? Ist ein kommerzieller Anbieter von sozialen Dienstleistungen nicht flexibler und besser als die Wohlfahrtsverbände, die durch das Gemeinnützigkeitsrecht in wirtschaftlicher Hinsicht halb abgewürgt werden?

In Nordrhein-Westfalen betreibt der Staat eine Leiharbeitsfirma für Langzeitarbeitslose; Frau Jepsen erwähnte außerdem das Beispiel einer Leihfirma, die Arbeitslose im kirchlichen Bereich ausleihen, wo sie sich von einer holländischen Firma beraten lassen. Überhaupt ist damit zu rechnen, daß neben den traditionellen deutschen Sozialanbietern zukünftig europäische Anbieter auftreten werden, weil es beispielsweise kostengünstiger ist, wenn ein portugiesisches Unternehmen portugiesische Pflegerinnen einstellt, als wenn eine deutsche Firma die Portugiesinnen anwirbt.

Von daher könnten sich die sozialen Dienstleistungsmärkte grundlegend verändern. Darüber wird bisher kaum diskutiert, obwohl durch den europäischen Sozialfonds bei bestimmten Projekten bereits eine Kofinanzierung stattfindet. Insofern gibt es schon ein überregionales Steuerungsinstrument, das auf einen Ausgleich zwischen den Regionen in Europa hinwirkt. Allerdings orientiert sich dieses System an der französischen Planification, was mit dem deutschen Haushaltsrecht nicht in Einklang zu bringen ist. In der Abstimmung zwischen europäischer und nationaler Finanzierung entstehen sehr viele Unstimmigkeiten. Aber die europäische Finanzierung und die der Strukturfonds setzen sich gegenüber der nationalen Finanzierung durch.

Korte

Als Quintessenz des bisherigen Gesprächs halte ich zunächst einmal fest, daß nicht nur ein erheblicher Diskussionsbedarf bei unserem Thema besteht, sondern auch ein Handlungs- und Gestaltungsbedarf für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre. Dabei kann es sicherlich nicht nur darum gehen, die programmatisch-theoretischen Ziele aus den fünfziger Jahren einfach fortzuschreiben. Über die Gründe haben wir gesprochen. Jetzt sollten wir uns vielleicht stärker damit beschäftigen, wie eine Neuorientierung denn praktisch aussehen könnte.

Zunächst möchte ich Herrn Schönbohm bitten, auf seine Bemerkung zurückzukommen: Wenn man heute ein Sozialversicherungssystem oder einen Sozialstaat neu organisieren würde, würde man dies nicht mit den programmatisch-theoretischen Zielen und den Instrumenten tun, die im vorigen Jahrhundert entwickelt wurden.

Seehofer

Bei der Pflegeversicherung haben wir es getan.

Korte

Wie sollten wir uns das vorstellen? Anschließend würde ich Herrn Picht bitten, der die Debatte in Deutschland zum Teil von Frankreich aus verfolgt, wie sich ihm die Dinge darstellen. Was müssen wir inhaltlich verändern, um die nächsten Jahrzehnte bewältigen zu können?

Schönbohm

Wahrscheinlich bedarf es gar keiner Revolution im Sozialbereich, obwohl einiges grundlegend anders eingerichtet werden müßte. So hat man sich vor hundert Jahren, als der Sozialstaat geschaffen wurde, sicherlich überhaupt nicht vorstellen können, daß das Wohlstandsniveau der breiten Bevölkerung derart ansteigen würde, wie wir das in den letzten zwanzig, dreißig Jahren erlebt haben.

Ich denke, man würde die sozialen Sicherungssysteme ähnlich wie damals organisieren und zum Schutz gegen existentielle Risiken wie Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit einsetzen. Dabei würde man jedoch das Leistungsniveau erheblich niedriger ansetzen, vielleicht um 30 bis 50 Prozent - gemessen an den heutigen Standards;- , und dafür von den einzelnen verlangen, sich stärker selbst abzusichern - entweder über Zusatzversicherung oder über eigenes Vermögen;- , insbesondere im Hinblick auf bestimmte Standards, die er im Alter oder bei einem Krankenhausaufenthalt in Anspruch nehmen möchte.

Ich meine also, daß man für alle eine staatliche Grundsicherung vornehmen würde und dem einzelnen ungleich mehr Verantwortung, aber auch die Freiheit ließe, sich nach eigenen Vorstellungen abzusichern.

Mein nächster Punkt betrifft die Anbindung der Sozialleistungen an die Erwerbstätigkeit. Ich gehe davon aus, daß wir weiterhin mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit rechnen müssen, begleitet von wechselnden Ein-, Aus- und Umstiegen, so bedauerlich dies für die Betroffenen ist. Verschiedene Gründe dafür sind erwähnt worden. Nicht zuletzt sind die Qualifikationsansprüche an die Menschen, die im Arbeitsprozeß stehen, erheblich gestiegen, und sie werden weiter steigen mit der Folge, daß eine bestimmte Anzahl Menschen einfach nicht mehr mitkommen und da auch Weiterqualifizierungsmaßnahmen nicht viel helfen können.

Mag sein, daß unsere Wirtschaft effizient genug sein wird, so daß wir diese Menschen auf Dauer alimentieren können. Doch die grundsätzliche Frage ist, ob wir dies eigentlich tun sollten, ohne von ihnen irgendeine Gegenleistung zu verlangen. Dabei denke ich nicht an Erwerbsarbeit, sondern an andere Tätigkeitsarten, obwohl das sicher ein sehr strittiges Thema ist. Aber diesen Menschen überhaupt kein Angebot zu machen und keine Gegenleistung von ihnen zu verlangen, erscheint mir höchst problematisch.

In dem Zusammenhang frage ich mich mitunter sowieso - und das ist jetzt keineswegs zynisch gemeint: Warum ist Arbeitslosigkeit eigentlich ein so schreckliches Schicksal, wenn die finanzielle Seite halbwegs stimmt? Niemand soll mir erzählen, daß einer geregelter Erwerbsarbeit nachzugehen, ausschließlich vergnüglich ist. Warum ist diese Gesellschaft so darauf fixiert, daß nur die Erwerbstätigkeit als Ausweis für einen normalen, anständigen Menschen gilt? Wenn dem einzelnen der Zwang zur Erwerbstätigkeit als Halt fehlt, bricht offensichtlich alles zusammen. Er selbst kommt sich minderwertig vor, und sein soziales Umfeld signalisiert ebenfalls, daß er ein Mensch zweiter Klasse ist. Wieso sind die Menschen unfähig, mit ihrer freien Zeit etwas Sinnvolles anzufangen - vorausgesetzt, daß sie finanziell in etwa über die Runden kommen? Ich kenne so viele Vorruheständler, die es keineswegs bedauern, diesen Zustand erreicht zu haben, die im Gegenteil heilfroh darüber sind und sich nun endlich um einige Dinge kümmern können, die sie während ihrer Berufszeit nicht machen konnten.

Das heißt, wir werden in der Tat über den Begriff der Arbeit intensiv nachdenken müssen. In dem Zusammenhang muß auch überlegt werden, wie Familienarbeit, ehrenamtliche Arbeit, versicherungsfremde Leistungen generell, viel stärker in das System der sozialen Sicherung einzubeziehen sind. Das geht natürlich nur über eine Steuerfinanzierung. Überall wird darüber geklagt, daß das ehrenamtliche Engagement ständig zurückgeht - ob in Vereinen, Gewerkschaften oder in politischen Parteien. Könnte es da für die Gesellschaft unter ökonomischen wie unter sozialen Gesichtspunkten nicht sinnvoll sein, diejenigen, die solche Tätigkeiten übernehmen - ob nun neben ihrer Erwerbsarbeit oder als Alternative - entsprechend zu belohnen? Denn ich glaube nicht, daß Appelle an Gemeinnutz und Gemeinwohl allein ausreichen.

Herr Dettling hat die kleinen sozialen Netze erwähnt und dann vorgeschlagen, Geld in die Hände derjenigen zu geben, die soziale Dienste nachfragen. Ich stimme ihm uneingeschränkt zu, weil ich davon überzeugt bin, daß dadurch erhebliche positive Steuerungseffekte ausgelöst würden, die auch in anderen Bereichen wirksam werden könnten, im Bildungssystem etwa. So etwas dürfte allerdings in einem etablierten System nur sehr schwer zu realisieren sein. Aber Sie fragten ja, Herr Korte, wie ich mir ein völlig neues System vorstellen würde.

Ich habe allerdings mitunter den Eindruck - und so weit kenne ich dieses Geschäft auch;- , daß Politiker und Beamte häufig das Protestgeschrei, das in der Gesellschaft gegen bestimmte Veränderungen angestimmt wird, wobei es vornehmlich um die Wahrung eigener Interessen geht, überschätzen und allzusehr für bare Münze nehmen. Sie glauben, dies sei die Meinung der Bevölkerung oder auch nur der Menschen, die dieser oder jener Verband vertritt. Das ist sicherlich falsch. Denn meine Erfahrung ist, daß die Menschen viel vernünftiger, einsichtiger und auf notwendige Veränderungen ansprechbarer sind, als man gemeinhin annimmt. Hier würde Mut zu Entscheidungen mitunter viel mehr belohnt werden, als man das zumindest vordergründig annimmt.

Picht

Ich will die europäische Perspektive hier in dreifacher Form einbringen. Erstens im Vergleich mit anderen europäischen Ländern; zweitens: Kann es eine europäische Sozialpolitik geben? und drittens konkrete Vorschläge zu einem Bereich machen, der hier noch gar nicht angesprochen wurde.

Erstens: Vergleich mit anderen Ländern. Was auch in dieser Diskussion auffällt, ist, daß Sozialpolitik in besonderem Maße und aus gutem Grund nationale Politik ist. Sie ist einer der großen Bereiche, der den Nationalstaat konstituiert und zusammenhält sowie nationale Legitimation schafft. Deshalb wird Sozialpolitik meist auch ganz zentriert auf die eigene Nation diskutiert. Das tun nicht nur die Deutschen, sondern die anderen genauso. Man sieht die eigene Nation und die Abgründe globaler Gefährdungen, aber das europäische Umfeld erkennt man nicht so deutlich.

Wenn man das europäische Umfeld betrachtet, dann sind wir durch den Binnenmarkt und die engen Verflechtungen innerhalb Westeuropas in dieser Problematik mit unseren Partnerländern unmittelbar verbunden. Stabilitätsprobleme, wie sie in Frankreich, in Italien, in Spanien auftreten, schlagen direkt auf Deutschland durch.

Das geschieht einmal beim Thema Währungsunion. So wird in Frankreich gegenwärtig immer fraglicher, ob eine Regierung, die unter sozialpolitischem Druck steht, die Kriterien von Maastricht zur Währungsunion einhalten kann. Da sehen Sie, wie weit unsere eigenen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten von der Lösung europäischer Sozialprobleme abhängen.

Zweitens erwähne ich die Migrationsproblematik. Es ist unsinnig, die Statistiken nur daraufhin anzusehen, ob es Deutsche gibt, die arm sind, sondern worauf es ankommt, ist: Wie sieht es in dieser Bevölkerung, die in Deutschland lebt, insgesamt aus? Und darüber zu spekulieren, daß aufgrund der demographischen Entwicklung irgendwann im Jahre 2010 wieder genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, mag für deutsche Staatsbürger zutreffen, für die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung infolge Migration aber nicht.

Drittens die Lokalisierung von Unternehmen. Herr Schreiner sagte, es gäbe kaum Beispiele, daß Unternehmen ihre Produktion aus Kostengründen in andere Länder verlegen. Ich will nicht die deutschen Großunternehmen des mittleren Neckars aufzählen, die eben dies ganz massiv tun. Die Delokalisierungsentwicklung im Binnenmarkt hat gerade erst begonnen. In diesem Binnenmarkt gibt es eine massive Standortkonkurrenz, für die das Thema Sozialpolitik in den anderen Ländern höchst relevant ist.

Die Seehofersche Vorstellung, eigentlich sei die Welt ganz in Ordnung, stimmt beim Blick auf andere Länder überhaupt nicht. In Frankreich beträgt die Jugendarbeitslosigkeit 24 Prozent bei 12 Prozent struktureller Arbeitslosigkeit. Sehen Sie auf Spanien oder auf Italien; schauen Sie sich an, in welcher Krise sich die skandinavischen Modelle befinden; oder betrachten Sie Großbritannien, das versucht hat, sich mit opting out aus dem sozialen Zusammenhang herauszustellen. Doch wenn ich meinen britischen Freunden glauben darf, bietet auch das Thatcher-Modell keine Lösung für die Frage, die man unter mehreren Aspekten sehen muß. Standortwettbewerb ist nicht nur Kostenwettbewerb, sondern auch Wettbewerb um die günstigsten und auf die Dauer stabilsten sozialen Bedingungen, unter denen die Wirtschaft gedeihen kann.

Insgesamt ist aber deutlich geworden: Das, was Jacques Delors das "europäische Gesellschaftsmodell" nennt, nämlich unsere mehr oder minder sozialdemokratischen Systeme, über

die wir hier am Beispiel Deutschland ausführlich reden, sind überall überaus brüchig geworden. Das heißt, die soziale Marktwirtschaft europäischen Zuschnitts bedarf dringend neuer Ansätze.

Wenn Sie sich ansehen, was die vielgeschmähte Kommission in Brüssel in diesem Bereich tut und tun kann, dann ist eines vollkommen klar: Eine europäische Sozialpolitik nach dem Muster der europäischen Agrarpolitik kann es nicht geben. Das, was Herr Seehofer in Deutschland versucht, nun von Brüssel aus noch präziser zu regeln, ist absolut ausgeschlossen. Das ist auch allen Beteiligten klar. Die erwähnten Sozial- und Regionalfonds werden nach dem Prinzip der Subsidiarität unter den Nationalstaaten verteilt, die bisher damit machen können, was sie für richtig und notwendig halten.

Es gibt in Brüssel auch andere Ansätze, mit dieser Thematik umzugehen, nämlich zu fragen, wie wir von der Anspruchsgesellschaft wegkommen und zu einer aktiven Gesellschaft werden, was nicht nur aktive Arbeitsmarktpolitik heißt. Wenn der alte Sozialkontrakt brüchig geworden ist, was kann, was soll man dann auf europäischer Ebene tun, um eine soziale Integration zu fördern, die zugleich kulturelle und politische Integration ist? Wie lassen sich also die Anliegen von Herrn Jann oder von Frau Jepsen auf europäischer Ebene angehen? Dazu gehört auch das Stichwort "Exklusion", das Herr Dubiel gegeben hat.

Wir haben in unserer Diskussion bisher kaum über den privaten Bereich gesprochen. Stiftungen, Unternehmen, lokale Initiativen wurden so gut wie nicht erwähnt. Es wurde diskret über Netzwerke gemurmelt, ohne daß klarwurde, was die Betreffenden damit meinten. Wie steht es denn um die Komplementarität zwischen den Staats- oder bürokratievermittelten Großorganisationen und der lokalen und regionalen Entwicklung? Genau im lokalen und regionalen Bereich sind neue Initiativen und neue Finanzierungsmodelle möglich, wie sie ansatzweise in Brüssel diskutiert werden.

Der alte vernationalale Gesellschaftsvertrag in der europäischen Geschichte zeichnete sich nicht durch nationalstaatliche Großorganisationen aus, sondern durch örtliche Akteure mit örtlichen Finanzierungen. Das war natürlich, verglichen mit unseren heutigen Sozialstaaten, alles höchst "unordentlich".

Ob Derartiges heute zu legalen, sozial abgesicherten Stellen oder zu irgend etwas anderem führt, läßt sich dabei nicht so genau ausmachen. Da gibt es eine Grauzone, die Sozialpolitiker stets mit Unbehagen betrachten und nach Möglichkeit klar regeln wollen. Herr Seehofer erwähnte, wie empfindlich die etablierten Verbände auf den Zusatz "und auch andere Träger" reagieren.

Bezeichnenderweise hat die Bundesregierung auch das sogenannte Armutsprogramm der Europäischen Union geblockt, ein keineswegs kostspieliges Pilotprogramm, für das sich 11 Länder und das Europaparlament einsetzen. Von deutscher Seite hieß es: Bei uns gibt es keine Armut; deshalb wollen wir uns an einem solchen Programm nicht beteiligen.

Ich denke, daß hier Stiftungen ein weites Feld für Kooperationen in Europa finden könnten. Wenn sich verschiedene Stiftungen und sonstige Institutionen zusammentäten, um diese Dimension des europäischen Gesellschaftsvertrages zu fördern und darauf hinzuwirken, daß die jetzigen sehr restriktiven Rahmenbedingungen geöffnet werden, dann könnte ein europäisches Netzwerk von Stiftungen entstehen. So wie es in meiner Stadt Brügge an allen Ecken und Enden Hospize gibt, verhält es sich, wie mir Frau Jepsen erzählte, in Hamburg. Die Hansestädte hatten dieses alles bereits seit langem entwickelt. Hier sind Traditionen und Potentiale vorhanden, die im Sinne eines europäischen Gesellschaftsvertrages genutzt werden könnten.

Korte

Herr Adam, Sie haben kürzlich in der FAZ das Loblied der Schwarzarbeit gesungen. Ist das ein Weg, um die fehlende Erwerbsarbeit zu kompensieren? Mit anderen Worten: Könnte Schwarzarbeit unter Umständen anstelle von normaler Erwerbsarbeit einen Teil der bezahlten Tätigkeiten darstellen?

Adam

Es ist mit diesem Artikel genau das passiert, wovor man mich in der Redaktion immer gewarnt hat: Niemals ironisch werden; denn Ironie wird grundsätzlich für Ernst genommen. Das Ganze war natürlich nicht zum Nennwert zu nehmen. An einem Punkt halte ich jedoch fest: Arbeitslosigkeit hat auch einen Freiheitsaspekt, worauf Herr Schönbohm eben hinwies. Das heißt, inwieweit ist Schwarzarbeit - man könnte auch von Eigenarbeit oder von Selbsthilfe sprechen, um etwas freundlichere Synonyma zu verwenden - Ausdruck dieser Freiheit?

Ich wollte aber noch einmal auf die Konsensfrage zurückkommen, die hier in verschiedenem Gewände gestellt wurde: Konsens zwischen Mann und Frau, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen

Ost und West. Eine große Bevölkerungsgruppe wird dabei in der Regel nicht berücksichtigt, die nachwachsende Generation nämlich. Das ist insofern verständlich, als in einer Demokratie der Bürger nur als Stimmbürger Einfluß nehmen kann, und die Minderjährigen haben nun einmal keine Stimme. In diesem Falle ist das allerdings fatal; denn die nachwachsende Generation hat letztlich für sämtliche Lasten, über die wir hier debattieren, aufzukommen. Bei der Rentenversicherung ist das evident; aber auch die Krankenversicherung funktioniert im Grunde nach dem gleichen Umverteilungsprinzip "Jung zu Alt", wie Herr Seehofer gesagt hat.

Nun ist es zweifellos problematisch, einer Bevölkerungsgruppe Lasten aufzuerlegen, die gar nicht mitentscheiden kann, ob sie diese Lasten tragen kann und will. Was passiert eigentlich, wenn sich eines Tages auch diese Gruppe darauf beruft, daß in unserer Gesellschaft nicht das Gesetz der Nächstenliebe herrscht, sondern das "do ut des"-Prinzip? Für das, was man geleistet hat, will man entsprechend etwas zurückhaben. Ich fürchte, da kommen noch einige Probleme auf uns zu, und zwar nicht nur finanzpolitischer Art.

Ich will nur auf einige mögliche Entwicklungen aufmerksam machen. Erstens: In einem Land, das mehrheitlich von älteren Jahrgängen bevölkert wird, wird sich die Mentalität ändern und in Richtung Besitzstandswahrung und Gegenwartsbezug entwickeln. Wenn die Mehrheit der Bürger Leute sind, die ihre berufliche Position bereits erreicht haben und nicht mehr mit großen Erwartungen in die Zukunft blicken, sondern eher zurücksehen, wird sich die Stimmung des Landes ändern, und dies sicherlich nicht zum Guten.

Herr Bäcker sprach davon, wir müßten in der Wirtschaft die Innovationspotentiale nutzen. Ja, wer soll die denn bringen, wenn die Menschen immer älter werden? Nobelpreisträger erhalten ihre Auszeichnung in der Regel mit fünfzig Jahren, aber für Leistungen, die sie zwanzig oder dreißig Jahre zuvor erbracht haben. Originalität und Ideenreichtum sind eben nicht gleichmäßig über alle Altersklassen verteilt. Auch dieser Aspekt ist bei der demographischen Debatte zu beachten und sehr ernst zu nehmen.

Zweitens: Die Politik wird es zunehmend mit einer Wählerschaft zu tun haben, bei der die Mehrheit in einer Altersklasse liegt, die ihr aktives Leben zum guten Teil bereits hinter sich hat. Diese Menschen werden natürlich andere Wünsche haben als die jungen Leute, die nachdrängen. Ich halte eine Situation für denkbar, wo im Interesse der Zukunft des Landes politische Entschlüsse gefaßt werden müssen, die der Mehrheit nicht unbedingt genehm sind. Wie soll sich die Politik dann verhalten? Gewiß, Herr Schreiner, die jüngste Rentenreform ist ein beachtliches Werk gewesen. Aber es werden weitere, große Werke folgen müssen, und das dürfte in Zukunft nicht eben leichter zu vollbringen sein. Ganz im Gegenteil. Denn wie sollen solche großen Reformen gegen die Interessen einer Bevölkerungsmehrheit politisch durchgesetzt werden? Das sind ganz neue Herausforderungen für eine Demokratie.

Eine Konsequenz daraus müßte nach meiner Ansicht in einer Neuformulierung des Generationenvertrages bestehen. Wenn Sie sagen, Herr Seehofer, das Grundprinzip sei nach wie vor "Jung für Alt", so ist das doch nur die eine Seite; denn es wäre dabei zu ergänzen: "Nachdem Alt für Jung gesorgt hat." Beides gehört zusammen. Wir brauchen also einen Dreigenerationenvertrag und müßten das den Wählern auch klar sagen.

Des weiteren sollte man aufhören, von der selbsterarbeiteten Rente zu reden und damit falsche Vorstellungen zu wecken. Was selbst erarbeitet wird, ist der "Rentenanspruch"; aber was man später an Zahlungen erhält, wird von denen aufgebracht, die aktiv im Berufsleben stehen.

Schließlich ein Wort zum Thema Vollbeschäftigung. Ist es eigentlich so sinnvoll, ein politisches Ziel zu proklamieren, das auf absehbare Zeit nicht erreicht werden kann? Ich sah neulich auf einem Plakat das Photo eines älteren Mannes, wohl so um die Sechzig, der ein Schild um den Hals trug, das nach Art einer Todesanzeige gestaltet war - mit schwarzem Rand und schwarzem Kreuz. Der Text lautete: "Ich soll entlassen werden." Ich will keineswegs in Abrede stellen, wie hart es jemanden ankommt, vorzeitig und gegen seinen Willen entlassen zu werden. Aber eine existentielle Katastrophe ist das für ihn nicht. Das sieht für junge Leute ganz anders aus, die, wenn sie ausgelernt haben, sich endlich bewähren wollen und denen die Gesellschaft dann sagt: "Wir brauchen Euch eigentlich gar nicht."

Ich würde mir also eine Politik wünschen, die gerade die Stimme der jungen Leute mehr zu Gehör bringt und ihre Interessen stärker berücksichtigt. Vor ein, zwei Generationen war die Situation noch eine ganz andere. Da hatten die Zwanzigjährigen, so schwer es im Einzelfall auch sein mochte, in jedem Fall die Zukunft für sich. Eine Gesellschaft, die im Schnitt 20 Jahre alt ist, unterscheidet sich wesentlich von einer Gesellschaft, die im Schnitt 40 oder 45 ist. Deshalb denke ich schon, daß es darauf ankäme, grundsätzlich neu zu denken und nicht nur einige Akzente etwas anders zu setzen.

Detting

Ich bin mit fast allem einverstanden, was Sie sagen, Herr Adam. Vielleicht besteht die Hoffnung, daß die Generation der Großeltern sich zukunftsorientierter verhält und im Interesse ihrer Enkel denkt und handelt, als die Besitzstandswahrer in den mittleren Jahren männlichen Geschlechts, die ihre Anteile an der Arbeitsgesellschaft verteidigen.

Ich komme zurück auf den Einwand von Herrn Bäcker, daß einem schwerbehinderten Menschen nicht damit geholfen ist, seine Kaufkraft zu stärken, indem man ihm Geld in die Hand gibt. Dem stimme ich natürlich zu, füge aber hinzu, daß die Klientel der Sozialpolitik nicht überwiegend aus debilen, unmündigen, defizitären Kranken besteht, sondern aus Benachteiligten, an deren Kompetenzen und Ressourcen zu appellieren ist.

Ich meine, es gibt zwei unterschiedliche Möglichkeiten, Sozialpolitik zu adressieren. Auf der einen Seite kann man von einem Defizitmodell ausgehen, demzufolge es darauf ankommt, Kranke, Alte und sonstwie Benachteiligte zu betreuen und zu versorgen. Auf der anderen Seite fragt man danach, welche Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten diejenigen noch besitzen, die am Rande der Gesellschaft stehen, arbeitslos sind, Sozialhilfe bekommen. Entspricht es nicht vielmehr auch der Würde des Menschen, daß man ihm hilft, etwas in die Gesellschaft einzubringen?

Sicher, ich kenne all die Argumente, die gegen dieses andere Leitbild von Sozialpolitik vorgebracht werden. Merkwürdigerweise ähneln sie genau denen, die seinerzeit gegen die Demokratie eingewandt wurden, als es hieß, man könne Analphabeten oder Deppen doch nicht das Wahlrecht geben. Die Demokratie macht hier einen idealistischen Vorgriff, indem sie die Menschen so behandelt, als ob sie den common sense hätten, in bürgerlichen Dingen mitzureden.

Ich frage mich, ob wir bei der Sozialpolitik nicht in diese Richtung gehen und uns fragen sollten, wie die sozialen Dienste organisiert, finanziert und gestaltet sein müßten, damit sie die Menschen sozial kompetenter, freiheitsfähiger und selbständiger werden lassen. Heute geschieht in vielen Fällen das genaue Gegenteil, indem die Menschen durch den Sozialstaat inkompetenter und hilfsbedürftiger gemacht werden, als sie es vorher waren. Und das Ganze kostet auch noch sehr viel Geld.

Dann zum Thema Strukturen und Verfahren. Ich setze nicht auf die Privatisierung der sozialen Dienste. Was ich deutlich machen möchte, ist, daß es sich im sozialen Bereich genauso verhält wie in anderen Bereichen: Ohne Wettbewerb dominiert die Bürokratie. Wenn kommunale Einrichtungen oder Wohlfahrtsverbände dem Wettbewerb ausgesetzt sind, verhalten sie sich plötzlich völlig anders, werden innovativer und fragen nach den Bedürfnissen der Menschen. Wäre es nicht an der Zeit, daß wir uns am Leitbild des kompetenten Menschen orientieren und Sozialpolitik ganz anders organisieren, indem wir auf den Einfallsreichtum der Leute setzen?

Wenn Mütter darüber mitentscheiden können, wie im Kindergarten die Arbeitszeiten geregelt werden, wird es auf der Angebotsseite Einrichtungen geben, die sich an den Bedürfnissen der Eltern oder Mütter orientieren. Wettbewerb somit als Innovations- und Entdeckungsverfahren, statt die Finanzierungssysteme so einzurichten, daß der belohnt wird, der sich am wenigsten Gedanken macht. Das ließe sich auch auf viele andere Bereiche übertragen.

Auf Kirchentagen, wie jüngst in Hamburg, wird immer wieder gefordert, man sollte mehr auf die Menschen hören, welche Wünsche, Bedürfnisse sie haben. Ich frage Sie: Welches Altersheim, welche Schule, welcher Kindergarten ist so organisiert, daß es Sinn macht, auf die Betroffenen zu hören, für die diese Einrichtungen da sind?

Was mir vorschwebt, ist eine Art welfare mix, keine Privatisierung; also eine Mischung aus den verschiedensten Initiativen, an denen die Wohlfahrtsverbände oder kommunalen Einrichtungen natürlich beteiligt sind, das Ganze aber bunter und vitaler gestaltet, als das gegenwärtig der Fall ist. Bei allen Reformgesetzen -von der Pflege Versicherung bis zu den Gesundheitsreformen - müßte immer danach gefragt werden, wie sich das konkret auswirkt auf die Fähigkeit von Nachbarschaften oder Gemeinden, sich selber zu helfen und soziale Ressourcen zu mobilisieren. Darauf zielt ja Herr Seehofer offensichtlich auch ab.

In meinem Modell sind dann die Kindergärten und Altersheime gut dran, die die soziale Bereitschaft fordern; beispielsweise das Engagement von Müttern, die kein sozialpädagogisches Diplom haben. Ich höre schon den Aufschrei derjenigen, die strikt dagegen sind, daß irgend jemand mit einem deutschen Kind umgehen darf, der nicht zuvor Sozialpädagogik studiert hat.

Schönbohm

Man kann es auch umgekehrt sagen.

Detting

Richtig. Nämlich: Derjenige verdient eine Prämie, der mit staatlicher Hilfe und sonstigen Anreizen soziale Ressourcen vor Ort mobilisiert. Dabei muß man den Leuten allerdings zutrauen, daß sie gute und schlechte Angebote und Leistungen unterscheiden können.

In einem weiteren Punkt bin ich noch recht unsicher und will deshalb zunächst das Problem beschreiben: Der alte Sozialstaat sah seine Zielsetzung zu einem Gutteil darin, die Industriearbeiter vor den willkürlichen Freiheiten der Kapitalisten zu schützen. Was ich mich frage, ist: Was tun wir eigentlich, um, sagen wir junge Leute vor den Folgen zu schützen, die durch die riskanten Freiheiten der Durchschnittsmenschen verursacht werden?

Um ein Beispiel zu geben: Wenn ein junger Mensch nach seiner Ausbildung zunächst eine Weltreise unternimmt - mit oder ohne Sozialhilfe;- , kann dies für ihn eine außerordentliche Freiheitserfahrung bringen, die bis zum Ende seines Lebens nachwirkt. Es kann aber auch sein, daß er dadurch den Anschluß an die Erwerbswelt, gewissermaßen den Eintritt in ein normales Leben, verpaßt. Individualisierung von Chancen und Risiken liegen sehr nah beieinander. Worum es mir geht: Wo gibt es in unserer Gesellschaft Einrichtungen, die solche Leute auffangen, damit sie nicht in eine Negativspirale hineingeraten, aus der sie kaum jemals wieder herausfinden?

Der Dorfdepp in niederbayerischen Dörfern und Städten, den ich vor 25 Jahren erlebt habe, war rückblickend im Sinne der sozialen Gemeinschaft eine durchaus eindrucksvolle Figur, weil er vom ganzen Dorf mitgetragen wurde, hier oder dort mal kleine Arbeiten verrichten konnte und dafür ein Maß Bier erhielt oder eine andere Vergütung. Wo gibt es das noch? Wir alle sind mittlerweile sehr gut versorgt gegen die klassischen Risiken der Industriegesellschaft - Alter, Krankheit und so weiter; wir sorgen dafür, daß schwergestörte Menschen in geschlossene Anstalten eingewiesen werden. Wir haben wunderbare Altersheime und sonstige soziale Einrichtungen.

Was kann man also tun, damit solche negativen Karrieren gar nicht erst beginnen? Wie ist dafür Geld lockerzumachen und nicht erst dann, wenn es gilt, einen Heimplatz für einen Obdachlosen zu finanzieren? Warum können Sozialämter einer Gemeinde nicht Gelder in Aussicht stellen, wenn sie Obdachlose unterbringen? Wahrscheinlich könnte man auf diese Weise viel sparen, und mit den Menschen würde etwas Positives geschehen. In dieser Richtung würde ich gern weiterdenken.

Radermacher

Ihr flammender Appell für die jungen Leute sagt mir an sich sehr zu, Herr Adam. Ich bin nur besorgt, daß man dabei sehr schnell an den Punkt gelangt, daß der ältere Teil der Bevölkerung irgendwie lästig wird oder minderwertig ist.

Wenn Sie beispielsweise sagen: Die Rente verdienen die jungen Leute, dann ist das meiner Ansicht nach teilweise auch ein Mißverständnis; denn unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hängt entscheidend an unserem Produktionsstock, an den vorhandenen Patenten und der gewachsenen Infrastruktur - und dies alles haben nicht die Jungen, sondern dies hat die ältere Generation geschaffen. Deshalb sind die Älteren keine Bittsteller, sondern sie haben einen legitimen Anspruch auf einen fairen Anteil an unserem Wohlstand.

Mich schmerzt es genauso, wenn ein 60-jähriger keine Arbeit mehr hat, obwohl er arbeiten will, als wenn ein junger Mensch keinen Arbeitsplatz bekommt. Beides zeigt an, daß unser System nicht funktioniert, und es käme darauf an, dieses System so umzuorganisieren, daß der, der im Alter noch arbeiten will, dies tun kann, und jeder Junge natürlich ebenfalls einen adäquaten Einstieg in das Arbeitssystem vorfindet.

Hier wird uns einmal mehr deutlich, daß der Ressourcenzugang in unserem System absolut an die Erwerbsarbeit gebunden ist. Deshalb ist es kein Wunder, daß jeder, der eine Erwerbsarbeit hat, mit aller Kraft daran festhält und viele mit über sechzig aus der Arbeitsstelle regelrecht herausgedrückt werden müssen, damit ein anderer den Platz erhält, um seinerseits Zugang zu den damit verbundenen Ressourcen und Konsumchancen zu erhalten.

Was die Grundversorgung angeht, so hat jeder Mensch darauf einen gewissen Anspruch als Mitglied unseres Gesellschaftssystems, sei es als Arbeitseinnahmen, in Form der Sozialhilfe oder als Rechtsanspruch an die eigenen Eltern. Leider ist aber bis heute teilweise eine Art Stigmatisierung damit verbunden, wenn der einzelne diesen Anspruch einlöst. Mit einem Bürgergeld würden wir in der Tat sehr viel Druck für den einzelnen aus dem System herausnehmen und andere, preiswerte, aber enorm sinnstiftende Arbeitsmarktsegmente neu erschließen.

Herr Schreiner hat gefragt: Müssen wir überhaupt etwas ändern? Die Lohnstückkosten seien kein Problem. Im Grunde müßten wir nur die Bildung fordern. Ich meine, das greift zu kurz. Wir erleben zur Zeit, daß etwa in der Zulieferindustrie fünfzig Prozent der deutschen Produktionskapazität innerhalb weniger Jahre ins Ausland verlagert werden. Hier findet eine ganz massive Abwanderung von Arbeitsplätzen statt. Das hat sicher nicht nur mit der Höhe der Lohnstückkosten zu tun, sondern ist auch eine Folge unseres Gesamtkostensystems, das von außen einfach nicht mehr mitfinanziert wird, und der mangelnden Leistungsfähigkeit unseres gesellschaftlichen Innovationssystems bei der Erschließung neuer "Füllhörner".

Das zeigt sich beispielsweise eindringlich in der Biotechnologie. Aufgrund der extrem strengen Genehmigungsverfahren und des destruktiven Widerstandes bestimmter Personenkreise kann man bei uns so gut wie keine Freilandproben durchführen. Statt dessen führen wir mittlerweile jedes Jahr für 2,5 Milliarden DM gentechnisch hergestellte Medikamente aus den USA ein. Die gleichen Bürger, die gegen die Produktion in unserem Land protestieren, kaufen die im Ausland hergestellten Produkte und lassen ihre Krankenkassen dafür bezahlen. Auf diese Weise wird Innovation bei uns gerade zu verhindert und im Ausland gefördert. Die Folge ist, daß Arbeitsplätze bei uns verlorengehen. Wir werden uns konsequenterweise darauf einstellen müssen, in Zukunft mit weniger Arbeit und weniger Wohlstand auskommen zu müssen. Dann aber stellt sich die Verteilungsfrage.

Nun meinen einige Leute - auch in dieser Diskussion klang es an;- , wir könnten dieser Entwicklung mit Protektionismus begegnen. Manche spielen mit dem Gedanken an die "Festung Deutschland". Aber Herr Schreiner hat klargemacht, daß dies schon wegen der EU-Verträge nicht geht. Andere sprechen deshalb von der "Festung Europa". Aber wie ich schon angedeutet habe, würden wir auch damit keinen Erfolg haben.

Könnten wir wenigstens im Baubereich mit der Festung Deutschland Ernst machen? Denn die Gebäude stehen ja rein physisch in Deutschland, und man könnte meinen, da wäre es möglich, regulativ einzugreifen. Daß der deutsche Bauarbeiter das begrüßen würde, ist legitim und verständlich, er will sich schließlich seine Lebensqualität durch seine Arbeit erhalten. Aus der Sicht der Baufirmen sieht dies ähnlich aus, aber der Unternehmer, der sich am Weltmarkt behaupten muß, geht woanders hin, weil ihm sein Gebäude in Deutschland zu teuer wird.

Ich meine, wir sollten jeden Versuch der Festungsbildung unterlassen und auf die internationale Arbeitsteilung sehen, und zwar sowohl aus nationaler Sicht (Bestehen am Weltmarkt) als auch in globaler Sicht (Verhinderung einer ökologischen Katastrophe). Wir müssen dazu neue Mechanismen aufbauen, indem wir die Kooperationsfähigkeit mit anderen Ländern nutzen und unsere Beiträge im oberen, vor allem technischen Marktsegment so geschickt einsetzen, daß wir am Weltmarkt wertschöpfungsmäßig bestehen können. In diese Richtung sollten wir alle Anstrengungen unternehmen, also offene und verdeckte Subventionen relativ zum Weltmarkt rasch zurückführen.

Afheldt

Und woher soll das Geld für alle diese Neuerungen kommen? Sie sprechen von Arbeiten im oberen Marktsegment, führender Technologie und so weiter - würde ich ja auch begrüßen. Aber wo werden Sie diese führende Technologie produzieren? Bei uns oder anderswo, je nachdem, wo es kostengünstiger ist? Dann stehen Sie wieder vor demselben Dilemma. Außerdem: Schaffen Sie damit Massenarbeitsplätze mit entsprechenden Einkommen für viele? Sicher nicht; denn gerade diese Technologien erfordern viel Kapital und wenig Arbeit. Das sind doch alles Illusionen. Darauf sollten wir uns nicht einlassen.

Ich fürchte, Sie haben recht, daß wir den europäischen Sozialraum nicht werden schützen können. Aber wenn uns das nicht gelingt, wird es keinen Sozialstaat mehr geben. Wenn Sie bei heute fünf, morgen acht Milliarden Menschen auf der Welt die Marktgesetze überall wirken lassen, dann errechnen sich die Preise nach Angebot und Nachfrage. Da das Angebot an Arbeit unendlich und die Nachfrage sehr begrenzt ist, tendiert der Preis gegen Null. Arbeit wird so billig, daß damit kein Sozialstaat mehr finanzierbar ist. Wahrscheinlich ist das unser Schicksal; da gebe ich Ihnen recht.

Korte

Ich bin doch immer wieder überrascht bei solchen Perspektiven, daß die Arbeit eines Tages fast nichts mehr kosten wird und so weiter. Da frage ich mich, wer die dann so billig produzierten Güter überhaupt noch kaufen soll. Dieses weltweite Spiel mit Angebot und Nachfrage scheint mir doch reichlich theoretisch zu sein.

Roer

Ich denke, es besteht in diesem Kreis weitgehend Konsens, daß uns die Frage der Arbeitslosigkeit weiter begleiten wird. Und sollten die öffentlichen Verwaltungen ihrerseits signifikante Strukturreformen durchführen, werden weitere Arbeitsplätze wegfallen.

Was mich stört, ist dieses unveränderte Denken in geradlinigen Arbeitskarrieren in dieser nach wie vor männlich geprägten Arbeitswelt: Ein Mann macht eine Ausbildung, tritt ins Arbeitsleben ein und verläßt selbiges im Vorruhe- oder Ruhestand. Jedwede Gedanken über zeitweilige Austritte oder Umwege sind im Grunde verpönt - es sei denn, man ist Professor an einer Universität und nimmt ein "sabbatical". In der Wirtschaft ist Derartiges schlicht undenkbar. Statt dessen hat man die Teilzeitarbeit erfunden, und zwar für die Frauen, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen. Bei allem Verständnis für die Bedürfnisse von Frauen in dieser Hinsicht, hat Teilzeit für mich immer einen negativen Beigeschmack. Männer akzeptieren Teilzeit für sich kaum, weil es den Hautgout von niedrig qualifizierten Tätigkeiten an sich hat - so morgens von acht bis zwölf Uhr und womöglich noch im Bereich für geringfügig Beschäftigte für 580 DM.

Aussteigen, umsteigen, wiedereinsteigen - dazu müßten Möglichkeiten geschaffen werden. Beispielsweise, indem Punktekonten für jeden einzelnen angelegt werden, die dann auch die Arbeitslosenunterstützung entsprechend regeln. Das heißt, wir brauchen flexible Modelle, um es in das eigene Ermessen der Menschen zu stellen, wie sie sich verhalten wollen. So wie es auch Herr Dettling eben angedacht hat.

Was Teilzeit angeht - das will ich dann doch positiv hinzufügen;- , hat sich übrigens die Einstellung in den vergangenen Jahren erheblich verändert, und zwar auch bei Männern. Während bei Befragungen vor zehn Jahren die Zustimmung zu Teilzeitmodellen noch verschwindend gering war, können sich jetzt immerhin bereits 31 Prozent der befragten Männer so etwas für sich vorstellen. Da beginnt sich allmählich in den Köpfen etwas zu verändern. Und nur so werden wir eine größere Verhaltensflexibilität erreichen, die wir dringend benötigen - auch im Hinblick auf die hier mehrfach angesprochenen Globalisierungstendenzen.

Ich will jetzt noch auf den medizinischen Bereich eingehen, wo ich mich ein wenig besser auskenne. Ich habe ein Versandhandelsunternehmen für zahntechnische Produkte, gewissermaßen das letzte marktwirtschaftliche Bollwerk vor dem Sozialversicherungssystem. Lassen Sie mich ein Beispiel anführen: Es gibt maschinengefertigte Zähne, die nicht viel kosten: ein Backenzahn zwei DM, ein Frontzahn fünf DM. Die Zusatzleistungen, die das Labor erbringt, werden in präzise festgelegten Arbeitsschritten honoriert. Nur in Deutschland - nirgendwo anders auf der Welt - kann das Labor für den Zahn mehr als das Doppelte abrechnen. Das ist zwar im Einzelfall kein großer Betrag, summiert sich aber auch auf jährlich 150 Millionen DM, die man mit einem Federstrich einsparen könnte.

Ein anderes Beispiel: In der Zahntechnik macht der Verbrauch von Gold und edlen Legierungen den größten Kostenfaktor aus. Nach dem, was da insgesamt abgerechnet wird, müßten wir alle den Mund schwer von Gold und Brücken haben, daß es uns richtig drückt und wir den Mund kaum noch aufbekommen. Offenkundig wird in dieser Hinsicht erheblicher Mißbrauch betrieben, und zwar so generell, daß der einzelne überhaupt kein Unrechtsbewußtsein mehr entwickelt.

Ein drittes Beispiel geht mehr in die Gesellschaftspolitik. Im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt ist es der Zahntechniker-Lobby gelungen, ihren Bereich von der allgemein geforderten Mobilität ausnehmen zu lassen. Das heißt: Zahntechnik wird entweder in Deutschland hergestellt; wenn sie aber kostengünstiger im Ausland produziert wird, muß der Kostenvorteil an sich an den Patienten weitergegeben werden. Das wird jedoch verhindert, indem man Zwischengesellschaften gründet, die den Kostenvorteil abschöpfen. Warum soll Zahn technik nicht in Singapur oder in China hergestellt werden, wo handwerklich außerordentlich geschickte Menschen mit den gleichen Materialien umgehen können, was die Kosten für Prothetik signifikant reduzieren würde - wenn dies auch zu Lasten der Beschäftigung bei uns ginge. Wir sollten in unserem Lande neue Technologien entwickeln, neue Wertschöpfungspotentiale erschließen. So generieren wir langfristige Arbeitsplätze - auch in der Zahntechnik.

Radermacher

Daß es den Zahntechnikern offenbar gelungen ist, sich abzuschotten, ist "beeindruckend" und zeigt erneut die große Schwäche unseres Systems in der internationalen Arbeitsteilung. Vielen Dank, Frau Roer, für dieses interessante Beispiel einer Abwehrstrategie. Denn niemand, der im High-Tech-Bereich tätig ist, hat eine Chance, die internationale Konkurrenz auszugrenzen, und gerade in diesem Bereich werden die "Füllhörner" gefüllt, aus denen die überbeuerten Bereiche subventioniert werden. Diese Zusatzsubventionen relativ zur Konkurrenz - zwingen dann schließlich auch unsere erfolgreichen Unternehmen in die Knie. Auf diese Weise sägen wir uns selbst den Ast ab, auf dem wir

sitzen. So können wir nicht weitermachen. Denn der indirekt hochsubventionierte Bereich, also der "überteuerte" Bauarbeiter, Zahntechniker oder Staatsdiener, ist der eigentliche Jobkiller in unserem System angesichts der internationalen Konkurrenz, die wir nicht länger durch Bildung einer Festung außen vor halten können.

Jann

In einem Punkt dürfte hier weitgehend Konsens bestehen, daß die Vorteile des klassischen Sozialstaates, der zentralistisch und bürokratisch organisiert ist, inzwischen in Nachteile umgeschlagen sind. Professionalisierung, Gleichartigkeit, Regelgebundenheit, Berechenbarkeit, Arbeitsteilung - das alles hatte durchaus Vorteile. Daß beispielsweise der Dorfdepp nicht mehr darauf angewiesen ist, von irgend jemand ein Bier spendiert zu bekommen, ist ja auch eine Errungenschaft. Diese Vorteile sind inzwischen aber in Nachteile umgeschlagen durch Überzentralisierung, Überbürokratisierung, Überprofessionalisierung, die jegliche Handlungsspielräume einschränken.

Wenn wir über internationale Konkurrenzfähigkeit reden, dann ist weiterhin Konsens, daß wir dafür auch und vor allem das Humankapital brauchen. Wir benötigen aber ebenso Sozialkapital, die kleinen sozialen Netzwerke, das zivile Engagement. Ich will sogar so weit gehen zu sagen: Die Erosion des Sozialkapitals erklärt einen Großteil der ökonomischen und politischen Probleme in vielen westlichen Ländern. Das ist am ausgeprägtesten in den USA mit Ghettoisierung, Vandalismus, Kriminalität, Drogenmißbrauch, Alkoholismus und so weiter. Dort greifen in weiten Bereichen die sozialen Normen nicht mehr. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch bei uns. Aber vor allem: Wir befinden uns auf der gleichen schiefen Ebene, wenn bei uns inzwischen Sozialmißbrauch oder Steuerbetrug zu einer Art Volkssport geworden sind.

Meine zugespitzte These lautet: Weil wir keine funktionierenden sozialen Netze mehr haben, wird der Sozialstaat zu teuer und ist auch nicht mehr in der Lage, die Probleme aufzufangen.

Was wir in unserer Gesellschaft erleben, ist ein starker Trend zur Individualisierung und ein erschreckender Rückzug aus dem öffentlichen Engagement. Statt in einen Verein zu gehen, zieht man das Fitneßstudio vor. Statt sich im Kindergarten vor Ort zu engagieren, wenn es da nicht klappt, organisiert man lieber eine Fahrgemeinschaft, um die Kinder drei Gemeinden weiter zu einem Waldorf-Kindergarten zu fahren. Wenn man mit den staatlichen Schulen nicht zufrieden ist, schickt man seine Kinder auf Privatschulen und so weiter.

Was wir weiter registrieren müssen, ist ein Rückzug aus der Kommunalpolitik. Um es ganz hart zu sagen: Politik hat heute ein Ansehen gewonnen, als sei dies nur noch etwas für Leute, die sonst nichts Besseres zu tun haben oder die sich bereichern wollen. Das mag etwas übertrieben klingen, dürfte sich aber in etwa so verhalten.

Was wir brauchen sind wieder funktionierende Städte, Stadtteile und Gemeinden. Sonst sehe ich auch bei uns amerikanische Verhältnisse kommen, wo sich die Wohlbetuchten einen privaten Wachdienst engagieren und ihren Stadtteil mit einem Zaun umgeben und die übrige Welt kann bleiben, wo sie mag. Von solchen Zuständen sind wir Gott sei Dank noch weit entfernt; aber ich kann nicht ausschließen, daß wir uns dahin entwickeln.

Eine Lösung sehe ich in der Richtung, die Herr Dettling angedeutet hat: Die Ressourcen nicht zentralistisch zu verwalten und zu verteilen, sondern die Handlungsspielräume der Gemeinden und der Individuen zu stärken. Das heißt, wir müssen die Nachfrage stützen. Wenn eine Institution die Nachfrage nach ihren Leistungen nicht mehr als gegeben hinnehmen kann, sondern sich um ihre "Kunden" bemühen muß, geschehen wahre Wunder. Es käme darauf an, zwischen verschiedenen Anbietern Wettbewerb zu organisieren. Finanzierung, Gewährleistung und Bereitstellung von sozialen Diensten müssen getrennt werden. Vor allem müssen wir von den zentralen Standards wegkommen und statt dessen lokale Standards setzen, die dann miteinander konkurrieren. Und schließlich brauchen wir eine sehr viel größere Transparenz, was das Preis-Leistungs-Verhältnis angeht. Nur wenn man Kosten und Leistungen kennt, kann man vergleichen und vom anderen lernen.

Riedmüller

Es ist in der wissenschaftlichen Diskussion modern geworden, wenn der Staat nicht mehr funktioniert, an die zivile Gesellschaft zu appellieren. Ich tue das auch des öfteren. Wenn Regionalisierung - auf europäischer Ebene - oder Gemeinde nahe gefordert werden, dann wird immer schon vorausgesetzt, daß der Staat, wenn er zentralistisch vorgeht, versagt. Dabei sollten wir nicht ganz vergessen, daß dies im gewissen Sinne eine Abkehr vom Gleichheitsgrundsatz bedeutet und wir uns jetzt stärker auf die Freiheitsseite schlagen. Wie steht es da mit der sozialen Gerechtigkeit, auf die ich in meinem

Referat abgestellt hatte? Der Bürger jedenfalls ist leicht geneigt, sich aus dem Sozialen davonzustehlen, wie die Individualisierungstendenz ihm dies ja auch nahelegt. Die kleinen sozialen Netze auf Gemeinde- oder regionaler Ebene wären dann zu begrüßen, wenn damit auch die Verantwortung für das Soziale gestärkt würde. Das ist aber durchaus nicht immer der Fall.

Vor ein paar Jahren haben wir eine intensive Debatte um die Selbsthilfe geführt. Wir sind seitdem nicht viel klüger geworden. Vielleicht hört man jetzt mehr auf solche Vorschläge, weil der Druck, zu Lösungen zu kommen, stärker geworden ist. Aber geht das über das Appellative hinaus, solange wir eine grundsätzliche Frage nicht beantwortet haben: Wie steht es um die Verteilung der Arbeit? Das heißt nicht, jetzt von der Ethik des Arbeitens abzurücken. Aber vielleicht muß es nicht mehr nur abhängige Erwerbsarbeit sein. Wenn Arbeit nicht per se Erwerbsarbeit heißt, dann muß man Verteilungsregeln mitdiskutieren, so wie ich es und auch Herr Dettling seit Jahren tun.

Ich erinnere mich noch genau der Debatten, in denen es hieß: Familienarbeit ist auch Arbeit. Herr Geißler war in der Richtung einer der ersten in der CDU. Aber dadurch ist die Arbeit nicht anders verteilt worden. Man hat lediglich die Tatsache der Ungleichheit festgestellt und darauf eine symbolische Antwort gegeben. Wenn also der Arbeitsmarkt enger wird und die Ausgrenzung, wie Helmut Dubiel sagt, zunimmt, dann werden wir um eine andere Bewertung der Arbeit nicht herumkommen und nicht allein mehr auf die hochbezahlten "intelligenten" Arbeiten abstellen können, weil hier ein Risiko für die Gesellschaft unabweisbar wird.

Dies ist im übrigen ebenso ein europäisches Thema, und es wird ja auch bereits auf europäischer Ebene diskutiert, wobei Deutschland, wie Herr Picht zu Recht sagte, eine unrühmliche Rolle spielt, als es sich aus der Diskussion um die Armut ausgeklinkt hat und sich auch dagegen sperrt, daß in die Sozialcharta bestimmte Normen aufgenommen werden. Ich vermag aber bisher nicht zu erkennen, daß wir in unserer Gesellschaft vom kulturellen Selbstverständnis her einem anderen Arbeitsbegriff als dem der Erwerbsarbeit nähergekommen wären.

Dettling

Warum eigentlich nicht?

Riedmüller

Ich sehe keinen anderen, der für die Verteilung der Ressourcen in Frage käme. Sicher, es gibt auch die Nächstenliebe und viele andere ethische Bestände; ich behaupte nicht, daß es nur Erwerbsarbeit gibt.

Dettling

Warum kann sich das nicht ändern? So lange gibt es diesen Zustand doch noch gar nicht, daß möglichst alle einer geregelten Erwerbsarbeit nachgehen.

Riedmüller

Das kann sich dann ändern, wenn die Menschen das für sich anders definieren.

Dettling

Da sind wir doch mittendrin.

Riedmüller

So etwas können Wissenschaftler oder Politiker nicht am grünen Tisch beschließen, daß ab jetzt eine neue Ethik gilt. Werte lassen sich nicht administrativ verordnen. Und die Menschen definieren Arbeit eben nach wie vor in der herkömmlichen Weise.

Dettling

Ich glaube nicht, daß das generell noch so der Fall ist.

Riedmüller

Die Entwertung der Erwerbsarbeit in den ostdeutschen Ländern besteht nicht nur darin, daß die Menschen kein adäquates Einkommen mehr erzielen, sondern auch die gesellschaftlichen Bindungen haben sich grundlegend geändert. Das kommt klar zutage, wenn es immer wieder heißt: In der DDR

ging es viel solidarischer zu, nicht zuletzt deshalb, weil diejenigen, die keine eigentliche Leistung erbracht haben, dennoch Teil des Arbeitszusammenhanges und in die Verteilungsregeln mit einbezogen waren. Dergleichen sehe ich heute nicht mehr. Ich plädiere sehr wohl für eine andere Form der Verteilung, auch in Richtung zivile Gesellschaft. Das muß keineswegs alles der Staat machen. Aber der Staat hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu setzen, daß ein Anreiz besteht, sich in die andere Richtung zu bewegen, auch auf der europäischen Ebene.

Picht

Das ist doch voll im Gange. Wir grenzen definitorisch ab: Arbeit und Nichtarbeit, legale Arbeit und Schwarzarbeit, graue Märkte und so weiter. Wenn aber die Arbeitslosigkeit ein generelles Strukturproblem bleibt und wir uns anschauen, was um uns herum geschieht, dann nehmen wir überall fließende Übergänge wahr - von der Schattenwirtschaft zur offiziellen Wirtschaft. Und so zu tun, als gebe es das nicht, scheint mir völlig verfehlt.

Sicher, es gibt noch die reine Nächstenliebe, auch Nächstenliebe, die ein wenig entlohnt wird - in vielerlei Formen. Unsere Gesellschaft befindet sich in einem schnellen Änderungsprozeß, und der Staat hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen gesetzgeberisch so zu gestalten, daß sie der Wirklichkeit besser entsprechen. Auf diese Weise könnten nämlich große Potentiale freigesetzt werden. In Deutschland geschieht das bisher am wenigsten; Frankreich ist da notgedrungen sehr viel weiter.

Riedmüller

Ich gebe Ihnen Recht, Herr Picht, daß dieser Prozeß in der Gesellschaft stattfindet. Aber die Sozialpolitik antwortet darauf bisher nicht, sondern simuliert nach wie vor die Erwerbsarbeitsgesellschaft. Sozialpolitisch haben wir nicht auf das reagiert, was im Geschlechtervertrag vor sich geht. Daß auch Hausfrauen Arbeit leisten, findet jedenfalls keine Entsprechung in der Sozialpolitik.

Picht

Die Sozialpolitik sollte sich an die veränderte Wirklichkeit anpassen und nicht umgekehrt.

Detting

Vor allem bei jungen Leuten zeigt sich ein deutlicher Wandel in ihrer Einstellung zur Arbeit - etwas, das Frau Noelle-Neumann umtreibt, wenn ihr immer mehr Menschen sagen: Wir leben nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um zu leben. Das heißt, ihnen sind auch andere Dinge wichtig - mit Faulheit oder unmoralischem Verhalten hat das nichts zu tun. Sie stellen aber auch andere Ansprüche an die Arbeit, die sie tun. Es ist deshalb eine soziale und gesellschaftspolitische Frage ersten Ranges, von dem einseitigen Begriff der Erwerbsarbeit wegzukommen.

Ein zweiter Punkt hängt eng damit zusammen. Es ist auch eine sozialpolitische Frage ersten Ranges, wie Bildungs-, Sozial- und Erwerbszeit für junge Leute zwischen 18 und 28 entzerrt werden können. In einer relativ kurzen Lebensphase wird von den jungen Leuten erwartet, daß sie studieren, sich für einen Beruf qualifizieren, Bundeswehr- oder Zivildienst leisten, eine Familie gründen und Kinder haben. In dieser Bedrängnis sind viele Probleme in unserer Gesellschaft begründet. Warum alimentieren wir die Bildungszeiten in dieser Phase nicht großzügiger und lassen dafür die Leute länger arbeiten, statt sie mit 55 zur Ruhe zu setzen?

Solange wir nur vom Begriff der Erwerbsarbeit her denken, bekommen wir die zentralen Probleme nicht in den Blick. Soviel habe ich vom Griechisch- und Lateinunterricht aus der Schulzeit noch behalten, um zu wissen, daß in der Antike die Arbeit etwas für Sklaven und Banausen war. Im Mittelalter hieß es immerhin noch "ora et labora". Aber dann kam die protestantisch-preußische Arbeitsethik und postulierte, daß der Mensch sich nur in der Arbeit verwirklicht, und Luther erklärt obendrein: Ein jeder bleibe in dem Beruf, zu dem er berufen.

Wir müssen sehen, daß dies unserem modernen Weltbild nicht mehr entspricht, und wenn wir trotzdem daran festhalten, dann ist dies für viele Menschen in der heutigen Gesellschaft mit erheblichen sozialen Verwundungen verbunden.

Riedmüller

Gegen wen reden Sie, Herr Dettling? Ich habe nicht von Erwerbsarbeit, sondern von Arbeit gesprochen. Aber meine Studenten wollen arbeiten und nicht zu Hause sitzen, beim Arbeitsamt Schlange stehen oder Sozialhilfe kassieren.

Korte

Die Unterschiede zwischen den beiden Positionen sind in der Tat nicht ganz klar geworden.

Jepsen

Die Kritik an den Wohlfahrtsverbänden, aber auch an den Kirchen, lautet hier wie anderswo: Denen geht es nur um ihre eigenen Interessen. Sie stellen Forderungen, weil sie selbst davon profitieren wollen. Diese Aussage wird nicht richtiger, wenn man sie andauernd wiederholt. Sicher, die Wohlfahrtsverbände wirken nach außen sehr groß. Aber welche Funktion haben sie denn? Sie sind Vereinigungen, die für viele kleine soziale Einrichtungen und Verbände, die vor Ort ihre Arbeit tun, als Sprecher auftreten. Mag sein, daß sie auch manches tun, was wir uns besser anders wünschen, aber als Hauptaufgabe nehmen sie wahr, sich für kleine Institutionen, Verbände, für Kindertagesstätten, Altenheime, Arbeitslosenprojekte und dergleichen einzusetzen.

Ich habe viel Sympathie für das Argument, der Wettbewerb müsse gefördert und private Initiativen unterstützt werden. Aber was bedeutet das, wenn es konkret wird? Natürlich läßt sich eine Kindertagesstätte, ein Pflegedienst mit 580-Marks-Kräften sehr viel billiger gestalten, als wenn sie, wie es bei uns der Fall ist, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu vorgeschriebenen Tarifen einstellen und auch Ältere bleiben und nicht entlassen werden.

Wir versuchen gerade als Kirche, eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, also auch da eine Kindertagesstätte, eine Sozialstation oder eine Diakoniestation aufrechtzuerhalten, wo sie sich nicht so rechnen. Die privaten Dienste sind da viel flexibler und können sich aussuchen, wo sie tätig werden wollen.

In einem Kirchenkreis in Hamburg geben wir fünf Millionen DM nur für Kindertagesstätten aus und denken dabei auch an die alleinstehenden Mütter, die in anderen Kindertagesstätten ihre Kinder zu bestimmten Zeiten nicht unterbringen können. Da hat die Kirche schon einiges zu bieten, und solche Dinge sollte man mitberücksichtigen, wenn man die Konkurrenz beleben will, was ich an sich befürworte.

Es sagt sich so leicht, Herr Schönbohm: Hören wir doch mal für ein Jahr auf zu arbeiten. Ich weiß nicht, wie Sie selbst damit umgehen würden.

Schönbohm

Das habe ich anderthalb Jahre gemacht und in der Zeit ein Buch geschrieben. Das war jedenfalls interessanter, als acht Stunden Dinge zu tun, wie ich sie mitunter tun mußte.

Jepsen

Ja, wenn man so etwas kann. Ich könnte es nicht. Zumindest würde es mir sehr schwer fallen, und ich müßte auf vieles verzichten, auch wenn ich genügend ehrenamtliche Engagements hätte.

Mein Mann hat sich vor fünf Jahren als Pastor beurlauben lassen. Er war damals Mitte vierzig und mußte dann doch feststellen, daß viele soziale Kontakte einfach aufhörten. Dem Arbeitslosen fehlt ein wesentliches soziales Umfeld, und viele Menschen in einer solchen Situation haben nicht den Schwung, sich neue soziale Kontakte aufzubauen.

Ich meine, Kirche und Gesellschaft sollten eine Vielfalt von Angeboten entwickeln. Was wir in der evangelischen Kirche versuchen, ist ein Senior/Junior-Modell. Die Älteren arbeiten fünf Jahre vor dem Ruhestand etwas weniger und ermöglichen es damit Jüngeren, die Stelle mit auszufüllen. Dafür haben wir einen extra Spendenfonds eingerichtet. Auf diese Weise können wir trotz Stellenstopp mehr Jüngere aufnehmen. Die Jüngeren bekommen zunächst weniger Geld, was zwar auch nicht ideal ist, aber vier arbeiten für das Gehalt von dreien. Aus diesem Grund konnten wir bisher die Arbeitslosigkeit von Pastoren weitgehend vermeiden. Ich erwähne in diesem Zusammenhang noch das Sabbatjahr, das wir eingeführt haben.

Bildungszeit, Arbeitszeit, Herr Dettling. Pastorinnen und Pastoren sind im Durchschnitt 35, 36 Jahre alt, wenn sie in ihrem Beruf anfangen. Das ist viel zu spät; denn inzwischen haben sie eine Familie und wollen ja auch etwas bewegen. Mit 35 Jahren machen sie ihr zweites Examen und werden bis dahin nicht recht für voll genommen, obwohl sie längst erwachsen sind.

Es gibt sicher keine Patentrezepte. Viele Initiativgruppen - ob sie nun ökologische oder gesundheitspolitische Zielsetzungen verfolgen, ob sie sich für den Frieden oder für Asylsuchende einsetzen - wenden sich mit der Bitte um Unterstützung an uns. Dabei geht es ihnen nicht immer um Geld, sondern beispielsweise um die Zurverfügungstellung von Räumen. In Hamburg haben wir inzwischen eine recht gut funktionierende Stadtteilarbeit. Ich erwähne nur eine Obdachloseninitiative, die vor zwei Jahren die Obdachlosenzeitung "Hinz Kunzt" gegründet hat, die von Obdachlosen selbst vertrieben wird. Auf einmal sprechen Bürger wieder mit den Obdachlosen.

Wir haben auch schon etliche Zimmer und Wohnungen vermitteln können und richten jetzt einen Wohnungs-Pool ein. Des weiteren beabsichtigen wir, etwa dreißig "Gottesbuden" aufzustellen. Das sind kleine, in Skandinavien in Serie gefertigte Häuser mit einem Zimmer, Küche und Naßzelle zum Preis von circa DM 37.000. Pro Gemeinde, die sich dafür bereitfindet, wollen wir ein oder zwei dieser Häuser einrichten. Das Sozialamt wird bis zu DM 700 als Mietkosten übernehmen. Für die Gemeinden rechnet sich das nach kurzer Zeit, und - was genauso wichtig ist - die normalen Bürger lernen, mit Obdachlosen zu leben und Kontakt zu ihnen herzustellen. Da gibt es sicher viele Möglichkeiten.

Was Sie an Beratungsdiensten aufzählen, Herr Sengling, ist natürlich sehr problematisch; denn der Mensch sollte immer auch als ganzheitliches Wesen verstanden werden. Da bietet die Kirche den Vorteil, daß Pastorinnen und Pastoren in allen Lebenslagen beraten, von der Taufe bis zur Sterbebegleitung - auch wenn bei uns aus der Sicht professioneller Berater manches dilettantisch anmuten mag. Ich halte aber wenig davon, den Menschen so zu segmentieren.

Becker

Finden Sie es sinnvoll, Container zu kaufen für Obdachlose, während es leerstehende Wohnungen en masse gibt?

Jepsen

Vielleicht haben Sie in Pforzheim das Glück; in Hamburg fehlen mindestens 30.000 Wohnungen.

Das sind auch keine Container, sondern sehr schöne skandinavische Holzhäuser. Zudem sind Wohnungen in Hamburg kaum bezahlbar.

Becker

Im oberen Marktsegment gibt es auch in Hamburg leerstehende Wohnungen, die die Kirche anmieten und sich den Differenzbetrag vom Sozialamt bezahlen lassen könnte. Ich meine, mit diesen Holzhäusern schaffen Sie neue Armutskerne innerhalb der Stadt. Das halte ich für eine ganz gefährliche Entwicklung.

Nach dem Kriege waren wir froh, als wir die Obdachlosenheime endlich beseitigt hatten. Das jetzt wieder aufleben zu lassen, ist aus meiner Sicht stadtpolitisch genau der falsche Weg. Dann sollte man lieber richtige Quartiere bauen oder Wohn- und Eigentumskomplexe anmieten.

Jepsen

Solche Armenghettos haben wir doch zuhauf in Form von Satellitenstädten, aber auch im Bereich der Innenstadt. Da gibt es Stadtteile mit sehr vielen armen Leuten. Wir wollen jetzt gerade einen anderen Weg gehen, um unsere Obdachlosen unterzubringen - in Hamburg gibt es an die 8000 Menschen ohne ein Dach über dem Kopf. Dafür versuchen wir die Gemeinden zu gewinnen, damit auch zwischenmenschliche Beziehungen entstehen können. Wir wollen also jede Ghettobildung gerade vermeiden.

Müller-Trimbusch

Ob mit oder ohne deutsche Einheit, mir ist wichtig, daß der Diskussionsprozeß endlich angestoßen worden ist und wir uns mit der Thematik Gesellschaftsvertrag und Sozialstaat von den verschiedensten Aspekten her in diesem Kreis beschäftigen. Denn die Fähigkeit und die Bereitschaft, einander auch nur zuzuhören, hat in unserer Gesellschaft dramatisch abgenommen. Deshalb finde ich diesen Dialog hier außerordentlich erfreulich. Dazu gehört auch, sich über alle Interessenbedingten oder parteipolitischen Denkverbote hinwegzusetzen und sich offen und kontrovers mit den Sachfragen auseinanderzusetzen. Ich meine, es fehlt uns an solchen geschützten Räumen und ebenso an Übungsfeldern, auf denen etwas ausprobiert werden kann und auch Fehler gemacht werden dürfen. Aus lauter Angst, etwas falsch zu machen, tun viele lieber gar nichts.

Worum geht es bei unserem Thema? Bei den vielfältigen Problemen, die wir hier diskutieren, bedarf es erstens des gesunden Menschenverstandes und zweitens einer möglichst großen Zielgenauigkeit, wenn wir Lösungen näherkommen wollen. Dabei würde ich, die ich in der Kommunalpolitik direkt vor Ort involviert bin, gern sehr konkrete Dinge ansprechen, die uns auf den Nägeln brennen, und ich interessiere mich weniger dafür, wie unser Sozialsystem für die nächsten einhundert Jahre eingerichtet werden müßte.

Dabei steht ein Thema auch in dieser Diskussion im Mittelpunkt: die Problematik der Arbeitslosigkeit - unabhängig wie wir hier Arbeit definieren oder differenzieren: ob als Erwerbs- oder Familienarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit oder soziales Pflichtjahr.

Herr Dettling hat des weiteren die Familie als sogenannten Problembereich erwähnt, wo wir mit großen Veränderungen konfrontiert sind, die auch gesellschaftspolitische Konsequenzen nach sich ziehen werden. Wenn heute von der sogenannten "Patchwork-Familie" die Rede ist - ist das dann noch eine Familie oder nur mehr eine besondere Gruppierung?

Ich nenne drittens ein besonders kompliziertes Konfliktfeld, nämlich die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer. Wie schaffen wir es, diese Menschen, die für unser Gemeinwesen äußerst wichtig sind, so zu integrieren, daß sie nicht nur ihren Beitrag als Steuerzahler leisten, sondern wirklich an unserem politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können?

Was ich nun für wichtig halte, ist, die verschiedenen Sozialsysteme den individuellen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Die Frage ist in der Tat, ob beispielsweise die Sozialhilfe dem einzelnen zur Verfügung gestellt wird, damit er sich sein Leben entsprechend seinen Vorstellungen einrichten kann, oder ob dies gruppenorientiert geschehen sollte, um die teuren Subsysteme einzusparen, die jetzt kontrollieren, ob der einzelne mit dem Geld auch sachgerecht umgeht.

Ich begrüße auch, daß Herr Seehofer versucht, die sogenannten sachfremden Leistungen aus der Sozialhilfe herauszunehmen. Dazu gehört beispielsweise die Vorfinanzierung der bei der Arbeitsverwaltung anhängigen Problemfälle, ein Kostenfaktor von an die einhundert Milliarden DM. Wenn wir dafür Zinsen kassieren würden, könnten wir uns an anderer Stelle wunderbare Selbsthilfesysteme und anderes mehr leisten.

Auch die Form der politischen Entscheidungen gilt es zu ändern. In der Bundesrepublik gehen Weisungen ausschließlich von oben nach unten: Der Bund beschließt, das Land gibt die Entscheidung weiter, und die Kommune soll es machen. Dies ist ein völlig überholtes Verfahren, das die Bürger zu reinen Befehlsempfängern des Staates degradiert.

In der ehemaligen DDR gab es die Institution der "Runden Tische", an denen Menschen jeglicher politischer Couleur und gesellschaftlicher Herkunft im Interesse einer bestimmten Sache zusammenkamen, über Regelungen und Lösungen berieten und entsprechende Vereinbarungen auf den Weg zu bringen suchten - vielfach zeitlich begrenzt und finanziell in einem bestimmten Rahmen. Auch dort ging es um konkrete Sachfragen und nicht um das Finden einer Weltformel für die nächsten einhundert Jahre. Ich meine, auch daran könnte man wieder anknüpfen, um die Verantwortlichen aus verschiedenen Politik und Gesellschaftsfeldern an einen Tisch zu bringen. Auch das würde Denkverbote erschweren.

Herr Dettling hat vorgeschlagen, Geld in die Hände der Betroffenen selbst zu geben. Ich möchte das nachdrücklich unterstützen. Es muß ja nicht nur Bargeld sein. Es gibt beispielsweise Sozialscheckkarten, mit denen man bestimmte Sachleistungen erwirbt: Bildungs- oder Sportgutscheine zum Beispiel. Wichtig ist auch, die Angebotsmonopole sozialer Dienstleistungen - ob sie freie Wohlfahrtsverbände heißen oder durch den Staat selbst initiiert sind - aufzubrechen; sonst schaffen wir es nie, Bewegung in unsere Gesellschaft zu bringen. Dazu gehört weiter, von den Mono-Strukturen wegzukommen und beispielsweise, wie wir das jetzt in Stuttgart versuchen, generationsübergreifende Wohnformen anzubieten, um auf diese Weise ein Potential gegenseitiger Hilfen zu erschließen, indem junge und alte Menschen, Behinderte und "Normale" zusammenleben.

Und noch einen wichtigen Gesichtspunkt möchte ich anführen: Bei der Höhe, die die Steuerquote bei uns mittlerweile erreicht hat, kann man nicht erwarten, daß sich der Bürger verpflichtet fühlt, darüber hinaus noch etwas für das Gemeinwesen zu leisten. Wenn wir dem Bürger eine solche Steuerbelastung zumuten, müssen wir uns nicht wundern, wenn er sich für alles andere nicht weiter zuständig fühlt. Denn er geht - zu Recht oder zu Unrecht - davon aus: Der Staat bekommt von mir so viel Geld, soll er doch zusehen, wie er mit all den Problemen fertig wird.

Wofür ich plädiere, ist, daß wir bei bestimmten Fragen die Betroffenen zusammen mit den fachlich Verantwortlichen an einen Tisch setzen, um Lösungen zu beraten und anschließend umzusetzen. Auf diese Weise könnte man eine höhere Akzeptanz und auch mehr solidarisches Miteinander erreichen. Solche "Runden Tische" müßten überall in unserem politischen und gesellschaftlichen System installiert werden.

Bisky

Ich denke nicht, daß die Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland bei der Frage nach der Zukunft des Sozialstaates sehr viel weiter führt. Wir werden auf die Dauer nicht darum herumkommen, uns eingehender Gedanken darüber zu machen, wie wir in Zukunft leben wollen. Wir sind weltweit mit ökologischen und sozialen Katastrophen bedroht. Die Änderung des Asylrechts bei uns hat doch an der weltweiten sozialen Problematik überhaupt nichts geändert. Wir brauchen ja nur nach Osteuropa zu sehen, wo niemand von uns sagen kann, ob es dort nicht zu Explosionen kommen wird. Klar ist auch, daß wir in den Industrieländern nicht so weiterwirtschaften können wie bisher.

Deshalb würde ich die Diskussion über Reformansätze in der Sozialpolitik gern in einen weiteren Zusammenhang stellen. Verständlicherweise tut sich die Politik schwer damit; vielfach fehlt es auch an Mut dazu - ich will mich da gar nicht ausnehmen. Nur, wenn wir so weiterleben, produzieren und konsumieren, werden sich die bestehenden Spannungen zweifellos verschärfen, statt das, was drohend auf uns zukommt, verhindern zu helfen.

Aus diesem Grunde arbeite ich jetzt zusammen mit anderen Wissenschaftlern an einem Reformansatz für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Denn ich bin fest davon überzeugt, daß in einem neuen Gesellschaftsvertrag die drohenden Menschheitsprobleme stärker berücksichtigt werden müssen, weil wir Deutsche uns in diesen Fragen nicht einfach abkoppeln können. Dafür brauchen wir aber Gesprächspartner, die die Dinge zumindest ähnlich sehen. Auch in unseren eigenen Reihen gibt es viele Leute, die meinen, wir könnten immer so weitermachen. Immer weniger Arbeitskräfte werden gebraucht, um immer mehr Güter zu produzieren, während immer mehr Menschen keine Arbeit haben und sich die Güter dann auch nicht mehr kaufen können. Ich meine, wir dürfen den Dingen nicht einfach ihren Lauf lassen, sondern müssen uns auch mit Andersdenkenden in diesen Fragen auseinandersetzen, um zu einem neuen Konsens zu gelangen.

Die Runden Tische, die Frau Müller-Trimbusch erwähnt hat, waren sicher keine schlechte Erfindung aus der Übergangszeit, als die absolute Herrschaft einer Partei abgelöst wurde und das neue politische System sich noch nicht etabliert hatte. Aber die Erfahrungen, die wir mit den Runden Tischen gesammelt haben, werden nicht verlorengehen und könnten sich möglicherweise in anderen Bereichen wiederfinden. Dazu gehört beispielsweise die nichtkonfrontative Auseinandersetzung, das stetige Bemühen um Konsens, und sei es auf einem minimalen Niveau. Auch die Verfassung des Runden Tisches ist nach meiner Ansicht zu schnell in die Ecke gestellt worden. Sie hätte bei der Debatte um die Reform des Grundgesetzes durchaus eine Rolle spielen und den Menschen im Osten vielleicht eine positivere Einstellung zum Grundgesetz vermitteln können, indem sie gesehen hätten, daß auch von ihrer Seite und ihren Erfahrungen etwas gefragt war.

Ich meine jedenfalls, daß sich die Tradition der Runden Tische wiederbeleben wird. Denn die Rolle der Parteien geht spürbar zurück. In Ostdeutschland greift nach der ersten großen Euphorie überall Resignation um sich. Die Wahlbeteiligung nimmt ab. Insbesondere auf kommunaler Ebene wird es zunehmend schwieriger, Menschen für eine Mitwirkung zu gewinnen, nachdem man zunächst mehr oder weniger versucht hatte, sich zu engagieren und die Dinge positiv anzugehen. Das ist vorbei. Statt dessen greift Lethargie um sich, und die Frage ist berechtigt, ob das wirklich so sein müßte. Vielleicht würde hier eine breitere Perspektive und eine grundlegende Reformdebatte im Stile der Runden Tische eine Änderung zum Positiven bewirken.

Haenschke

Der Vereinigungsprozeß hat deutlich gezeigt, wie unterschiedlich Arbeit in beiden Teilen Deutschlands beurteilt wurde und wohl auch noch wird. In einem Projekt, in dem ich mitarbeite, haben wir eine Reihe von Untersuchungen zu Themen: Wert der Arbeit sowie psychosoziale Auswirkungen von Arbeitslosigkeit gemacht. Dabei wurde einmal mehr deutlich, daß sich die Wertvorstellungen, was die Einstellung zur Arbeit angeht, nur sehr langfristig ändern.

In der DDR war man bemüht, das Thema Arbeit politisch-ideologisch stark zu instrumentalisieren. Da gab es die sozialistischen Kollektive, die unter dem Motto standen: "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben." Von solcher Indoktrination wurden natürlich auch die Menschen erfaßt, die nicht der Ideologie dieses Staates anhängen. Das Verhältnis zur Arbeit und zwischen den Arbeitenden in einem Betrieb

war wesentlich enger als im Westen. Arbeit hatte bei uns auch viel mehr soziale und psychosoziale Komponenten, die dazu beitragen, daß die Leute in ihrer Arbeit Befriedigung fanden. Es war nicht allein das Geldverdienen wichtig, sondern der ideelle und psychosoziale Zusammenhalt prägte die Arbeit und wirkte auf viele Lebensbereiche zurück, um die man sich gemeinsam kümmerte.

Kürzlich habe ich in einer Diskussionsveranstaltung erlebt, wie der Aufsichtsratsvorsitzende von Buna-Leuna, Herr von Brauchitsch, sich darüber verwunderte, daß heute, nach fünf Jahren, frühere Mitarbeiter von Buna, die freigesetzt und arbeitslos geworden sind, von den anderen weiter mitbetreut werden. Die Arbeitslosigkeit hat also keine Entsolidarisierung bewirkt, sondern es wird nach wie vor Solidarität geübt. Diese Solidarität und das regionale Wirgefühl der Menschen in den neuen Bundesländern sind sicher Eigenschaften, die eine zukunftssträchtige Bedeutung für die Entwicklung moderner Gesellschaften besitzen.

Herr Schönbohm meinte vorhin: Was ist schon so schlimm an der Arbeitslosigkeit, wenn die materielle Absicherung in etwa gegeben ist? Frau Jepsen ist darauf bereits eingegangen. Die Ostdeutschen trifft Arbeitslosigkeit aus den geschilderten psychosozialen Gründen noch sehr viel härter. Und es gibt in den neuen Bundesländern kaum eine Familie, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Ein Viertel bis ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung ist bei uns zur Zeit arbeitslos, und darüber hinaus sind viele von Arbeitslosigkeit bedroht.

Ich glaube, viele Menschen im Westen können gar nicht ermessen, wie sehr dadurch Selbstwertgefühl, Kommunikations- und Integrationsfähigkeit bei uns leiden, was im übrigen auch das Zusammenwachsen und die Erlangung der inneren Einheit in Deutschland erheblich erschwert. Hier gemeinsam über eine Neu- und Andersbewertung von Arbeit nachzudenken, scheint mir von großer Bedeutung, um das Phänomen Arbeitslosigkeit für die Menschen erträglicher zu machen.

In einer Studie unter dem Motto "trotz Arbeitslosigkeit kreativ" haben wir festgestellt, daß viele Menschen, die in den Vorruhestand geschickt wurden oder arbeitslos geworden sind, große Anstrengungen unternehmen, im Rahmen der Gemeinschaft aktiv zu bleiben, in Vereinen mitzuarbeiten, sich weiterzubilden und alles mögliche sonst zu tun. Das führt bereits in Richtung auf eine Neudefinition von Arbeit. Dies wird aber noch eine lange Zeit in Anspruch nehmen, jedenfalls sehr viel länger dauern, als man ursprünglich angenommen hatte.

Sengling

Es wurde verschiedentlich beklagt, daß die ehrenamtlichen Tätigkeiten nachlassen. Davon bin ich gar nicht überzeugt. Wir haben in der freien Wohlfahrtspflege an die 1,7 Millionen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unserer Arbeit eine besondere Qualität geben - bei aller Kritik, die hier wohl auch zu Recht an den Wohlfahrtsverbänden geübt wurde. Es sollte aber unsere gemeinsame Zielsetzung sein, das Ehrenamt in unserer Gesellschaft zu stärken und es nicht kaputt zureden.

Müller-Trimbusch

Ich würde einen anderen Begriff wählen, der nicht mit "Ehre" und mit "Amt" zu tun hat.

Sengling

Dann nennen Sie es meinerwegen "mitbürgerliches Engagement". Letztlich kommt es darauf an, daß Menschen bereit sind, anderen weitgehend unentgeltlich zu helfen.

Lassen Sie mich kurz vier Stichworte zum Ehrenamt behandeln. Erstens plädiere ich dafür, daß in unser Bildungssystem das Thema "soziale Erziehung" aufgenommen wird, um den jungen Menschen die sehr komplexe Thematik unseres Sozialsystems näherzubringen. Unsere Kinder wissen so gut wie gar nichts darüber, wie Menschen in dieser Gesellschaft leben, und wer ihnen hilft, wenn sie in Not sind.

Zweitens erwähne ich das freiwillige soziale Jahr, eine wirklich gute Einrichtung. Die Wohlfahrtsverbände finden es höchst bedauerlich, daß wir circa vierzig Prozent derer, die sich dafür bei uns melden, zurückweisen müssen, weil es an den benötigten Geldern fehlt. Denn auch für das freiwillige soziale Jahr fallen Kosten an, die zwar nicht sehr hoch sind, wo aber trotzdem die Finanzierung nicht ausreicht. Der Paritätische Wohlfahrtsverband zum Beispiel lebt ausschließlich von öffentlichen Zuwendungen, Leistungsentgelten, Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Das freiwillige soziale Jahr sollte auf jeden Fall durch staatliche Förderung gestärkt und unterstützt werden. Kürzungen in diesem Bereich sind für die Förderung von mitbürgerlichen Engagements kontraproduktiv.

Drittens: Wir brauchen kommunale Vermittlungsstellen für ehrenamtliches Tun, die es punktuell bereits gibt und die sehr hilfreich sind. Viele Leute, die etwas tun wollen, wissen nicht, wo und wie sie es anstellen sollen. Auch in dieser Hinsicht sollten wir einige Phantasie aufbringen.

Viertens schließlich wäre es wichtig, so etwas wie eine "Kultur des Ehrenamtes" zu entwickeln. Diejenigen, die ehrenamtlich tätig werden wollen, müssen die Möglichkeit haben, mitzuwirken und mitzuzuscheiden, ohne daß sie der verlängerte Arm der Professionellen sind.

Wir sollten generell dem amerikanischen Sozialökologen Bronfenbrenner folgen, der gesagt hat: Aufgabe des formellen Systems sozialer Dienste muß es sein, die informellen Systeme zu stärken, mit anderen Worten: die Menschen zu befähigen, sich um ihre Probleme selbst zu kümmern.

Wie kann das konkret aussehen? Ich denke, erstens durch Dezentralisierung; zweitens durch Deregulierung; und drittens: die Gelder den betroffenen Menschen nach Möglichkeit selbst in die Hand zu geben und die Mittelvergabe nicht allein über städtische oder andere Behörden zu steuern. Die Menschen sind durchaus in der Lage, mit den Geldern sachgerecht umzugehen. Dafür liegen genügend Erfahrungen vor. Einzelne Individuen, Familie oder gesellschaftliche Gruppen sind häufig sehr viel eher in der Lage, Probleme vor Ort zu lösen als große Institutionen.

Wir müssen vor allem lernen, zwischen den verschiedenen Trägerschaften und sozialen Einrichtungen zusammenzuarbeiten. In einer Kommune arbeiten viele Institutionen neben- statt miteinander, wo es um dieselben Menschen geht. Dabei funktioniert die hier verschiedentlich geforderte "Vernetzung" immer dann, wenn man sie konkret und bewußt anstrebt. Dies müßte viel mehr gefördert werden. Dafür wäre wichtig, die allerorten vorhandenen Barrieren zu Verwaltungen oder auch bei den Wohlfahrtsverbänden abzubauen.

Wir haben in Münster in einem Stadtteil beispielsweise Alleinerziehende, die sich bislang nicht kannten, zusammengebracht mit dem Ziel, daß sie sich in bestimmten Bereichen gegenseitig unterstützen und entlasten. Das funktioniert; man muß es nur tun. Oder wir lassen Eltern selbst darüber entscheiden, wie die Gelder für Schularbeitshilfen in einem Stadtteil verteilt werden sollen. Merkwürdigerweise funktioniert auch das, obwohl vorher niemand daran geglaubt hatte.

Von daher würde ich die Chancen für eine Neugestaltung oder einen Umbau des Sozialstaates gar nicht so pessimistisch beurteilen. Wir müssen nur den Mut haben, unkonventionell vorzugehen. Manche Dinge lösen sich, wenn man sie konkret anpackt, leichter, als wir uns das theoretisch vorgestellt haben.

Pfaff

Ich stimme Ihnen zu, Herr Sengling, daß eine Gesellschaft unbezahlte, jedenfalls nicht zum Marktwert bezahlte ehrenamtliche Tätigkeiten in vielen Bereichen braucht. Vielleicht ist das der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält. Dennoch möchte ich vor dieser Argumentation sehr warnen, die immer dann hochkommt, wenn es darum geht, zum einen Kosten zu sparen, zum anderen Frauen, die erwerbstätig sein wollen, zu sagen: Es gibt so viel ehrenamtlich zu tun, wenn es Euch langweilig wird. Und drittens, wenn es um Arbeiten geht, die eigentlich von Professionellen ausgeführt werden sollten - was mit dem Kostenargument eng zusammenhängt.

Ehrenamtlich tätig zu sein, kann sehr Unterschiedliches bedeuten. Wenn Herr von Weizsäcker sagt, er leiste bereits seit geraumer Zeit freiwillige soziale Jahre ab, dann ist da sicher neben dem Amt auch sehr viel Ehre dabei. Wenn dagegen jemand für die Caritas oder die Arbeiterwohlfahrt sammeln geht oder in einer Sozialstation hilft oder professionelle Kräfte bei der Aids-Betreuung oder bei der Betreuung straffälliger Jugendlicher unterstützt, dann geht es dabei sicher weniger um Ehre als vielmehr um anstrengende Arbeit. Damit ist zwar meist ein starker Wille, helfen zu wollen, verbunden. Aber gleichzeitig wollen die Betroffenen auch selbst darüber bestimmen, wann und wo sie tätig werden, wenn sie schon gratis arbeiten.

Gerade bei den sozialen Diensten, die in manchen Bereichen sehr unter Druck geraten sind, halte ich es für wenig sinnvoll, anstelle von professionellen ehrenamtliche Kräfte einzusetzen. Ehrenamtliche Tätigkeit sollte dort zum Tragen kommen, wo die Professionellen nicht tätig werden, bei der Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen beispielsweise, denen sie menschliche Zuwendung geben können und nicht unter dem enormen Zeitdruck stehen, der die Professionellen antreibt. Wenn aber die professionellen durch ehrenamtliche Kräfte ersetzt werden sollen, dann halte ich das für den falschen Weg und auch für eine Marktverzerrung.

Sengling

Ich habe nicht gesagt, das Ehrenamt solle die Professionalität ersetzen.

Pfaff

Sie haben das nicht gesagt, aber von vielen Leuten wird das häufig so mitgedacht. Vor solchen Hintergedanken kann ich nur warnen.

Herrn Seehofer stimme ich zu, daß wir keinen prinzipiell neuen Gesellschaftsvertrag brauchen, aber es geht bei der Weiterentwicklung um ein sehr breites Spektrum von Möglichkeiten. Vielleicht sind auch die Vorschläge von Herrn Schönbohm und Herrn Dettling zum Thema Grundsicherung innerhalb unseres jetzigen Generationenvertrages umsetzbar. Denkbar wäre jedenfalls, die gesetzliche Rentenversicherung allmählich in eine Pflichtversicherung für alle zu überführen. Dann haben wir über kurz oder lang eine beitragsfinanzierte Grundsicherung, was letztlich nichts anderes ist als eine Ausweitung unseres Generationenvertrages. Selbst die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung würde nicht bedeuten, den Generationenvertrag grundsätzlich aufzukündigen, sondern ihn eher zu ergänzen oder zu stabilisieren.

Aber ein Gesellschaftsvertrag ist sicher weiter zu fassen als der Generationenvertrag. Dabei geht es beispielsweise auch um einen Vertrag zwischen Ost- und Westdeutschen, zwischen Männern und Frauen, zwischen niedrigeren und höheren sozialen Schichten und Einkommensgruppen. In der Richtung müssen wir die Weiterentwicklung denken, wobei es entscheidend auf die konkrete Ausgestaltung ankommt.

Unser soziales Sicherungssystem ist zum einen an einen ganz spezifischen Mix gebunden, von Steuerfinanzierung, Sozialversicherungsfinanzierung bis hin zur privaten Versicherung und privaten Vorsorge über Ersparnisbildung, zum anderen ist es aber auch auf die Wirtschaftsstruktur zugeschnitten. So hat sich über viele Jahrzehnte eine bestimmte Lohnstruktur entwickelt, an der dieser Vertrag wesentlich festgemacht ist.

Ich stelle mir etwa vor, wir würden bei der gesetzlichen Krankenversicherung - der Zweig, der am stärksten auf eine einkommensbezogene Umverteilung ausgerichtet ist - in Zukunft die Finanzierung unterschiedlich gestalten, nämlich auf die risikoäquivalente Beitragsgestaltung umsteigen. Angenommen, wir würden dieses System völlig privatisieren, dann würden wir de facto die reale Einkommensverteilung radikal umstellen. In diesem Falle würden wir nämlich den niedrigeren Einkommensschichten erheblich wegnehmen und den höheren etwas dazugeben.

Mein Eindruck ist, daß aus dieser Ecke der Wind weht, wenn man sich die Forderungen zum sozialen Umbau ansieht: starke Erhöhung der Selbstbeteiligung, Ausgrenzung von Leistungen, Umstellung auf Kapitaldeckungsverfahren. Hier wollen sich die Bessersituierten, die Höherverdienenden aus dem sozialen Ausgleich herauskaufen oder davonschleichen - wie man es nimmt.

Bei der Umverteilung müssen wir jeweils entscheiden, ob Arbeit oder Einkommen beziehungsweise in welchem Maße beides umverteilt werden soll. Um irgendeine Umverteilung kommen wir jedenfalls nicht herum, weil anderenfalls die Stabilität der Gesellschaft gefährdet ist.

Bei der Umverteilung von Einkommen habe ich die Befürchtung, daß dahinter oft sehr unterschiedliche Motive stehen, was bei der Diskussion um die Grundsicherung einmal mehr deutlich geworden ist. Wenn die Grünen eine Grundsicherung fordern, meinen sie damit sicher etwas anderes, als wenn dies die FDP oder Herr Biedenkopf tun. Das zeigt sich schon an der unterschiedlichen Rhetorik. Während die einen darin ein emanzipatorisches Instrument sehen, verstehen die anderen dies als Ausgrenzungsinstrument. Deswegen ist Vorsicht geboten bei allzu starken Umstellungen. Insofern würde ich Herrn Seehofer im Prinzip durchaus zustimmen - wenn auch nicht in jeder einzelnen Maßnahme;- , daß die kleinen Schritte besser sind als der eine große Wurf.

Schneider

Wenn wir eine Massenbewegung von Leuten hätten, die nicht arbeiten wollten und sich mit dem begnügen würden, was sie an Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe bekommen, könnte ich die Diskussion verstehen, die zwischen Erwerbsarbeit und anderen sinnvollerem, sinnstiftenden Tätigkeiten unterscheidet. Mein Eindruck ist jedoch ein ganz anderer, daß sehr viele Leute nach gut bezahlter Arbeit suchen, um sich mit dem Geld die Dinge kaufen zu können, die sie zu einem annehmlichen Leben brauchen. Diese Einstellung hat sich bisher nicht verändert, und die Zahl derer, die sich fröhlich dem Müßiggang hingeben können, ist eher gering. Dabei würde ich durchaus lieber für ein Recht auf Faulheit plädieren. Doch solange man für sein Geld noch wirklich arbeiten muß, sehe ich keine wesentliche Verschiebung weg von der Erwerbsarbeit.

Das bedeutet, daß in allen sozialen Sicherungssystemen die bezahlte Arbeit nach wie vor Ausgangspunkt auch der Finanzierung sein muß. Deshalb kann ich auch nicht nachvollziehen, Herr Radermacher, daß bei allen Ihren globalen Perspektiven die Arbeitsmarktpolitik nicht mehr im nationalen oder im europäischen Rahmen zu sehen ist. Für eine andere Arbeitsmarktpolitik habe ich jedenfalls noch keine vernünftigen Argumente gehört.

Warum wird hier eigentlich immer so getan, als sei es unmöglich, neue Arbeitsplätze zu schaffen? Es wird doch sehr viel Geld ausgegeben, nur um Leute zu bezahlen, damit sie nichts tun. Das ließe sich auch andersherum machen, selbst unter Aufrechterhaltung des Versicherungsprinzips.

Es gibt derzeit zwei Gesetzentwürfe zum neuen Arbeitsförderungsgesetz, die beide sehr konservativ ausgefallen sind und an einem Instrumentarium zur Schaffung von Arbeitsplätzen festhalten, das aus meiner Sicht der Situation nicht mehr gerecht wird. Was wir brauchen, ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört etwa ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor - nicht der Bergbau, die Werftindustrie und auch nicht der öffentliche Dienst;-, sondern ein Sektor, der mit staatlichen Geldern unterstützt wird, um den Menschen ein entsprechendes Einkommen zu ermöglichen.

Auch die AB-Maßnahmen müssen von der unsinnigen Forderung befreit werden, daß sie nur auf gemeinnützige und zusätzliche Tätigkeiten zu beschränken sind'. Das Instrumentarium muß viel stärker betriebs- und auch trägergebunden ausgerichtet und auch stärker institutionalisiert werden. Eine neue Arbeitsmarktpolitik müßte weit mehr unternehmensbezogen sein und dabei auch das mit einbeziehen, was unter Industriepolitik beim Europäischen Sozialfonds diskutiert wird. Dort geht es darum, den Wandel, den Herr Radermacher beschreibt, aus öffentlichen Geldern mitzufinanzieren.

Ich meine also eine unternehmensbezogene und regionalorientierte Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehören Tarifverträge, die Arbeit, Arbeitszeit und Bildungszeit regeln. Warum muß eigentlich die strukturelle Anpassung von Unternehmen unbedingt über die Arbeitslosigkeit gesteuert werden? Die vorgenannten Komponenten ließen sich tarifvertraglich und seitens des Staates mitfinanzieren. Dabei könnten auch zeitlich begrenzte Maßnahmen, wie sie bei ABM ursprünglich gedacht waren, über Bildung, Anpassungsqualifizierung und auch Versetzung aus dem Betrieb in andere Bereiche vorgesehen werden.

Solche Elemente, die wir bei uns als Industriepolitik immer abgelehnt haben, gehören in eine neue Arbeitsmarktpolitik hinein. Das heißt, auf der Ebene betriebsbezogener Tarifverträge und auf der Ebene der Mitfinanzierung des Staates muß über solche Elemente außerhalb des Produktionsprozesses nachgedacht werden.

Das greift natürlich dort nicht, wo Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eng miteinander verknüpft sind. Aber bevor man jemanden zu Hause sitzen läßt - der eben nicht einen Roman schreibt, Herr Schönbohm, sondern dem die Decke auf den Kopf fällt;-, sollte man Möglichkeiten für die Betroffenen finden, sich in einer Arbeit produktiv zu betätigen, in welcher Form auch immer. Ich meine jedenfalls, daß es in unserer Gesellschaft ein Recht auf Arbeit geben muß.

Was ein soziales Pflichtjahr für Jugendliche angeht - etwa als Ersatz zum Wehrdienst;-, so hätte dies eine gesellschaftliche und eine pädagogische Dimension. Damit würde die Gesellschaft bei ihren Bürgern sozusagen auch Pflichten einfordern. Das reicht aber als arbeitsmarkt- und bildungspolitisches Instrument nicht aus, selbst wenn damit gewisse Entlastungseffekte gegeben wären. Jugend- und Bildungspolitik sollte zum Ziel haben, daß sich die Jugendlichen an die Arbeitswelt anpassen können. Dabei geht es nicht mehr um die normale Erwerbsbiographie, sondern um die Weckung einer ständigen Lernbereitschaft als Bildungsziel.

Das heißt, auch die Ausbildungs- und Weiterbildungssysteme müßten neu organisiert werden. Die Europäische Union ist in dieser Hinsicht in vielen Punkten schon weiter, gerade was die Bildungspolitik betrifft, als dies bei uns wahrgenommen wird. Auch da ließen sich konkrete Maßnahmen vorstellen, um zu verhindern, daß Menschen im Nichtstun resignieren, sondern sich bildungs- und arbeitsmäßig produktiv betätigen. Statt dessen beschränken wir uns darauf, auf die Arbeits- und Sozialämter zu verweisen, die es schon irgendwie für die Menschen regeln werden.

Riedmüller

Diese Strategie, Herr Schneider, steht nicht im Gegensatz zur Diskussion um die Grundsicherung. Bürgergeld und soziale Grundsicherung sind zwei verschiedene Dinge. Während das Bürgergeld als eine Art Basissicherung verstanden wird, die anschließend die Eigenleistung nach sich zieht, ist Grundsicherung als ein Element in den bestehenden Sicherungssystemen gemeint. Das ist dann eine Mischform zwischen beitragsfinanzierten Systemen und steuerfinanzierten Elementen.

Dubiel

Ich will noch einmal auf die historischen Anfänge des Gesellschaftsvertrages zurückgehen, ein Begriff, der im 16./17. Jahrhundert etwa bei Pufendorf und Rousseau aufkam. Der Grundgedanke richtete sich dabei stets auf die männlichen Erwachsenen, die irgendwo am einsamen Strand von Pennsylvania anlandeten, sich die Hand gaben und einen Bund gründeten.

Was hierbei deutlich wird, ist, daß ein Gesellschaftsvertrag an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ganz andere Dimensionen hat. Es geht nicht mehr nur um die erwachsenen Männer, sondern auch die Frauen wären dabei, und ebenso müßten die Interessen aller berücksichtigt werden, die seinerzeit aus den gesellschaftlichen Prozessen meist ausgeschlossen waren. Ein solcher Gesellschaftsvertrag ließe sich auch nicht auf die unmittelbar Beteiligten eines bestimmten Territoriums beschränken, sondern potentiell müßten alle Bürger weltweit mit einbezogen werden. Ein solcher Vertrag müßte aber nicht nur räumlich und sozial entgrenzt sein, sondern auch die zeitliche Begrenzung aufheben, das heißt die künftigen Generationen mitbedenken. Denn die Entscheidungen, die wir heute fallen, haben ja nicht nur fiskalische Auswirkungen für die Zukunft, sondern schlagen sich vor allem langfristig in der Natur nieder, mit deren Schädigungen noch viele Generationen später zu tun haben. Das heißt, ein Gesellschaftsvertrag wäre heute eine ungeheuer komplizierte Angelegenheit mit sehr unterschiedlichen Dimensionen.

Frau Riedmüller sprach von den schwindenden Funktionsbedingungen unseres gegenwärtigen Sozialsystems, auf die sich immer auch die Alternativen beziehen, die hier diskutiert werden. Da ist zum einen der demographische Wandel, auf den Herr Adam verwiesen hat. Da ist zweitens der Prozeß der Entsolidarisierung, für den hier zahlreiche Beispiele angeführt wurden, die darauf hinausliefen, daß es wesentlich auf die Institutionen ankommt, Solidarität zu ermöglichen oder eben nicht. Das heißt, die Menschen haben sich gegenüber früher nicht verändert - sie sind nicht egoistischer oder altruistischer geworden;-, sondern ihr Verhalten hängt sehr stark von den institutionellen Voraussetzungen ab, ob diese Egozentrik oder Altruismus ermutigen. Das ließe sich an vielen Punkten demonstrieren. Auch das gegenwärtige Sozialsystem ist in vieler Hinsicht verantwortlich für Tendenzen der Entsolidarisierung und Individualisierung.

Die Entkoppelung von Arbeit und Produktion, die Frau Riedmüller erwähnt, ist sicher der komplizierteste Punkt. Wie läßt sich ein Sozialsystem organisieren, das einer solchen Entkoppelung, die sich noch dramatisch verstärken wird, Rechnung trägt? Dazu gehört die Diskussion um Grundsicherung und Bürgergeld, um Arbeitszeitflexibilisierung oder auch um die kulturelle Aufwertung der Nichterwerbsarbeit. Immer noch herrscht in unserer Gesellschaft ganz massiv die protestantische Ethik vor, die die Würde des Menschen eng mit der Erwerbsarbeit verbindet. Dies zu ändern, was unbedingt notwendig ist, gehört zu den schwierigsten Problembereichen eines zukünftigen Gesellschaftsvertrages. Und wenn wir dann noch die "Globalisierung" mit aufnehmen, wird deutlich, in welchen komplexen Zusammenhängen das Thema unseres Gespräches zu sehen ist - und wir könnten hier noch eine ganze Woche weiterdiskutieren, ohne zu irgendeiner praktikablen Lösung zu kommen.

So sehr wir auch die Krisenhaftigkeit unseres Arbeitsmarkt- und Sozialsystems beklagen, auf bestimmte Dinge wollen wir unter keinen Umständen verzichten, die aber gerade zu der von mir erwähnten Exklusion notwendigerweise führen. Ein funktionierendes Tarifsystem ist nun einmal an die nationalstaatliche Abschließung des Arbeitsmarktes gebunden, und daran hängen dann auch die sogenannten sozialen Errungenschaften - ob man den Nationalstaat liebt oder nicht. Wie man das aufgeben kann, ohne das andere zu gefährden, ist mir nicht einsichtig.

Das gilt auch für Dinge wie ein liberales Wohnrecht, also die private Verfügbarkeit über Wohneigentum. Es gibt zwar in der Bundesrepublik genügend unbenutztes Wohneigentum. Aber die Obdachlosen und Wohnungssuchenden darin unterzubringen, das ließe sich nur in Form einer autoritären Zwangsbewirtschaftung bewerkstelligen. Das heißt, auch das Recht auf privates Wohneigentum stünde zur Disposition, wenn man Exklusion auf diesem Gebiet verhindern will. Für die Finanzierung des Sozialsystems gilt das ohnehin.

Wenn wir also nicht selbst zu Protagonisten von Exklusionsprozessen werden oder Triebkräften des Weltmarktes blind modernistisch nachgeben wollen, müssen wir über intelligente Formen einer demokratischen Exklusion nachdenken und uns sowohl Abgrenzungskriterien als auch Formen der Inklusion, der Einbeziehung, überlegen.

Wie sollte das beispielsweise in bezug auf die Arbeitsmarktentwicklungen aussehen, was vielfach diskutiert wird? Das betrifft dann Fragen der Einwanderungspolitik und etwa die Festlegung von jährlichen Einwanderungsquoten, deren Kriterien aufgrund des legitimen nationalen Eigeninteresses

definiert werden, aber auch moralische Kriterien berücksichtigen muß, wenn es um Bürgerkriegs- oder auch um Armutsflüchtlinge geht, wobei die Belastbarkeit unserer Infrastruktursysteme mitzubedenken ist. Darüber kann man öffentlich kaum diskutieren. Das geht nur in geschützten Räumen, weil sonst die Gefahr groß ist, in der einen oder anderen Richtung mißverstanden zu werden und politisch ins Abseits zu geraten.

Gibt es also unter Systemgesichtspunkten "legitime" Formen der Exklusion, die gleichzeitig mit dem demokratischen Inklusionsgebot der Weltgesellschaft in Einklang zu bringen sind? Und wie lassen sich solche Fragen dann in Operationskriterien eines Arbeitsmarktes umsetzen? Ich weiß darauf auch keine Antwort und will nur darauf hinweisen, daß darüber bisher kaum nachgedacht wird.

Wir reden jetzt so viel über die Krise des gegenwärtigen Sozialsystems, daß wir über die Schattenseiten, die dieses System schon hatte, als es noch gut funktionierte, hinwegsehen. In den siebziger Jahren wurde immer wieder darauf hingewiesen - und das trifft angesichts der krisenhaften Zuspitzung in den letzten Jahren heute noch viel mehr zu;- daß der Sozialstaat, wie er bei uns praktiziert wird, mit dem Ideal des demokratischen Aktivbürgers kaum vereinbar ist. Denn dieser Sozialstaat weist stark bürokratische, autoritäre, interessenbezogene und individualisierende Züge auf.

Wir sollten uns also weit mehr fragen - und das habe ich in dieser Diskussion doch vermißt: Wie müßten die sozialen Sicherungssysteme organisiert werden, damit sie dem Ideal moderner Demokratien entsprechen? Dabei geht es weniger um die Individuen, sondern wie versetzen wir bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen in die Lage, ihre Interessen im demokratischen Spiel besser zu vertreten? Die Diskussion um die Zivilgesellschaft oder die Bildung von Sozialkapital geht ja von einem ganz anderen Ideal der sozialen Sicherungssysteme aus, indem sie auf die demokratische Ermächtigung, auf die Inklusion bisher ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen in den demokratischen Diskurs, abzielt. Vielleicht würde sich daraus ein neues System entwickeln, das tatsächlich dem Niveau demokratischer Gesellschaften entspricht und nicht nur die Lücken mehr schlecht als recht überdeckt, die sich jetzt aufgetan haben.

Metz-Göckel

Wer schließt eigentlich den Gesellschaftsvertrag? Ähnlich wie Herr Dubiel denke ich, daß das in den Anfängen eine kleine Gruppe von Männern war, die für andere gedacht haben. Heute dagegen sind viele daran beteiligt, wobei auch nicht nur einige wenige für andere entscheiden, sondern viel mehr Menschen sind jetzt aufgrund von Bildung und Wohlstand in der Lage, ihre Probleme zu artikulieren und zu ihrer Lösung etwas beizutragen. Ich meine, das muß auch die Vision sein, wenn wir über einen neuen Gesellschaftsvertrag nachdenken. Das schließt im übrigen Alte wie Junge mit ein.

Aber wen schließen wir aus? Das sind zunächst einmal diejenigen, die wir als Ausländer definieren. Wir haben uns gewissermaßen daran gewöhnt, diese Definition an Hand sozialer Kriterien vorzunehmen, die ungleich sind.

Ein Beispiel: In einer Untersuchung über Spätaussiedler wird festgestellt, daß diese nur erfaßt sind, solange sie an Sprachkursen teilnehmen. Da sie sehr schnell einen deutschen Paß erhalten, fallen sie aus der Ausländerstatistik heraus. Wo sie dann wieder auftauchen, ist bei der Sozialhilfe, wo sie meist für den Rest ihres Lebens verbleiben. Denn die Sprachkurse sind zu kurz, und die Integrationsmaßnahmen reichen nicht aus. Mit anderen Worten: Für diese Gruppe von Menschen, kaum der deutschen Sprache mächtig und mit unserer Kultur nur wenig verbunden, ist eine Sozialhilfekarriere vorprogrammiert.

Auf der anderen Seite haben wir die Kinder von ausländischen Gastarbeitern, die sogenannten Bildungsinländer, deren glänzende Spitze ich an meiner Universität mit großer Freude erlebe. Da sie Ausländer sind, bekommen sie sofort Probleme, wenn sie sich auf den Arbeitsmarkt begeben. Das heißt, hier haben wir eine Gruppe begabter junger Menschen, die ohne weiteres in unsere Gesellschaft zu integrieren wären, was wir aber ungleich erschweren, während wir uns um andere massiv bemühen und im Grunde nur abweichende Karrieren produzieren.

Was ich sagen will, ist, daß wir mit formal gleichen Gruppen in einer Weise sozial ungleich umgehen, daß man nur von Diskriminierung sprechen kann - mit entsprechend negativen Folgen für die Gesellschaft.

Was die Wandlungen innerhalb der Familienstrukturen angeht, sehe ich dies nicht so negativ, wie es hier verschiedentlich anklang. So kommen amerikanische Untersuchungen über "brave new family" im Silicon Valley, einer hochproblematischen Region, zu dem Ergebnis, daß die Familien, die dort unter teilweise unglaublichen sozialen Umweltbedingungen leben, neue Formen des Zusammenhalts

entwickeln und beispielsweise soziale Netzwerke zur gegenseitigen Unterstützung ausbilden, um überleben zu können.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in Deutschland ab. Wie Untersuchungen zeigen, werden auch hier Netzwerke gebildet und soziale Unterstützung geleistet. Dabei sind insbesondere die Frauen kreativ, wenn es darum geht, Notsituationen mit Sozialkompetenz zu begegnen. Das heißt, die Not mobilisiert bei vielen Personengruppen die Fähigkeit, zu kreativen Lösungen zu gelangen.

Deshalb beinhaltet meine Vision eines neuen Gesellschaftsvertrages auch eine ganz andere Konstruktion des Geschlechterverhältnisses. In der Hinsicht schließe ich mich Herrn Dettling an: Menschen sind dann bereit, aktiv an Problemlösungen mitzuwirken, wenn man ihnen dies durch geeignete Rahmenbedingungen ermöglicht und sie dann auch die kleinen sozialen Netze aufbauen können. Vielleicht kommt meine Vision vielen von Ihnen ein wenig kleinkariert vor, aber mir geht es darum, in diese Vision möglichst viele Menschen zu möglichst gleichen Bedingungen einzubeziehen.

Bäcker

Ich möchte drei Punkte im Hinblick auf mögliche Handlungsstrategien ansprechen. Erstens müssen wir uns in der Sozialpolitik über Prioritäten und Nachrangigkeiten klarwerden. Zweitens gilt es, Sozialpolitik und Sozialstaat an veränderte Lebensformen und Lebensweisen anzupassen. Und schließlich drittens: Gesellschaftsvertrag und Sozialstaat müssen den Wandel der Geschlechterrollen konkret berücksichtigen und dabei vor allem auf die Situation der Männer eingehen.

Zunächst zur Frage der Prioritätensetzung. Es dürfte auch in diesem Kreis unstrittig sein, daß sich in unserem Sozialstaat noch vielerorts Effizienzreserven aufdecken lassen. Aber selbst wenn wir diese ausschöpfen würden, stünden wir in den nächsten Jahren vor ungeheuren finanziellen Anspannungen, nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels. Das betrifft natürlich vor allem den gesamten Bereich der Alterssicherung, für den heute summa summarum etwa sechzig Prozent des gesamten Sozialtats aufgewandt werden. Wie steht es da um Prioritäten und Nachrangigkeiten? Welche Möglichkeiten bestehen, um die Ausgabendynamik in der Alterssicherung abzufachen?

Da heißt es, dann müssen wir eben das Sicherungsniveau absenken. In dem Zusammenhang wird interessanterweise immer nur die Rentenversicherung erwähnt. Wenn wir aber über die öffentlich finanzierte Alterssicherung reden, dann sollten wir, bevor wir zur Rentenversicherung kommen, erst einmal über andere Sicherungssysteme nachdenken, die in ihrem Leistungsniveau unvergleichlich besser gestellt sind, beispielsweise die Altersabsicherung der Beamten.

Auch die Formel "alt gleich arm" stimmt heute nicht mehr. So ist zu fragen, ob es sinnvoll ist, daß alte Menschen von der Deutschen Bahn AG generell eine Fahrpreisermäßigung erhalten. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum es da so hohe Freigrenzen geben muß. Zu überprüfen ist des weiteren, Leistungen der Alterssicherung stärker zu besteuern. Das allerdings käme dann einer mittleren Revolution gleich.

Dann zum zweiten Punkt: Anpassung des Sozialstaates an geänderte Lebensweisen. Auf die Benachteiligung der Familie ist mehrfach hingewiesen worden. Nicht erwähnt worden ist aber, daß wir uns nach wie vor den Luxus leisten, die Ehe finanziell massiv zu unterstützen, unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind oder nicht. Die Ehe als solche wird durch zahlreiche rechtliche, insbesondere steuerrechtliche Regelungen begünstigt. Daran etwas zu ändern, würde in der Tat großen politischen Mut erfordern, weil dieses Thema hochgradig ideologisch besetzt ist. Ich würde dafür werben, die Finanzierung von Kindern und nicht die Förderung der Ehe in den Mittelpunkt zu stellen.

Mein dritter Punkt betrifft den Wandel der Geschlechterrollen. Wir sprechen meist nur über die Frauen. Tatsache ist, daß die Erwerbsquote von Frauen gestiegen ist und weiter ansteigen wird. Damit einher geht die rückläufige Selbsthilfefähigkeit in den Familien. Wenn wir die dadurch entstandenen Defizite nicht ausschließlich durch öffentliche Leistungen auffangen können und wollen, müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir das andere Geschlecht, also die Männer, motivieren können, die sozialen Aufgaben, die bislang fast ausschließlich von Frauen wahrgenommen wurden - in der Familie, in der Nachbarschaft;- in Zukunft stärker mitzutragen. Das setzt aber voraus, daß wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch im Hinblick auf die Männer diskutieren. Das wird nicht durch sozialstaatliche Aktivitäten zu erreichen sein, sondern dabei geht es um einen sehr langfristigen gesellschaftlichen Wandlungsprozeß. Welche sozialpolitischen, steuerlichen und sonstigen Instrumente wären hier denkbar, um diesen Wandel anzustoßen und zu fördern?

Riehle

In diesem Gespräch ist deutlich geworden, daß für die nächsten Jahre mit einer labilen und auch kritischen Situation in unserem sozialen System zu rechnen ist. Es wird darum gehen müssen, die Interessen aller Beteiligten in diesem Prozeß in Balance zu halten, von ihnen aber auch soviel wie möglich aktive eigene Beiträge zu fordern. Dazu wurden Lösungsvorschläge gemacht, die sowohl die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als auch die institutionellen Gegebenheiten betreffen. Was unser Sozialsystem insgesamt angeht, so denke ich auch, daß wir bei allen Risiken, die hier angesprochen worden sind, noch für einige Zeit über genügend Auffangpotentiale verfügen. Darüber hinaus sollten wir aber den industriellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, die dafür innerhalb des deutschen und auch des europäischen Systems gegeben sein müssen, größere Aufmerksamkeit widmen.

Einen wichtigen Punkt sehe ich dabei in einer gewissen "Deinstitutionalisierung" der gesamten sozialen Versorgung: Das Engagement der Menschen selbst in ihren jeweiligen Gruppen ist stärker zu fördern.

Die Motivation der Bevölkerung, sich an diesem Wandlungsprozeß zu beteiligen, ist aber nur die eine Seite der Medaille. In diesem Prozeß wird die Änderung der Einstellung und Verhaltensweisen aller Beteiligten eine wesentliche Rolle spielen. Da sich die kulturell geprägten Erwartungshaltungen und Verhaltensmuster erfahrungsgemäß nicht von heute auf morgen ändern, bedarf es breiter Unterstützung, die jeder von uns in seinem Wirkungsfeld leisten sollte.

Das Problem ist nicht auf den Kontext Deutschland begrenzt; die europäische Ebene kommt hierbei ins Spiel, auch wenn ich nicht so weit gehen würde wie Herr Afheldt, was die Konsequenzen der Globalisierung angeht. Hier sind einige Triebkräfte angesprochen, die sich im institutionellen, vor allem aber im industriellen Umfeld in Europa und über Europa hinaus im weltwirtschaftlichen Rahmen auf tun.

So haben wir beispielsweise in Deutschland nach wie vor im gesamten mittelständischen Bereich Strukturprobleme. Diese Unternehmen verfügen im Hinblick auf die internationalen Märkte weder von der Finanzierungsseite noch von den erforderlichen Strukturen her - etwa was die Zulieferer betrifft - über die entsprechenden Ressourcen. Um der Neuorientierung der Großindustrien in die internationalen Schwerpunktmärkte Folge leisten zu können, müssen in den nächsten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen werden. Auch die größeren Unternehmen sind hinsichtlich Managementeinsatz, Liefer- und Produktionsstrukturen sowie Investitionsabsicherung enormen Herausforderungen bis in die grundsätzlichen Organisations- und Führungskonzepte hinein ausgesetzt.

Wenn Europa und damit auch Deutschland als Industriestandort Leistungsfähigkeit bewahren soll, muß hier angesetzt werden. Das, was wir in diesem Kreis diskutiert haben, ist zweifellos wichtig für die sozialen Rahmenbedingungen. Um aber die verbleibenden eigentlichen Grundursachen konsequent beheben zu können, bedarf es in den anderen Bereichen, nicht zuletzt in der Politik, einer fundamentalen Veränderungsbereitschaft und notwendiger Entscheidungen. Hinzu kommt, daß es nicht ausreicht, wenn hier nur Deutschland aktiv wird - unsere europäischen Partner sind mindestens in gleicherweise gefordert und stehen teilweise vor größeren Problemen und Risiken als wir in Deutschland. Ein neuer Blick, eine neue Sichtweise auf die gegebenen nationalen europäischen Industriestrukturen und ihre druckvolle internationale Führung ist hierzu vermehrt erforderlich. Ansätze zur Straffung und Bündelung werden verstärkt zu prüfen sein.

Dem Industrievertreter hat dieses Gespräch wertvolle Anstöße vermittelt. Gerade auch für die Verantwortlichen in der Industrie ist es wichtig, die vielfältigen Sichtweisen zu ergründen, die ihr Handeln wesentlich mitbestimmen. Dennoch will ich umgekehrt mit aller Deutlichkeit sagen: Die internationalen Märkte verlangen zwar von den Unternehmen, sich strikt den System- und Marktgesetzen anzupassen; auch kann auf dem Felde der Beschäftigungssicherung und ebenso der sozialen Unterstützung gewiß flankierend noch viel getan werden. Aber: In der Gesellschaft müssen angesichts dieser Perspektiven letztlich alle für Erneuerung offen sein.

Seehofer

Wenn ich mir diese Diskussion vor Augen führe, sehe ich keine Veranlassung, von meinem Grundoptimismus Abstand zu nehmen. Alle Argumente, die ich hier gehört habe, lassen sich in den bestehenden Gesellschaftsvertrag einpassen, wenn man sich nur darauf versteht, die kleinen Dinge konkret anzupacken, statt die großen nur zu planen.

Ich bleibe also bei meiner ersten These: Wir brauchen keinen anderen Gesellschaftsvertrag, sondern müssen den gegebenen nur modernisieren und zeitgemäßer ausgestalten.

Die einzige in sich geschlossene Alternative, die dem gegenübergestellt wird, ist das Modell einer Grundsicherung, in welchem Gewände auch immer. Darüber kann man diskutieren. Herr Schönbohm rechtfertigt die Grundsicherung damit, daß dies einen geringeren Finanzaufwand der öffentlichen Hand erfordere. Ich behaupte dagegen, daß in einer Stimmungsdemokratie die Grundsicherung teurer kommt als der jetzige Gesellschafts- und Generationenvertrag. Das konnte man sehr gut feststellen, als wir darangingen, aus der Krankenversicherung nur ein Element herauszunehmen, nämlich die zahnmedizinischen Leistungen.

Es zeigt sich jedenfalls, daß der Konsens über die Grundsicherung unter den Bedingungen von Stimmungsdemokratie und Interessenbindung immer auf dem höchstmöglichen Niveau stattfindet. Das konnten Sie auch an der Diskussion über Bürgergeld und Grundsicherung seit den sechziger Jahren verfolgen, mit welchen Beträgen man begonnen hat, und wo wir heute stehen. Da geht es nicht nur um die normale Steigerung der Lebenshaltungskosten, sondern um einen politischen Preis. Die Sozialdemokraten schlugen 1400 DM vor, dann kommen wir mit 1600 DM, und irgend jemand von rechts oder links will es nicht unter 2000 DM machen.

Alle Vorschläge, die hier zur Sprache gekommen sind: Dezentralisation, vernetzte Systeme, Entbürokratisierung, Motivierung des einzelnen - die übrigens weit besser in unserem Lande ist, als hier gelegentlich zum Ausdruck kam;- , alles dies kann innerhalb des bestehenden Gesellschaftsvertrages geschehen. Man muß es nur tun und sollte nicht immer darauf warten, bis endlich der große Wurf auf dem Tisch liegt.

Die größten Probleme erwarte ich dort, wo soziale Konflikte sich im Sinne einer Radikalisierung und Renationalisierung auf die Gesamtpolitik auswirken. Das betrifft vor allem die Menschen im unteren Teil der Einkommenspyramide, die sich bedroht und der internationalen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert fühlen. Herr Schreiner erwähnte das Beispiel der Entsenderichtlinie. Diese Menschen sind für einfache Lösungen, die Scharlatane und Volksverführer anbieten, am empfänglichsten. In den Gebieten erzielen die Rechtsradikalen hier in München ihre größten Erfolge.

Im übrigen wurde das Ende der Wohlstandsgesellschaft und des Generationenvertrages schon in der Großen Koalition 1966-69 intensiv diskutiert. Damals prägte jemand das Bonmot - was Sie jetzt bitte nicht so ernst nehmen wollen: "Unsere Wohlstandsgesellschaft ist am Ende, weil sich die Menschen mit dem Geld, das sie nicht haben, das kaufen, was sie nicht brauchen, um den Menschen zu imponieren, die sie nicht mögen."

Korte

Wir sind am Ende unserer anderthalbtägigen Diskussion. Lassen Sie mich an dieser Stelle nur einen Gedanken noch anfügen: Daß Gesellschaften sich verändern, ist eigentlich das Normale. Generationsabfolgen, Erfindungen und Modernisierungen, Kriege und Katastrophen, Bevölkerungswachstum, Revolutionen und Reformen haben in der Vergangenheit die stetige Veränderung der Gesellschaft begleitet, abgestützt, beschleunigt oder verlangsamt.

Meist fanden diese Veränderungen in Teilbereichen der Gesellschaft statt, oft blieben sie auf diese beschränkt und hatten erst mittel- oder langfristig Einfluß auf die Struktur der Gesellschaft insgesamt. So war zum Beispiel die Einführung der Sozialversicherung in den 80-er Jahren des vorigen Jahrhunderts durchaus nicht begleitet von Modernisierung in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen.

Heute verspüren wir in unserer Gesellschaft einen enormen Problem- und Veränderungsdruck. Dieser war schon in den 80-er Jahren spürbar. Bereits damals zeigten sich deutliche Verwerfungen durch unbeabsichtigte Nebenfolgen einer an sich sehr erfolgreichen Gesellschaftspolitik. Seit Mitte der 50-er Jahre konnten nach und nach die in der zweiten Hälfte des 19. und dem frühen 20. Jahrhundert entwickelten theoretischen und programmatischen gesellschaftlichen Ziele in die Tat umgesetzt werden. Dabei wollte niemand in seinem Teilbereich hinter den gemeinsam erarbeiteten Möglichkeiten zurückbleiben. Die Folge war, daß zum Beispiel die Systeme von Vorsorge, Hilfe und Unterstützung in Notlagen bis ins Detail ausgestaltet wurden, was dann unbeabsichtigte Kosten und Folgeprobleme produzierte, die von den Beteiligten weder gewollt noch vorhergesehen wurden.

Die deutsche Einigung hat mit vielfältigen akuten Problemen und Notlagen diesen langfristigen Prozeß in den Hintergrund gedrängt und überlagert. Einige Aspekte verschärften sich - etwa die Arbeitslosigkeit -; andere kamen hinzu, zum Beispiel in Form neuer, regionaler Ungleichheiten. Heute, sechs Jahre später, sind Probleme und Krisen in vielen Teilbereichen unserer Gesellschaft unübersehbar. Wir haben dies an wichtigen Beispielen diskutiert und dabei feststellen können, daß frühere Sicherheiten nicht zurückgewonnen werden, jedenfalls nicht mit den alten, historisch einst

vernünftigen und erfolgreichen Konzepten. Eine Orientierung an vergangenen Zeiten und Konzepten wird uns schon deshalb nicht viel weiterhelfen, weil es an den bisherigen Voraussetzungen fehlt: Erwerbsarbeit wird nicht länger die Bedeutung haben können, die ihr einst zukam, und andere Grundpfeiler der Gesellschaft, wie die Familie, benötigen zumindest neue Fundamente.

Deutlich ist auch geworden, daß wir über unser Verhältnis zur Gesellschaft neu nachdenken müssen. So dürfte es nicht länger möglich sein, zwischen Geben und Nehmen jenes unausgewogene Verhältnis beizubehalten, das hier verschiedentlich beschrieben und beklagt worden ist. Gesellschaftliche Solidarität kann, richtig verstanden, keine Einbahnstraße sein. So wie wir uns mit Herrn Seehofer alle einig sind, daß jeder, der in Not gerät, auf die Hilfe der Gemeinschaft vertrauen können muß, so sehr war hier auch die andere Grundüberzeugung zu vernehmen, daß jeder, der dazu in der Lage ist, der Gesellschaft ebenso etwas zurückgeben sollte.

Es ist sicher notwendig, den gesellschaftlichen Diskurs darüber zu intensivieren. Dieser Bergedorfer Gesprächskreis könnte, so wie er angelegt war, durchaus ein Modell für die gesellschaftliche Auseinandersetzung über dieses komplexe Thema abgeben. Mein Eindruck ist jedenfalls, daß hier exemplarisch vorgeführt wurde, in welcher Weise über das Thema zukunftsorientiert diskutiert werden kann und muß.

von Weizsäcker

Das Thema, das wir hier behandelt haben, ist in der Tat gewaltig, sowohl hinsichtlich der Fülle an Details, als auch was die Tiefenwirkung in bezug auf die Gesellschaft als Ganzes angeht. Natürlich wissen wir alle, daß wir keinen neuen Gesellschaftsvertrag schließen können. Denn dieser Vertrag ist, wie wir von Herrn Dubiel gehört haben, in gewissem Sinne ein gedankliches Konstrukt. Die Gesellschaft verändert sich ständig, wie Herr Korte eben noch einmal unterstrichen hat. Dabei ist mein Eindruck eigentlich nicht, daß wir seit den siebziger Jahren so furchtbar statisch geworden sind. Aber klar ist, daß wir nicht eine "grüne Wiese" betreten, um auf ihr einen neuen Gesellschaftsvertrag zu verabreden. Die kleinen Schritte jedoch, von denen hier vielfältig die Rede war, halte ich auf allen Ebenen der Gesellschaft und in allen Institutionen für dringend erforderlich. Bei allem, was bereits an Anstrengungen unternommen und auch positiv erreicht wurde, bleiben entscheidende Fragen offen, deren Lösung uns aufgegeben ist.

Deutlich geworden ist - das möchte ich noch einmal unterstreichen;- , daß die wirtschaftliche Dynamik eine andere Zielorientierung aufweist als die soziale Thematik, um die es in diesem Gespräch vornehmlich ging. Die wirtschaftliche Dynamik sorgt auf alle Fälle für Veränderungen, und die Frage ist, wie die Gesellschaften darauf im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt reagieren.

Was die Frage nach der Arbeit und damit auch der Arbeitslosigkeitsproblematik angeht, so ist darüber immer wieder Wichtiges zu hören. Insgesamt meine ich aber, daß wir uns in Deutschland viel zu wenig mit diesem Thema beschäftigen - im Gegensatz etwa zur Diskussion, die in Frankreich darüber geführt wird.

Das Thema Exklusion von Herrn Dubiel steht im Mittelpunkt nicht nur der Arbeits-, sondern der gesamten Gesellschaftsproblematik und auch der Politik. Gewiß, in ungezählten Einzelfällen leisten Menschen und Gruppen ein beträchtliches Engagement. Aber auf der anderen Seite ist auch die wachsende Lethargie in unserer Gesellschaft nicht zu übersehen.

Mir ist auch sehr wichtig, was hier zu Europa gesagt wurde, das wir unbedingt brauchen, weil anderenfalls die Türen in gefährlicher Weise nach hinten geöffnet werden. Aber klar ist auch, daß dieses Europa nur mit einem funktionsfähigen Wettbewerb bestehen kann. Hier stehen wir mitten in ungelösten Problemen. Auf der einen Seite wollen wir die politischen Folgen verhindern, vor denen zum Beispiel Herr Schreiner gewarnt hat. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch sehen, daß die Mittel, um uns gegen eine solche Entwicklung zu wehren, ihrerseits den Wettbewerb behindern. Aus diesem Dilemma versuchen wir uns mit "Übergangslösungen" zu retten.

Und wie bewährt sich unser demokratisches, politisches System im Lichte der Überlegungen, die wir hier angestellt haben? Meine Erfahrung als Politiker geht eher dahin, daß es der Politik weniger darum zu tun ist, die Probleme zu lösen, als vielmehr darum, sich populär zu machen. Deshalb ist mir auch nicht recht einsichtig, wie wir zu einer "tapferen" Demokratie kommen wollen, wohl wissend, daß wir ohne Tapferkeit die Probleme nicht lösen können.

Ich meine, deshalb ist so eine Art Runder Tisch von Bergedorf wirklich hilfreich, und ich würde vorschlagen, daß wir unser heutiges riesengroßes Thema unbedingt auf der Tagesordnung des Gesprächskreises halten - wenn auch vielleicht mit einer anderen Akzentsetzung.